

Das Reproduktionsregime in der Wohlfahrtsstaatsforschung: eine Fallstudie zu Deutschland und Dänemark

Rose, Stephanie

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rose, S. (2014). *Das Reproduktionsregime in der Wohlfahrtsstaatsforschung: eine Fallstudie zu Deutschland und Dänemark*. (ExMA-Papers, 27). Hamburg: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, FB Sozialökonomie, Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59652-6>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Stephanie Rose

**Das Reproduktionsregime
in der Wohlfahrtsstaats-
forschung. Eine Fallstudie zu
Deutschland und Dänemark**

ZÖSS
ZENTRUM FÜR ÖKONOMISCHE
UND SOZIOLOGISCHE STUDIEN

ExMA-Papers
ISSN 1868-5005/27
Exemplarische Master-Arbeiten
[Rose MA]
Hamburg 2014

Das Reproduktions- regime in der Wohlfahrtsstaats- forschung

Eine Fallstudie zu
Deutschland und Dänemark

Stephanie Rose

ExMA-Papers
Exemplarische Master-Arbeiten
[Rose MA]
Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien
Universität Hamburg
März 2014

Impressum:

Die ExMa-Papers (Exemplarische Master-Arbeiten) sind eine Veröffentlichung des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). Sie umfassen ausgewählte Arbeiten von Studierenden aus dem Masterstudiengang Ökonomische und Soziologische Studien, am Fachbereich Sozialökonomie der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg.

Herausgeber/Redaktion:

Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS)
Kathrin.Deumelandt@wiso.uni-hamburg.de
Universität Hamburg – Fakultät WISO
FB Sozialökonomie
Welckerstr. 8
D – 20354 Hamburg

Download der vollständigen ExMa-Papers: <http://www.wiso.uni-hamburg.de/forschung/zoess/publikationen/>

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1 Problemstellung und theoretische Einbettung	2
1.1 Reproduktionsarbeit	3
1.2 Reproduktionsregime	7
2 Aktueller Forschungsstand	13
3 Methodisches Vorgehen und Analysekonzept	16
3.1 Reproduktionskultur	18
3.2 Spezifische Institutionen	19
3.3 Reproduktionshandeln	20
4 Reproduktionsregime Deutschland	21
4.1 Reproduktionskultur	21
4.2 Spezifische Institutionen	24
4.3 Reproduktionshandeln	29
4.4 Zwischenfazit	31
5 Reproduktionsregime Dänemark	32
5.1 Reproduktionskultur	33
5.2 Spezifische Institutionen	34
5.3 Reproduktionshandeln	39
5.4 Zwischenfazit	41
6 Gegenüberstellung der Länderanalysen	42
7 Potenziale und Grenzen des Reproduktionsregime-Konzepts	44
Fazit	46
Literaturverzeichnis	48
Anhang	61

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Befürwortung von Eigenverantwortung bei der Versorgung 2010, in Prozent _____	22
Abbildung 2: Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung nach Geschlecht _	28
Abbildung 3: Wahrnehmung von Möglichkeiten der Erwerbsarbeitszeitautonomie in Deutschland, Angaben in Prozent _____	29
Abbildung 4: Zeitverwendung der Bevölkerung 15-64 Jahre in der Periode 1998-2009, in Prozent _	30
Abbildung 5: Vereinbarkeitsprobleme, Reproduktions- und Erwerbsarbeit in Dänemark und Deutschland, Angaben in Prozent _____	31
Abbildung 6: Befürwortung Eigenverantwortung bei der Versorgung 2010, in Prozent _____	33
Abbildung 7: Allgemeine Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat 2007, in Prozent _____	34
Abbildung 8: Vereinbarkeitsprobleme, Reproduktions- und Erwerbsarbeit von Männern und Frauen, Angaben in Prozent _____	41
Abbildung 9: Hauptgrund für Teilzeitbeschäftigung in Deutschland und Dänemark 2012, in Prozent _____	43

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Idealtypische Gegenüberstellung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit _____	6
Tabelle 2: Regime-Typen von Deutschland und Dänemark nach Esping-Andersen _____	7
Tabelle 3: Anteil der deutschen Kinder in Betreuungseinrichtungen _____	25
Tabelle 4: Erwerbsarbeitszeitwunsch im Verhältnis zur aktuellen Erwerbsarbeitszeit, in Prozent ____	30
Tabelle 5: Anteil der dänischen Kinder in Betreuungseinrichtungen _____	35
Tabelle 6: Erwerbsarbeitszeit, Stunden pro Woche nach Geschlecht 2011 _____	38
Tabelle 7: Zeitverteilung Selbstsorge und Freizeit bei Vollerwerbstätigen, Stunden pro Tag _____	39

Einleitung

Der aktuelle Umbruch in der Erwerbsarbeit und im Sozialstaatsgefüge führt zu einer weitreichenden Umgestaltung der Gesellschafts- und Lebensformen und damit auch zu neuen gesellschaftlichen und individuellen Herausforderungen. Die derzeitige Arbeitsorganisation, die auf eine Nutzung des ‚ganzen Menschen‘ aus ist, scheint sich ökonomisch kurzfristig zu lohnen. Jedoch schon heute, zählen zu den negativen, langfristigen Folgeerscheinungen unter anderem steigende psychische Erkrankungen, ‚Burnouts‘ und Arbeitsausfälle. Daher diagnostizieren einige Wissenschaftler auch eine gesellschaftliche ‚Krise der Reproduktionsarbeit‘. Der Begriff Reproduktionsarbeit steht dabei für Leistungen zur Wiederherstellung eigener und fremder Arbeits- und Lebenskraft. Es wird immer schwieriger diese Selbst- und Fürsorgearbeiten unter den weitreichenden sozioökonomischen Veränderungen angemessen zu realisieren. Dies zeigt sich unter anderem an den zunehmenden öffentlichen Debatten über ‚Work-Life-Balance‘- Maßnahmen und aktuellen und prognostizierten Versorgungsdefiziten von Kindern und Alten. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an angemessene Reproduktionsarbeit im Sinne des ‚fitten und stressresistenten Arbeiters‘ oder der ‚fürsorglichen und fördernden Eltern‘.

Diese neuen Problemlagen, die auch mit der klassischen Vereinbarkeitsproblematik von Beruf und Familie verknüpft sind, erfordern ein Überdenken der politischen Regulierungsstrukturen von Reproduktionsarbeit und zwar in allen europäischen Ländern. Die wohlfahrtsstaatspezifischen, institutionellen Lösungen der Länder zur Realisierung von Reproduktionsarbeit können in diesem Sinne als dynamische ‚Reproduktionsregime‘ beschrieben werden. Diese unterscheiden sich anhand ihrer normativen Kultur und der politischen Ausgestaltung des institutionellen Arrangements. Innerhalb dieser Strukturen finden sich länderspezifische Reproduktionspraxen, bzw. wohlfahrtsstaatliche ‚Outcomes‘. Inwieweit sich verschiedene Formen des Reproduktionshandelns durch wohlfahrtsstaatspezifische Institutionengefüge und gesellschaftliche Normen und Werte erklären lassen, soll in dieser Arbeit nachgegangen werden. Der Schwerpunkt liegt auf der Frage, wie sich die Wechselwirkungen zwischen staatlichen Regulierungsstrukturen und sozialer Reproduktionskultur und –handeln analytisch und empirisch so erfassen lassen, dass Möglichkeiten und Grenzen aktiver Regulierung im internationalen Vergleich deutlich werden.

Im ersten Kapitel werden entsprechende theoretische Grundlagen dargestellt und die Begriffskonzepte ‚Reproduktionsarbeit‘ und ‚Reproduktionsregime‘ spezifiziert. Das zweite Kapitel enthält einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zur Reproduktionsarbeit und Reproduktionsregimen. Im 3. Kapitel werden aus der theoretischen Vorarbeit das methodische Vorgehen bzw. die Beobachtungsdimensionen und Indikatoren für das Analysekonzept des Reproduktionsregimes abgeleitet. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem empirischen Teil in den Kapiteln 4 und 5, in denen die länderspezifischen Reproduktionsregime für Deutschland und Dänemark herausgearbeitet werden. Diese werden in Kapitel 6 noch einmal zusammengefasst und gegenübergestellt. Vor dem Fazit wird in Kapitel 7 abschließend das Reproduktionsregime als Analysekonzept evaluiert und weiter ergänzt, um es für Forschungsarbeiten, insbesondere innerhalb der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung, nutzbar zu machen.

1 Problemstellung und theoretische Einbettung

Die Bedingungen und die Organisationsmöglichkeiten der Reproduktionsarbeit unterliegen den aktuellen Umbrüchen auf dem Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik. Die institutionelle Komplementarität aus Normalarbeitsverhältnis, mitfinanzierter Reproduktionsarbeiterin und dem sozialen Sicherungssystem ist inkonsistent geworden. Zum einen durch die Krise des Normalarbeitsverhältnisses und zum Anderen durch den Wandel in der Sozialpolitik. Was bleibt ist eine ‚institutionelle Bastelei‘ (Bosch und Jansen 2010, S. 149f.), welche kaum mehr in der Lage ist, Reproduktionsarbeit sicherzustellen. Aufgrund der Veränderungen bzw. der neuen Inkonsistenzen wird immer häufiger von einem Defizit bzw. einer ‚Krise der Reproduktionsarbeit‘ gesprochen. Vor dem Hintergrund dieses Umbruchs und der Krisendiagnose ist die Analyse des gesellschaftlichen und politischen Arrangements der Reproduktionssphäre von hoher gesellschaftlicher Relevanz. Gleichzeitig wird damit eine Forschungslücke in den Sozialwissenschaften aufgezeigt und angegangen, die sowohl in der Soziologie, als auch in der Ökonomie immer häufiger als drängendes, neues Aufgabenfeld angesprochen wird:

"Die Unterbewertung der Lebenssorge auf der gesellschaftlich-realen Ebene, die Unterbestimmung auf der Ebene der sozialwissenschaftlichen Beobachtung und die Unterordnung unter ein inadäquates Konzept von Arbeit sind Indikatoren eines verkehrten Verhältnisses" (Klinger 2012, S. 265f.) .

Die Vereinbarkeitsproblematik von Beruf und Familie wird bereits intensiv erforscht. An diese Arbeiten kann angeschlossen werden, um die Forschung für das Thema der Vereinbarkeit von Produktions- und Reproduktionsarbeit neu zu sensibilisieren (Mückenberger 2010, S. 417). Anknüpfungspunkte dafür finden sich sowohl in der Arbeitssoziologie und -ökonomie als auch in der Wohlfahrtsstaatsforschung. In beiden Forschungssträngen wurde Reproduktionsarbeit bisher eher vernachlässigend behandelt (Nies und Sauer 2012, S. 35; Dingeldey 2002, S. 11). *"Probleme der Koordination zwischen ökonomischen und reproduktivem System [...] wurden bislang noch kaum systematisch analysiert."* (Dingeldey 2002, S. 10). Dabei wird die Bedeutung von Sozial-, Arbeits- und Gleichstellungspolitik für die Zeit- und Lebensgestaltung und damit auch Reproduktionsarbeit immer wieder als bedeutendes und dringend zu entwickelndes Forschungsfeld angemahnt (u.a. Busemeyer et al. 2013, S. 129; Juczyk 2006, S. 263).

Reproduktionsarbeit ist relativ selten das bewusste Ziel wohlfahrtsstaatlicher Politiken, wird aber dennoch fast immer (mit)beeinflusst (Folbre 2009, S. 206). Durch die Umbrüche in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wurden so die Individuen mit neuen Herausforderungen und Belastungen konfrontiert, die auch die Möglichkeiten und Bedingungen für Reproduktionsarbeit verändern. Zu den Herausforderungen zählen vor allem flexible und mobile Arbeitsbedingungen und die Extensivierung und Intensivierung der Erwerbsarbeit (Paulus 2012, S. 12). Die langfristigen Auswirkungen dieser Umbrüche sind noch nicht wirklich überschaubar. Kurzfristig scheint jedoch die Zunahme psychischer Belastungen und Erkrankungen und der Anstieg von Arbeitsausfällen (Lohmann-Haislah 2012, S. 113–122) auf ein Defizit in der Reproduktionsarbeit hinzudeuten. Für die neuen Anforderungen ist heute tendenziell das Individuum gefragt, kreative Coping-Strategien zu entwickeln, was Einzelne aber auch überfordern kann (Jürgens 2010, S. 577ff.; Dingeldey 2002, S. 421).

In den nächsten Abschnitten werden als Basis für die empirische Untersuchung der Begriff der Reproduktionsarbeit und das Analysekonzept des Reproduktionsregimes theoretisch herausgearbeitet. Dabei geht es auch darum, die Anknüpfungspunkte innerhalb der sozialwissenschaftlichen Forschungslandschaft zu verdeutlichen.

1.1 Reproduktionsarbeit

Zur genaueren Definition von ‚Reproduktionsarbeit‘ dient hier das Begriffskonzept von Kerstin Jürgens, die diese als Leistungen der Person zur Wiederherstellung und zum Erhalt der Arbeits- und Lebenskraft beschreibt. Die Bezeichnung ‚Arbeitskraft‘ deutet den direkten Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit und Kraftschöpfen oder Erholung an. Das Konzept der Lebenskraft ergänzt diese Perspektive um Leistungen jenseits von Verwertungslogiken, die zum Erhalt und zur Weiterentwicklung physischer und psychischer Stabilität dienen (Jürgens 2009, S. 8). Jürgens Begriffskonzept untergliedert Reproduktionsarbeiten des Weiteren in soziale Reproduktion (Selbstsorge) und biologische- bzw. transgenerationale Reproduktionsleistungen (Fürsorge). Biologische Reproduktion betrifft somit die Versorgung weiterer Generationen und soziale Reproduktion Arbeiten zum Erhalt vorhandener Arbeitskraft, wie bspw. Ernährung, Erholung, Weiterbildung und die soziale Integration des Menschen (Jürgens 2012, S. 279; Flick 2013, S. 27). Der empirische Teil dieser Arbeit wird einen kurzen Blick auf verschiedene Reproduktionsarbeiten werfen, schwerpunktmäßig allerdings Selbstsorgetätigkeiten betrachten. Ein großer Vorteil der Erforschung sozialer Reproduktionsarbeit ist, dass hier alle Menschen betroffen sind und die Analyse somit nicht auf das typische Forschungsfeld der Familie mit kleinen Kindern beschränkt ist (Ransome 2007, S. 374). Art und Ausmaß von Selbstsorgetätigkeiten und individuellen Sorgebedürfnissen eindeutig zu definieren ist schwer möglich, da immer auch sozialstrukturelle und kulturelle Faktoren Einfluss nehmen. Die Bedingungen und Voraussetzungen für Selbstsorge sind im ständigen Wandel. Als generelle Voraussetzung für Selbstsorge unterscheidet Lantermann externe und interne Ressourcen. Zu den externen Voraussetzungen gehören materielle, organisationale, soziale und vor allem auch zeitliche Ressourcen. Interne Ressourcen sind dagegen Handlungskompetenzen und kognitive- und emotionale Fähigkeiten (Lantermann et al. 2009, S. 13).

Reproduktionstätigkeiten zum Erhalt der eigenen Arbeits- und Lebenskraft werden in der aktuellen Forschung meist als defizitär bzw. gesellschaftliche Problemlage untersucht. Als problematisch gilt dabei in der Regel das Zusammenspiel gestiegener Anforderungen und erschwerter Voraussetzungen oder Bedingungen (Dörre und Haubner 2012, S. 88; Rau 2012, S. 49; Lantermann et al. 2009, S. 11). Die Potenziale der Reproduktionsarbeit werden dagegen häufig vernachlässigt. Dazu gehört mindestens die emanzipatorische Chance der individuellen Grenzziehung zum Erhalt der Reproduktionsarbeit (Jürgens 2009, S. 196). Zudem können Reproduktionsarbeiten Unsicherheiten reduzieren bzw. Vertrauen und Solidarität schaffen, da Individuen sich in diesen Tätigkeiten als Souverän ihres eigenen Handelns erfahren (Kovacheva 2011, S. 77; Lantermann et al. 2009, S. 181).

Bei der Betrachtung der Reproduktionssphäre haben sich in den Sozialwissenschaften neben der Reproduktionsarbeit noch zwei alternative Begriffe durchgesetzt, die hier kurz dargestellt und von dem beschriebenen Begriffskonzept abgegrenzt werden sollen. Zunächst der Begriff

‚Care Work‘. Dieser umfasst Sorgearbeit für andere, aber auch für das Individuum selbst und zwar im sozialen, psychologischen, emotionalen und physischen Sinne (Geissler und Pfau-Effinger 2005, S. 4; Pocock 2005, S. 33). ‚Care Work‘ umschreibt also genau wie ‚Reproduktionsarbeit‘ Für- und Selbstsorgeleistungen. Das Konzept ist jedoch insofern weiter gefasst, als auch bezahlte Tätigkeiten, das heißt insbesondere Pflege- und Betreuungsdienstleistungen mit eingeschlossen werden. Insbesondere internationale Studien beziehen sich heute häufig auf den ‚Care‘-Begriff, allerdings in der Regel mit einem Schwerpunkt auf der biologischen oder transgenerationalen Reproduktion unter anderem im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel. Da der Fokus dieser Arbeit im Gegensatz dazu auf der sozialen Reproduktion bzw. Selbstsorge liegt, erscheint es sinnvoller sich an dem Begriffskonzept der Reproduktionsarbeit von Kerstin Jürgens zu orientieren und diesen dem ‚Care‘ Begriff vorzuziehen.

Das zweite Begriffskonzept, das sich insbesondere auf Selbstsorge bezieht, ist die ‚Work-Life-Balance‘. Dieser Ausdruck ist heute vielleicht der populärste, ist für diese Arbeit jedoch aus zwei Gründen abzulehnen. Zum Einen suggeriert der Begriff die „*Illusion einer möglichen Harmonie widersprüchlicher Sphären im Kapitalismus*.“ (Jürgens 2012, S. 280). Zum Anderen ist die begriffsimmanente Dichotomie zwischen Arbeit und Leben fragwürdig, gerade wenn Reproduktionsarbeit im Lebensraum verortet wird. Ebenso sollte Erwerbsarbeit nicht als Gegensatz, sondern als Teil des Lebens betrachtet werden und ist als ebensolcher auch positiv zu gestalten. Der Begriff stellt damit eine theoretische Dichotomie zwischen Arbeit und Leben her und meint damit in der Regel die Sphären Erwerbsarbeit und Freizeit. Gesellschaftlich notwendige Reproduktionsarbeit wird völlig negiert. Das deutet auf der einen Seite darauf hin, dass die Reproduktionssphäre gesellschaftlich unterbewertet wird. Auf der anderen Seite ist aber auch möglich, dass im Sinne der neuen Ökonomisierung aller Lebensbereiche häufig einfach davon ausgegangen wird, dass große Teile der Reproduktionsarbeit ‚outgesourct‘ werden und damit dann zur Erwerbsarbeit zählen (Winker 2011, S. 7).

Um Reproduktion in den Blick nehmen zu können, wird hier also der Begriff der Reproduktion von Arbeits- und Lebenskraft verwendet, bei der es sich nach der dargestellten Definition um eine persönliche Leistung handelt, die individuell organisiert und gestaltet werden muss. Gleichzeitig wird diese durch die strukturellen und gesellschaftlichen Ebenen und Widersprüche¹ im Kapitalismus beeinflusst. Gerade die derzeitige Flexibilisierung, Deregulierung, Subjektivierung und Entgrenzung von Erwerbsarbeit reduziert strukturelle Unterstützungsleistungen und erfordert verstärkt individuelles Organisationstalent für eine entsprechend flexible Reproduktionsarbeit (Littig und Spitzer 2011, S. 28). Die Verteidigung von Zeit und Raum für Reproduktionsarbeit erfordert damit in der modernen Gesellschaft eine bewusste, individuelle Grenzziehung (Jürgens 2009, S. 205; Jürgens und Voß 2007, S. 9). Diese Grenzziehung wird dadurch erschwert, dass Reproduktionstätigkeiten oder Selbst- und Lebenssorge weder als Arbeit bewertet werden, noch als Leistung anerkannt sind (Klinger 2012, S. 262).

¹ Der Haupt- oder Grundwiderspruch im Kapitalismus besteht zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der kapitalistischen Aneignung, bzw. Kapital und (Erwerbs-)Arbeit. Verschiedene Theorien begründen von diesem Widerspruch aus die unaufhebbare Krisenhaftigkeit des Kapitalismus (vgl. Haug und Monal 2001, S. 1040–1050). Als Nebenwidersprüche gelten dagegen untergeordnete Phänomene, wie bspw. der Widerspruch zwischen dem bezahlten Erwerbsarbeiter und der unbezahlten Reproduktionsarbeiterin. Die Hierarchisierung in Haupt- und Nebenwiderspruch wird aus feministischer Perspektive kritisiert, da diese die gesellschaftliche Bedeutung der Reproduktionssphäre und der Geschlechterungleichheit ‚verharmlost‘ (Carstensen und Groß 2006, S. 13).

Eine der wichtigsten Ressourcen für Reproduktionsarbeit ist Zeit, die für die Regeneration und den Erhalt der Arbeits- und Lebenskraft benötigt wird. *"Die Ansprüche an die Herstellung der eigenen und vielleicht auch fremden Arbeitskraft messen sich an der Zeit, die dafür bleibt."* (Paulus 2012, S. 12). Die zur Verfügung stehende Zeit hängt nicht nur von der individuellen Grenzziehung und Organisationskompetenz ab, sondern auch von den Zeitarrangements in der Erwerbsarbeit. Damit wird ein enger Zusammenhang zwischen Reproduktions- und Produktionssphäre, bzw. Reproduktions- und Produktionsregime² deutlich.

Reproduktionsarbeit ist schon dem Wortsinn nach als negative Abgrenzung zur Produktionsarbeit³ definiert, die Produktions- und Reproduktionssphäre greifen hingegen ineinander bzw. bedingen sich wechselseitig. Zunächst ist Reproduktionsarbeit eine Voraussetzung für Erwerbsarbeit und damit auch ein existenzielles Erfordernis für die Produktion im Kapitalismus (Gottschall 2000, S. 26; Jürgens 2012, S. 275; Barloschky 2008, S. 97). Ohne Reproduktionsarbeit könnte Erwerbsarbeit und damit auch die gesamtgesellschaftliche Produktion nicht nachhaltig durchgeführt werden.

Zudem wirken sich umgekehrt die Produktionsverhältnisse auf die Reproduktionsarbeiten aus. Das wird unter anderem daran deutlich, dass die Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt eine erhöhte Organisationskompetenz für Reproduktionsarbeiten verlangt und damit neue Anforderungen an Individuen und Familien stellt. Und auch dadurch, dass Zeit für Reproduktionsarbeit durch die Veränderung von Erwerbsarbeitszeiten ersatzlos gekürzt wird, mit negativen Folgen für die individuelle Arbeits- und Lebenskraft (Dörre und Haubner 2012, S. 88; Paulus 2012, S. 205; Razavi 2010, S. 110).

Durch dieses Wechselverhältnis muss die Organisation der Reproduktionsarbeit mit jedem Wandel in der Produktions- und Arbeitsorganisation immer wieder neu gestaltet werden. Erst im Zuge der Industrialisierung entwickelte sich bspw. eine klare Trennung zwischen Reproduktions- und Erwerbsarbeiten. Dabei wurde Reproduktionsarbeit der privaten Sphäre und den Frauen zugeordnet, Erwerbsarbeit dagegen galt als männliche Tätigkeit in der öffentlichen Sphäre (Littig und Spitzer 2011, S. 17; Hofmeister und Witt 2009, S. 103; Kohlmorgen 2004, S. 104). Im Fordismus entstand dann auch eine entsprechende sozial- und arbeitspolitische Regulierung der Arbeitsteilung zwischen weiblich-unbezahlter Reproduktionsarbeit und männlich-bezahlter Erwerbsarbeit. Dabei wurde die unbezahlte Reproduktionsarbeiterin zum männlichen Prestigeobjekt (vgl. Hofmeister und Witt 2009). Erst mit dem Ende des Fordismus und den allgemeinen Veränderungen (post)industrieller Ökonomien wurden Frauen verstärkt in die Sphäre der Produktion eingebunden (Schmid 2010, S. 327). Dennoch bleiben Sie häufig für die Reproduktionsarbeit zuständig, da diese in Deutschland weiterhin nicht als gesellschaftliche Aufgabe definiert wird und damit dezentral und kleinteilig organisiert werden muss (Littig und Spitzer 2011, S. 18). Man könnte also sagen, dass Produktions- und Reproduktionssphäre im Fordismus bzw. im industriellen Zeitalter getrennt waren und jetzt neu ineinandergreifen. Diese Verschränkungstendenz führt zu der *"Herausbildung eines neuartigen, wenn man so will: postindustriellen oder auch postmodernen Re-Produktions-*

² Der Begriff des Produktionsregimes geht zurück auf Michael Burawoy (1985, S. 8). Unter der Bezeichnung finden sich heute aber verschiedenste theoretische Ansätze und Konzepte (u.a. Höpner und Waclawczyk 2012).

³Produktionsarbeit ist der klassische Begriff im Gegensatz zur Reproduktionsarbeit. Im Folgenden wird jedoch der Begriff der Erwerbsarbeit verwendet, da durch den Wandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft auch ‚produktive‘ Tätigkeiten ganz neu gedacht werden müssen.

modells." (Kratzer und Lange 2006, S. 200). Kratzer und Lange (2006, S. 198f.) unterscheiden innerhalb des postmodernen Re-Produktionsmodells drei Verschränkungsprozesse:

1. Die Auflösung von Grenzen und dadurch neue, ‚ideelle Grauzonen‘ zwischen Erwerbs- und Reproduktionssphäre,
2. Erwerbsarbeit in der Freizeit
3. Reproduktionsarbeit (z.B. Planung des Urlaubs) in der Erwerbsarbeitszeit.

Trotz dieser neuen Verschränkungen werden in den theoretischen, sozialwissenschaftlichen Konzepten, insbesondere in der Ökonomie, Erwerbsarbeit und reproduktive Tätigkeiten nach wie vor als getrennte Sphären analysiert. Beschäftigten sich Ökonomen (überhaupt) mit Reproduktionsarbeit, dann in der Regel verkürzt auf die Dichotomie zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten.

Die folgende Tabelle skizziert die idealtypische Dichotomie zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeiten an der die sozialwissenschaftliche Theorien und der gesellschaftliche Diskurs häufig festhalten:

Tabelle 1: Idealtypische Gegenüberstellung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit

Typ	Erwerbsarbeit	Reproduktionsarbeit
Untertyp	Bezahlte Arbeit ‚Work‘	Unbezahlte Arbeit ‚Life‘
Motivation/Nutzen	Extrinsisch, zweckmäßiger Outcome	Intrinsisch, persönliche oder soziale Lebensqualität/ Zufriedenheit
Charakteristika	Objektiv, auferlegt, gezwungen, männlich, öffentlich, rational, kulturell	Subjektiv, gewählt, freiwillig, weiblich, privat, emotional, naturverbunden

Eigene Darstellung, in Anlehnung an Ransome (2007, S. 377)

Eine so starke Polarisierung der Sphären, wie sie in ökonomischen Theorien und gesellschaftlichen Diskursen vollzogen wurde und wird, findet in der Realität keine Entsprechung (Biesecker und Hofmeister 2010, S. 52). Im Gegenteil sind die Reproduktions- und Produktionssphäre wie zuvor beschrieben verschiedenartig miteinander verschränkt und verstrickt. In der Soziologie ist zumindest die Gleichwertigkeit der verschiedenen Lebensbereiche theoretisch weitestgehend anerkannt. Das ist auch der Verdienst von Frigga Haugs ‚Vier-in-Einem-Perspektive‘ (Haug 2008). Aber auch innerhalb der feministischen Ökonomie drehen sich heute viele Debatten um die Frage, wie Verbindungen zwischen der Produktions- und Reproduktionssphäre dargestellt werden können, ohne die Unterschiede zu nivellieren (Razavi 2010, S. 108).

1.2 Reproduktionsregime

Der Begriff ‚Regime‘ steht in der Wohlfahrtsstaatsforschung für Regelungs- und Ordnungssysteme, spezifische Politik- und Institutionenarrangements. *"Regime studies promise to explain variations and commonalities in the character and consequences of state power, institutions, and social policies."* (Brush 2002, S. 162). Die wohl bekannteste Regimetypologisierung sind die drei Wohlfahrtsstaatsmodelle von Esping-Andersen, der einen liberalen von einem konservativen- und sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatstyp unterscheidet (Esping-Andersen 1999, S. 47ff.). Er bemisst die Typen dabei insbesondere anhand des Grads der Dekommodifizierung, der Stratifikationslogik und dem Wohlfahrtspluralismus, das heißt dem Verhältnis von Staat, Markt und Familie. Die folgende Tabelle stellt den konservativen- und den sozialdemokratischen Regimetyp, die dem deutschen und dänischen Wohlfahrtsstaat laut Esping-Andersen entsprechen, anhand zentraler Charakteristika gegenüber:

Tabelle 2: Regime-Typen von Deutschland und Dänemark nach Esping-Andersen

	Deutschland (konservativ)	Dänemark (sozialdemokratisch)
Zentrale regulative Idee	Status-Hierarchie	Universalismus
Dekommodifizierung	Hoch (für ‚breadwinner‘)	Maximum
Prinzip der sozialen Sicherung	Versicherung	Versorgung
Dominanter Wertebezug	Sicherheit	Gleichheit
Dominanter Aspekt des Wohlfahrtspluralismus	Familie	Staat
Konfliktlinie	Insider - Outsider	Privat - Öffentlich
Sozialpolitische Mittel	Transferzahlungen für individuelle Wahlfreiheit	Dienstleistungsorientierung für universelle Teilhabe

Eigene Darstellung nach Lippl (2008, S. 7); Sesselmeier (2008, S. 62ff.); Alber (2006, S. 10) und Peter (2007, S. 73)

Esping-Andersens Wohlfahrtsstaatstypologie wird häufig kritisiert. Der erste Kritikpunkt ist, dass er innerhalb der beobachteten Dimensionen zu stark vereinfacht und so bspw. im Wohlfahrtspluralismus die Rolle der Zivilgesellschaft im Sinne von Ehrenamt oder NGOs vernachlässigt (Brush 2002, S. 169). Zudem erweitern viele Studien das Konzept heute durch die Einbeziehung neuer Beobachtungsdimensionen, wie Symbole, Subjekte, Strategien und Sanktionen (u.a. Brush 2002, S. 163; Adams und Padamsee 2001, S. 15f.).

Innerhalb der Genderforschung entstand auch die Kritik, dass Esping-Andersens Konzept der Dekommodifizierung die Geschlechterungleichheit nicht erfasst und allgemein den Einfluss der Geschlechterverhältnisse zu wenig berücksichtigt (Betzelt 2007, S. 8f.). Daher wurde das Konzept des ‚Genderregimes‘ entwickelt, das sich an bisherige Wohlfahrtsregimestudien

anschließt und dabei die Wechselwirkungen zwischen Geschlechterverhältnissen und anderen Sphären wie Arbeitsmarkt, Familien, Haushaltszusammensetzungen und Sozialpolitik untersucht (Brush 2002, S. 165ff). Gerade angesichts steigender Frauenerwerbstätigkeit handelt es sich dabei um ein aktuelles Forschungsfeld, mit dem sich viele neuere Studien beschäftigen (u.a. Paulus 2012; Anttonen und Zechner 2011). *"Der Gender Regime-Ansatz hat sich als äußerst erkenntnisfördernd erwiesen, um gender-relevante Länderunterschiede multifaktoriell zu erklären und zu verdeutlichen."* (Betzelt 2007, S. 36).

Der Fokus der Genderregimestudien liegt jedoch in der Regel auf den Geschlechterdimensionen innerhalb der Erwerbsarbeit. Reproduktionsarbeit bzw. die Rechte von Müttern und Fürsorgerleistenden werden dagegen selten betrachtet. Eine weitere Variation der Wohlfahrtsregimeforschung bezieht sich auf den Begriff des Careregimes oder der Careökonomie. Hier wird ganz explizit die (generative) Reproduktionsarbeit hinsichtlich ihrer Organisation, Finanzierung und Durchführung im Wohlfahrtspluralismus in den Blick genommen (Bettio und Plantenga 2004, S. 86). Auch dieses Forschungsfeld gewinnt durch die Veränderungen in der Arbeitswelt und dem demografischen Wandel an gesellschaftlicher Brisanz und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit. Im Zusammenhang mit Careregimen wird auch die Bedeutung der inter- und transnationalen Perspektive gefordert (Brückner 2008) und in immer mehr Analysen verfolgt (u.a. Soma et al. 2011). Dabei werden als transnationale Zusammenhänge insbesondere die ‚global care chains‘ bzw. der Rückgriff auf Migrantinnen für kostengünstige ‚Care‘-Lösungen in den westlichen Ländern thematisiert (u.a. Yeates 2004; Razavi 2007). Damit liegt der Schwerpunkt der Careregimestudien auf bezahlten und unbezahlten-, bzw. formellen und informellen ‚Care‘-Tätigkeiten. Gerade der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit führt dazu, dass ‚Care Work‘ vermehrt formalisiert wird. Gleichzeitig besteht aber auch die Gefahr eines ‚Care Defizits‘, da die klassische, unbezahlte Carearbeiterin wegfällt und nicht alle Reproduktionsarbeiten outgesourct werden können (Anttonen und Zechner 2011, S. 29). Um diesem Problem zu begegnen und die Verantwortlichkeit für ‚Care‘ zwischen Familie, Staat, Markt und Gemeinschaft neu zu organisieren, sind alle Wohlfahrtsstaaten gezwungen über neue Arrangements nachzudenken (Bettio und Plantenga 2004, S. 86; Razavi 2007, S. 20). Genau diese Entwicklungen fassen Careregimestudien ins Auge. Das Careregime *„umfasst also das Muster, wie care in einer Gesellschaft und im Wohlfahrtsstaat wahrgenommen, verortet, organisiert und ins Verhältnis zur Erwerbsarbeit gesetzt wird.“* (Beckmann 2008, S. 73). Auch wenn der Begriff ‚Care Work‘, wie in 1.1 dargestellt, auch Selbstsorgetätigkeiten umfasst, beziehen sich die Careregimestudien in der Regel auf formelle und informelle transgenerationale Reproduktionsarbeit für Kinder, Kranke und Alte. Daher wird hier in Anlehnung an das Reproduktionsmodell von Kerstin Jürgens der Begriff des Reproduktionsregimes eingeführt, der anders als das Careregime ganz bewusst auch individuelle bzw. soziale Reproduktionsarbeit umfasst. Genau wie die beschriebenen Gender- und Careregime wird das Reproduktionsregime als ein wohlfahrtsstaatspezifisch, historisch entstandener Typus von Arbeitsteilung und –organisation betrachtet. Das Ordnungssystem des Reproduktionsregimes entsteht dabei durch das Zusammenspiel der folgenden drei Ebenen (vgl. Pocock 2005; Baur 2009):

- 1) Normen und Werte, bzw. Diskurse zur Reproduktionsarbeit,
- 2) gesellschaftliche Strukturen bzw. Institutionen und

3) Reproduktionshandeln.

Reproduktionsarbeit wird gesellschaftlich häufig im Kontext der Kostenbelastung für den Sozialstaat und dem demografischen Wandel diskutiert. Dazu gehört in Bezug auf Selbstsorge auch der neoliberale Diskurs über mehr ‚Eigenverantwortung‘ und die Investition in Humankapital. Zu den sozioökonomischen Institutionen, die sich auf die Reproduktionsarbeit auswirken, zählen insbesondere die Erwerbsarbeit, der Sozialstaat und die Familie bzw. der Haushaltskontext (Jürgens 2010, S. 561). Auch wenn heute Reproduktionsarbeit immer weniger sozialpolitisch abgesichert wird (Jürgens und Voß 2007, S. 9), kommt dem Staat doch innerhalb des institutionellen Arrangements eine besondere Rolle zu. Er greift nach wie vor mit finanziellen sozialstaatlichen Mitteln ein, wenn die allgemeine Reproduktion über das Erwerbsverhältnis nicht mehr abgesichert werden kann (Kohlmorgen 2004, S. 75). Die Besonderheit der Rolle drückt sich darin aus, dass der Staat Reproduktionsarbeit nicht nur unterstützt oder anbietet, sondern dass die sozialstaatlichen Entscheidungen auch über die Verantwortlichkeiten innerhalb des Wohlfahrtspluralismus bestimmen und die Organisation und die Verteilung von Reproduktionsarbeit beeinflussen (Beckmann 2008, S. 271; Razavi 2007, S. 20).

In Bezug auf Reproduktionsarbeit hat der Wohlfahrtsstaat nicht nur die Möglichkeit soziale Dienstleistungen anzubieten und finanzielle Ressourcen umzuverteilen, sondern auch Zeit zu verteilen, die wohl wichtigste Ressource für Reproduktionsarbeit. Dabei kann er in die tägliche Arbeitszeitgestaltung eingreifen und zudem auch (zeitliche) Schutzräume im Lebensverlauf schaffen (Daly und Rake 2006, S. 46; Jürgens 2005, S. 37; Klammer und Klenner 2004, S. 200; Lewis 2004, S. 78).

Für sozialpolitische Zeitumverteilung lassen sich somit neben der täglichen Arbeitszeitgestaltung drei Ansatzpunkte feststellen (Bundesministerium für Familie 2012, S. 140ff.):

1. Zeitverteilung zwischen den Geschlechtern (z.B. Vätermomente im Elterngeldbezug)
2. Zeitverteilung im Lebenslauf
3. Zeitverteilung zwischen den Generationen (z.B. Bundesfreiwilligendienst, Ehrenamt für Ältere).

Gerade in Bezug auf die Zeitverteilung im Lebenslauf werden in der letzten Zeit immer mehr Konzepte entwickelt und öffentlich diskutiert. Darunter beispielsweise die Idee einer ‚Bedingungslosen Grundzeit‘⁴ von Claus Schäfer (2011) oder der ‚Lebensschancenkredit‘⁵ von Steffen Mau (2012). Bei der gesellschaftlichen Forderung nach moderner Arbeitszeitgestaltung spielt hingegen sozialpolitische Umverteilungspolitik eine sehr viel geringere Bedeutung als betriebliche ‚Work-Life-Balance‘-Konzepte. Bei ‚Work-Life-Balance‘ geht es in der Regel darum, den Arbeitnehmern in ihren Zeitpräferenzen entgegen zu kommen, die sich insbesondere in dem Wunsch nach größerer Autonomie bzw. individueller Kontrolle über

⁴ Die ‚Bedingungslose Grundzeit‘ garantiert: „*unabdingbare Zeiten für Schulbildung vor dem Arbeitsleben wie für Fort- oder Weiterbildung während des Arbeitslebens ebenso [...] wie Zeiten für Kindererziehung, Pflege oder ‚Muße‘. Die praktische Umsetzung solcher Ansprüche könnte – neben Pflichtzeiten für Schule und anderes – gerade durch die individuellen Optionen auf ‚Kurzarbeit‘ erfolgen.*“ (Schäfer 2011, S. 94).

⁵ Der Lebensschancenkredit muss nicht zurückgezahlt werden, sondern steht als Guthaben zwischen 30.000 und 60.000 Euro allen Menschen im Laufe ihres Lebens für Weiterbildung, soziale Sicherung oder Zeit für Pflege und Erziehung zur Verfügung (Mau 2012, S. 226).

die Erwerbsarbeitszeit ausdrücken (Fudge 2011, S. 187; Kratzer und Sauer 2007, S. 239). Die Unternehmen entsprechen den Wünschen ihrer Mitarbeiter dabei immer häufiger, da sie sich dadurch eine Steigerung der Produktivität und Sicherung von qualifiziertem Personal erhoffen. Insofern stehen ‚Work-Life-Balance‘- Konzepte auch im Bezug zur Humankapitaltheorie (Paulus 2012, S. 229). Kulturelle Stereotype der Geschlechterungleichheit scheinen sich dagegen in den ‚Work-Life-Balance‘- Konzepten zu nivellieren (ebd., S. 227).

Durch die klassische, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung von weiblicher Reproduktions- und männlicher Erwerbsarbeit wird der Begriff der Reproduktionsarbeit dagegen schnell mit der Geschlechterperspektive in Verbindung gebracht. Auch das Reproduktionsregime fördert einen „*historisch entstandener Typus von Arbeitsteilung, der auf sozialen Hierarchisierungen und Polarisierungen basiert und diese zugleich hervorbringt.*“ (Jürgens 2010, S. 561). Frauen partizipieren heute zwar deutlich mehr oder sogar gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt, tragen aber dennoch die Hauptverantwortung für die familiäre Reproduktionsarbeit und das Vereinbarkeitsmanagement (Klinger 2012, S. 267; Anttonen und Zechner 2011, S. 29; Galvez-Munoz et al. 2011, S. 132). Dabei geht es nicht nur um die Pflege von Kindern und Älteren. Auch für die vorfamiliäre Phase zeigen Studien, dass überwiegend Frauen zuständig sind für das Vereinbarkeitsmanagement in Paarhaushalten (Behnke und Meuser, S. 289ff.). Das führt unter anderem dazu, dass Frauen insgesamt mehr arbeiten als Männer, wenn man Produktions- und Reproduktionsarbeit zusammenzählt (Galvez-Munoz et al. 2011, S. 132) und dass sie dementsprechend auch eher über zeitliche Belastungen klagen (Deding und Lausten 2011, S. 249). Birger Priddat greift diesen Fakt auf und schließt daraus eine zukünftige Benachteiligung für Männer, denen die Kompetenzentwicklung durch das anspruchsvolle Vereinbarkeitsmanagement fehlt und die demnach langfristig betrachtet Frauen in Bezug auf ‚soft skills‘ und ‚hyperorganizational competence‘ nachstehen. Beides sind Kompetenzfelder, die gerade in der neuen Organisationsentwicklung immer stärker gefragt werden (Priddat 2001, S. 15ff.). In Bezug auf die geschlechtliche Arbeitsteilung hat sich in den letzten Jahren viel verändert und möglicherweise entwickeln Frauen langfristig einen Kompetenzvorsprung. Dies führt jedoch nicht zwangsläufig zu einer Reduktion der Ungleichheit, sondern eher zu einer Transformation hin zu anderen und neuen Ungleichheitsdimensionen (Klinger 2012, S. 260; Littig und Spitzer 2011, S. 20). *„Reproduktionsarbeit wird somit verstärkt zum Trennungsmerkmal, das entlang der Strukturkategorien Klasse, Geschlecht und Ethnie verläuft.“* (Winker und Carstensen 2007, S. 286). Einerseits entstehen neue Klassenungleichheiten durch die immer ungleichere Verteilung externer Ressourcen, wie Geld und Zeit, da gerade bei einer tendenziellen Vermarktlichung sozialer Dienstleistungen sich nicht jeder Unterstützung leisten kann. Zum anderen ist von einer ungleichen Verteilung interner Ressourcen auszugehen, die für das Vereinbarkeitsmanagement bzw. die alltäglich Organisation notwendig sind, wie Strategien und methodische Kompetenzen, die heute anscheinend fasst wichtiger sind als externe Ressourcen (Bude 2009, S. 170). Durch den Wandel in der Sozialpolitik und die erhöhte Frauenerwerbstätigkeit wird auch die Kategorie ‚Ethnie‘ immer bedeutender, da häufig kostengünstige, weibliche Migrantinnen das Defizit in der westlichen Reproduktionsarbeit auffüllen (Razavi 2007, S. 2).

Reproduktionsregime müssen demnach sowohl in ihrer Ausgestaltung als auch in ihren (Verteilungs-)Auswirkungen historisch und raumspezifisch verortet werden (Pocock 2005, S.

38). Im deutschen Wohlfahrts- und Reproduktionsregime entstanden nach dem 2. Weltkrieg *"neue politisch-legitimierende, soziokulturelle und rechtliche Arrangements, die über einzelne sozialpolitische Maßnahmen weit hinaus gingen."* (Busemeyer et al. 2013, S. 91). Dieses historisch spezifische Institutionenarrangement wird heute unter dem Begriff ‚Fordismus‘ zusammengefasst. Das deutsche Reproduktionsregime dieser Periode war charakterisiert durch das Zusammenspiel des Normalarbeitsverhältnisses mit Familienlohn, geschlechtlicher Arbeitsteilung in der Familie und der Absicherung durch staatliche Sicherungs- und Transferleistungen an Ehen und Familien (Winker 2011, S. 170). Damit war die Reproduktionsarbeit institutionell, zeitlich und räumlich von der Produktionssphäre abgegrenzt und gesichert (Kratzer und Sauer 2007, S. 242). Dieses Modell war nicht alternativlos, sondern, im internationalen Vergleich, ein spezifischer Weg, den das deutsche Reproduktionsregime im Fordismus einschlug. Mit der Auflösung des Fordismus wandelte sich auch das Reproduktionsregime unter anderem gefördert durch die aktivierende Arbeits- und Sozialpolitik, mit der sich die Anforderung durchsetzte, *„sich eigenständig um die eigene finanzielle und soziale Reproduktion zu kümmern und nicht der Allgemeinheit über staatliche Hilfe auf der Tasche zu liegen“* (Winker 2010, S. 174). Durch die Reduktion sozialstaatlicher Unterstützungsleistungen und die Forderungen des ‚Zweiverdienermodells‘⁶ erhöhten sich die Reproduktionsanforderungen, bspw. im Sinne von effizientem, individuellem Vereinbarkeitsmanagement. Zudem entstand das Risiko, dass im ‚Zweiverdienermodell‘ selbst der geringe Schutzraum der Hausfrauenexistenz der im Familienernährermodell angelegt war, verschwindet. Auch die zunehmende Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt erhöht den Druck auf die Selbstorganisation und stellt neue Ansprüche an Reproduktionsarbeit.

"Je flexibler die Arbeitstätigkeiten, desto höher werden die Anforderungen an soziale Netze im Privatbereich, diese Flexibilitätsanforderungen so auszubalancieren, dass die Reproduktion gewährleistet bleibt. Eine Folge ist, dass sich die Anforderungen an reproduktive Tätigkeiten ebenfalls durchschnittlich erhöhen." (Dörre und Haubner 2012, S. 88).

Gleichzeitig stiegen die gesellschaftlichen und individuellen Erwartungen an Reproduktionsarbeit im Sinne von Gesundheitsidealen, Leistungsansprüchen (Jürgens 2012, S. 284) und Individualisierungsanforderungen in der Freizeit. Damit entstand eine individuelle Überforderung bzw. gesellschaftliche Problemlage, die heute häufig als Reproduktionsdefizit oder Reproduktionskrise bezeichnet wird (Winker 2010; Biesecker und Hofmeister 2010; Jürgens 2009).

Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses mit Familienlohn führt außerdem zu einer zunehmenden Kollision zwischen gesellschaftlichen, betrieblichen und staatlichen Normen der Arbeitsregulierung (Mayer-Ahuja 2011a, S. 5). Diese Kollision wirkte sich auch auf die Reproduktionssphäre aus. Mit anderen Worten, die Krise des Normalarbeitsverhältnisses kündigte zugleich eine Krise im Reproduktionsmodell an (Mückenberger 2010, S. 404).

Da die Gesellschaft auf die kontinuierliche Reproduktion der Arbeits- und Lebenskraft angewiesen ist, wird überall nach neuen institutionellen Lösungen gesucht. Seit den 90er

⁶ Im ‚Zweiverdienermodell‘ (‚adult worker model‘) sind beide Partner grundsätzlich Erwerbstätig, die individuelle Existenzsicherung steht im Mittelpunkt. Dabei müssen nicht beide Vollzeitarbeiten, sondern verschiedene Variationen der Arbeitsteilung sind möglich.

Jahren setzten sich im Hinblick auf brüchig werdende Familien- und Lebensmodelle die Vermarktlichung und Privatisierung von Reproduktionsarbeiten durch (Busemeyer et al. 2013, S. 203f.; Klinger 2012, S. 268; Heise und Lierse 2011, S. 4). Dieser Wandel lässt sich in den allgemeinen Transformationsprozess vom Wohlfahrts- zum Minimalstaat einordnen (Heise 2011, S. 1; Heise und Lierse 2011, S. 33). Reproduktionsarbeit lässt jedoch nur begrenzt über die Marktlogik gewährleisten (Gottschall 2000, S. 26). Daher ist auch, oder gerade der Sozialstaat als Unterstützer und Anbieter von Reproduktionsarbeit gefragt (Esping-Andersen 2012, S. 80). Anreize, die der Sozialstaat zur Umverteilung von Reproduktionsarbeit ergreifen könnte, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen (Biesecker 2008, S. 70):

1. Förderung von Betriebsvereinbarungen, die Sorgearbeit ermöglichen,
2. finanzielle familienpolitische Anreize,
3. Integration von Sorgearbeit in die sozialen Sicherungssysteme und
4. Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Eine Variation dieser Lösungen wird in fast allen Wohlfahrtsstaaten verfolgt, die Ergebnisse lassen im deutschen Wohlfahrtsstaat bisher jedoch keine institutionelle Komplementarität wie beim Zusammenspiel vom Normalarbeitsverhältnis und Kleinfamilie erkennen (Aulenbacher und Riegraf 2009, S. 239; Kovacheva 2011, S. 82).

Ein weiterer Einfluss auf die Reproduktionssphäre ist der Rückgang der Erwerbsarbeit. Durch Produktivitätssteigerungen und technologischen Fortschritt gibt es immer weniger Arbeitsplätze in der Produktionsbranche. Damit entsteht die gesellschaftliche Krankheit, die Keynes (1930/1972, S. 325) ‚technologische Arbeitslosigkeit‘ nannte. Erwerbsarbeit wird aber nicht per se weniger, sondern es vollzieht sich ein Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Dieser Umbruch wird in der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatte verschieden bewertet. Einige sehen darin eine beschäftigungspolitische Hoffnung, da in dem arbeitsintensiven Dienstleistungssektor neue Arbeitsplätze entstehen, die wenig zugänglich sind für technischen Fortschritt. Auf der anderen Seite sind durch den hohen Personaleinsatz auch geringe Produktivitätssteigerungen im Dienstleistungssektor möglich. Damit begründet sich der zweite Argumentationsstrang, der mit Sorge auf die sogenannte ‚Baumolsche Kostenkrankheit‘ hinweist. Laut dieser ist in Sektoren mit unterdurchschnittlichem oder stagnierendem Produktivitätswachstum mit überdurchschnittlichem Kostenzuwachs zu rechnen. Die Kostenkrankheit betrifft nicht alle Dienstleistungsbranchen. Ausnahmen sind bspw. die industrienahen Sektoren (Fernandez und Palazuelos 2012, S. 235f.). Insbesondere die sozialen Dienstleistungen im Reproduktionsbereich sind indessen von der ‚Kostenkrankheit‘ betroffen (Baumol 2001, S. 4). Dies heißt nicht, dass man sich nicht mehr soziale Dienstleistungen leisten kann, da die Preissteigerung der Kostenkrankheit durch den Einkommenseffekt (über)kompensiert werden kann. *„Damit wird die Kostenkrankheit nicht geheilt, aber der Patient erhält eine komfortable Gehilfe.“* (Schettkat 2010, S. 6). Auch der Mehrbedarf an ‚reproduktiven‘ Dienstleistungen wird den Wegfall der Arbeitsplätze in der Produktion jedoch möglicherweise nicht kompensieren können. Daher ist davon auszugehen, dass die Wirtschaft langfristig stagniert (Reuter 2007, S. 17ff.) und Erwerbsarbeit an Umfang verliert. So wird mehr Zeit für individuelle Freizeitgestaltung und Reproduktionsarbeit zur Verfügung stehen. Dieses Zukunftsszenario beschrieb Keynes in seinem Aufsatz ‚Economic Possibilities for our Grandchildren‘ schon vor 80 Jahren:

“Thus for the first time since his creation man will be faced with his real, his permanent problem - how to use his freedom from pressing economic cares, how to occupy the leisure, which science and compound interest will have won for him, to live wisely and agreeably and well.”(Keynes 1930/1972, S. 328).

Um für alle den Übergang in die ‚Ära der Freizeit‘ zu ermöglichen, gewinnen auch Verteilungsfragen an Bedeutung. Dabei geht es nicht nur um existenzsichernde Einkommen, sondern auch um die Verteilung der Arbeit, unter anderem durch Arbeitszeitverkürzungen (Keynes 2007, S. 162). Tatsächlich ist bereits eine reelle Arbeitszeitverkürzung zu verzeichnen, allerdings nicht durch eine sozialpolitische Umverteilungsstrategie, sondern hervorgerufen durch starke Ungleichheit zwischen den Beschäftigungsgruppen und prekäre Arbeitszeiten, die in Kombination mit Niedriglöhnen nicht zur Existenzsicherung ausreichen (Seifert 2008, S. 39; Hickel 2008, S. 21). Dennoch ist deutlich, dass Arbeitszeiten und die Verteilung von Erwerbsarbeit in Bewegung kommen (Holtrup und Spitzley 2008, S. 119). Das bietet für Reproduktionsarbeit neue Chancen und Risiken. Mückenberger betrachtet die Auswirkungen der betrieblichen und öffentlichen Zeitpolitik als externe Effekte und damit im negativen Fall als materielle und immaterielle Sozialkosten (Mückenberger 2004, S. 31). Das betrifft auch, oder gerade, die Reproduktionssphäre, deren Interdependenzen mit Erwerbsarbeitszeiten deutlich sind. Dies wird bei der Gestaltung der Arbeitszeitpolitik noch zu selten in die politischen Entscheidungen mit einbezogen.

Nachdem in diesem Teil das Reproduktionsregime und der sozioökonomische Kontext theoretisch hergeleitet wurden, wird es im empirischen Teil dieser Arbeit darum gehen, wie es verschiedenen Ländern gelingt, eine institutionelle Lösung für die Gewährleistung von Reproduktionsarbeit zu entwickeln und damit die negativen externen Effekte der Erwerbsarbeitsorganisation zu minimieren. Das heißt, es wird der Frage nachgegangen, wie verschiedene Reproduktionsregime derzeit ausgestaltet sind, und umgestaltet werden, um den veränderten gesellschaftlichen und (arbeitsmarkt-)ökonomischen Bedingungen zu begegnen.

2 Aktueller Forschungsstand

Reproduktionsarbeit ist in der sozialwissenschaftlichen Forschung bis heute kein eigenständiges und anerkanntes Forschungsfeld geworden, wurde unter verschiedenen Aspekten hingegen immer wieder als Forschungsthema aufgenommen. Nachdem lange Zeit Reproduktionsarbeit eher unter dem Aspekt der Geschlechterungleichheit und Familiensoziologie analysiert und diskutiert wurde, finden die heutigen Diskussionen verstärkt im Zusammenhang mit neuen Arbeitsformen, bzw. der Entgrenzung von Erwerbsarbeit in Lebens- und Reproduktionsräume hinein, statt (u.a. Weiss 2013). Zudem gibt es einen immer stärker werdenden Forschungsstrang zu der Verbindung von generativer Reproduktionsarbeit und verschiedenen Formen des Wohlfahrtspluralismus im Sinne von Careregimen (u.a. Razavi 2007; Anttonen und Sipilä 2005; Bettio und Plantenga 2004) oder ‚Care Diamonds‘ (Soma et al. 2011). Der ‚Care Diamond‘ stellt die Verbindung und Gewichtung der verschiedenen Ebenen im Wohlfahrtspluralismus dar, das heißt, das spezifische Verhältnis von Staat, Markt, Familie und Gemeinwesen (vgl. Brush 2002, S. 169).

Innerhalb der Soziologie lassen sich grob zwei Forschungsstränge in Bezug auf Reproduktionsarbeit unterscheiden. Zum einen Ansätze, die sich auf die Eigenheiten der Reproduktionssphäre und der privaten Lebenswelt beziehen. Dazu zählen insbesondere die grundlegenden Arbeiten von Kerstin Jürgens, die sich mit dem eigenwilligen und emanzipativen Potenzial, das im Reproduktionshandeln angelegt ist beschäftigt (Jürgens 2009). Der zweite Forschungsstrang bezieht sich auf die Umbrüche in der Erwerbsarbeit und nimmt dabei auch Auswirkungen auf die Reproduktionssphäre in den Blick. Die Veränderungen der Erwerbsarbeit werden dabei in der Regel unter den Begriffen Entgrenzung, Subjektivierung und Flexibilisierung analysiert (Littig und Spitzer 2011, S. 28). Dadurch werden bspw. Unterschiedliche Formen aktueller, betrieblicher Arbeitskraftnutzung im internationalen Vergleich aufgezeigt, die zu verschiedenen Ergebnissen und Polarisierungen in der Reproduktionsarbeitsgestaltung führen (Mayer-Ahuja 2011a). In Bezug auf die Verschränkung der verschiedenen Sphären wird auch immer wieder eine ‚Verbetrieblichung des Lebens‘ diagnostiziert (u.a. Kratzer und Lange 2006, S. 193). Bei dieser Diagnose spielt der Begriff des Arbeitskraftunternehmers eine wichtige Rolle. Der neue Arbeitnehmer im Sinne des Arbeitskraftunternehmers ist durch verstärkte Selbst-Kontrolle, Selbst-Ökonomisierung und Selbst-Rationalisierung geprägt (Voß und Pongratz 1998). Bei diesen Tendenzen wird jedoch tatsächlich weniger die ‚Verbetrieblichung des Lebens‘ untersucht, als die ‚Verbetrieblichung des Erwerbsarbeiters‘. Daher scheint es sinnvoll, das Konzept des Arbeitskraftunternehmers zu ergänzen um die neuen Anforderungen an Eigenverantwortung und Koordination im Reproduktionsbereich. In diesem Sinne entwickelten Winker und Carstensen das Konzept der neuen Arbeitskraftmanagerin, die sich durch Selbst-Kontrolle, Selbst-Sozialisierung und Selbst-Rationalisierung in der verbetrieblichten Lebenswelt behauptet (Winker und Carstensen 2007, S. 282).

Auch innerhalb der Ökonomie lassen sich grob zwei Blickrichtungen in Bezug auf Reproduktionsarbeit unterscheiden. Die Mainstreamökonomie hat sich lange Zeit nicht um die unbezahlte und damit ‚unsichtbare‘ Seite der sozialen Reproduktion gekümmert. In den letzten Jahren entstanden jedoch einige mikroökonomische Analysen (u.a. Becker und Nashat 1998), die sich der Kritik aussetzen müssen, dass ihre analytischen Methoden, insbesondere die Annahme des rationalen Verhaltens, alle Unterschiede zwischen einem idealen Markt und der sozialen Sphäre ignorieren (Razavi 2007, S. 2). Erste Ansätze, die sich bewusst mit Reproduktionsarbeit auseinandersetzen und diese Fehler korrigieren, lassen sich unter das Forschungsfeld der ‚Lebensweltökonomie‘ fassen. Hier ist besonders das mikroökonomische Analysemodell von Maren A. Jochimsen hervorzuheben, das Aspekte wie Präferenzen, Motivation und Asymmetrie in Care-Beziehungen untersucht (Jochimsen 2003). Zur Lebensweltökonomie gehört aber auch die Diskussion um die problematische Verengung ökonomischer Perspektiven auf eine Dichotomie von Produktion und Reproduktion, die innerhalb der feministischen Ökonomie schon lange kritisiert wurde. *„Die Dichotomisierung von produktiven und ‚reproduktiven‘ Tätigkeiten und Leistungen, wie sie in der ökonomischen Theorie vollzogen worden ist, hat in der physischen Sphäre keine Entsprechung.“* (Biesecker und Hofmeister 2010, S. 52). Wichtige Debatten in der feministischen- und Lebensweltökonomie drehen sich um die Frage, wie die Verbindung zwischen der Produktions- und Reproduktionssphäre ohne die Nivellierung der Unterschiede dargestellt sowie sozialökologisch sinnvoll organisiert und reguliert werden kann.

Die zweite Reproduktionsperspektive in der Ökonomie bezieht sich auf transgenerationale Reproduktionsarbeit und den Wandel der Fürsorgeorganisation.

"The slogan of care 'going public' describes the process in which an increasing proportion of the care functions of a society is removed from the entirely private domestic sphere of the household towards a greater overlap with the formal economy of the market, the voluntary and charitable sector and the state." (Anttonen und Sipilä 2005, S. 119).

In diesem Zusammenhang setzten verschiedene ökonomische Diskussionen an, unter anderem über die ‚Baumolsche Kostenkrankheit‘ (Madörin 2010, S. 99f.; Razavi 2010, S. 111).

Die soziologischen und ökonomischen Analysen unterscheiden sich somit sowohl in ihren spezifischen Perspektiven als auch in ihren theoretischen Grundlagen. Eine klare Überschneidung der disziplinären Herangehensweisen ergibt sich in Bezug auf Gender- und Careregime-studien, die in beiden Disziplinen verortet sind (Adams und Padamsee 2001, S. 17). An diese Überschneidung schließt diese Arbeit an und versucht dabei eine interdisziplinäre, bzw. sozialökonomische⁷ Perspektive einzunehmen. In den älteren komparativen Studien zu Wohlfahrtsregimen wurde die Rolle von Reproduktionsarbeit lange übersehen (Razavi 2007, S. 18). Heute findet sich die Analyse der Reproduktionssphäre dagegen in Careregimestudien und, zumindest ansatzweise, auch im Genderregimeansatz, wie in 1.2 dargestellt.

Eine weitere und etwas andere Sichtweise entwickelte sich innerhalb der politischen Ökonomie in Bezug auf die Verbindung zwischen Reproduktionsarbeit und Qualifikation bzw. lebenslangem Lernen (u.a. Priddat 2001; Estevez-Abe 2005). Estevez-Abe (2005), betrachtet diesen Zusammenhang innerhalb des theoretischen ‚Varieties of Capitalism‘-Ansatzes. Demnach begünstigen koordinierte Marktwirtschaften mit einem stark ausgeprägten Wohlfahrtsstaat Geschlechterungleichheit in der Arbeitsorganisation, da hier spezifische Skills in der Arbeitswelt gefragt sind, die nur in kontinuierlichen Erwerbsbiografien gefestigt und weiterentwickelt werden können. Hier wird die Unterbrechung aufgrund von Reproduktionsarbeit zum Problem. In liberalen Marktwirtschaften werden dagegen eher schulische Qualifikationen gefragt (‚general skill regime‘), welche auch in Zeiten der Reproduktionsarbeit nicht so leicht zu erwerben sind. Die Erklärungskraft des ‚Varieties of Capitalism‘- Ansatzes ist jedoch eingeschränkt. Zum einen wird ein zu starker Fokus auf Firmen und ihre Konstituierung gelegt, zum anderen *„weil die Relevanz und spezifische Dynamik von Tertiarisierungsprozessen ebenso wie die nach wie vor bedeutsame staatlich Regulierung von Arbeitsmärkten und Arbeitsmarktverfügbarkeiten nicht hinreichend in den Blick genommen wird.“* (Gottschall 2009, S. 130).

Ein Konzept, das ganz bewusst versucht, die betriebliche Produktionsebene und Reproduktionsarbeit zusammenzubringen und dabei staatliche Regulierung in den Mittelpunkt stellt, ist das ‚Care/Work Regime‘ von der australischen Ökonomin Barbara Pocock (2005). Ihr Konzept der Mehrebenenanalyse, in der sie die Reproduktionskultur mit den spezifischen Insti-

⁷ Sozialökonomie wird hier verstanden als Gegensatz zur ‚Systemökonomie‘, welche die funktionale Systemlogik der Marktwirtschaft analysiert, ohne die sozialstrukturelle Einbettung der ökonomischen Akteure zu beachten (Granovetter 1985, S. 4). *„Eine in diesem Sinne kontextbewusste Sozialökonomie verliert wohl oder übel ihre Autonomie gegenüber den (übrigen) Sozialwissenschaften;“* (Ulrich 2004, S. 65). Die Begriffe ‚sozial‘ und ‚ökonomisch‘ bezeichnen in diesem Zusammenhang nicht getrennte Beobachtungsbereiche, sondern die Zusammenführung verschiedener (disziplinärer) Perspektiven auf den gleichen Gegenstand.

tutionen und der Handlungspraxis verbindet, wurde bspw. bereits von Beckmann (2008) in einer komparativen Studie empirisch umgesetzt. Auch in Pococks Analysekonzept geht es überwiegend um die gesellschaftliche Organisation und Regulierung von generativer Reproduktionsarbeit. Die soziale Reproduktionsarbeit bzw. Selbstsorge wird dagegen nicht betrachtet. Selbstsorgekonzepte und -analysen finden sich häufiger in der Psychologie und Medizin und in letzter Zeit auch vermehrt in mikrosoziologischen und sozialpsychologischen Untersuchungen (u.a. Flick 2013; Lantermann et al. 2009). Zudem wird Selbstsorge, wenn auch nicht unter diesem Begriff, in ‚Work-Life-Balance‘- Konzepten angegangen (u.a. Pocock 2008; Fahlen 2012).

Dieser kurze Überblick über den aktuellen Forschungsstand zur Reproduktionsarbeit macht deutlich, dass generative Reproduktionsarbeit in diversen Analysemodellen in die Wohlfahrtsstaatsforschung integriert wurde und in der sozialwissenschaftlichen Forschung eine immer wichtigere Rolle spielt. Selbst- und Lebenssorge bzw. die Wiederherstellung der eigenen Arbeits- und Lebenskraft stellt dagegen einen ‚weißen Fleck‘ in der wohlfahrtsstaatlichen Forschung dar.

3 Methodisches Vorgehen und Analysekonzept

Diese Forschungsarbeit beschäftigt sich mit der Frage, wie sich die Wechselwirkungen zwischen staatlichen Regulierungsstrukturen und sozialem Reproduktionshandeln und –kultur analytisch und empirisch so erfassen lassen, dass Möglichkeiten und Grenzen aktiver Regulierung im internationalen Vergleich deutlich werden.

Das methodische Vorgehen beruht auf einer Gegenüberstellung der Reproduktionsregime von Dänemark und Deutschland. Die interpretative Fallstudie ist so aufgebaut, dass sie als qualitatives Forschungsdesign betrachtet werden kann, da sie anders als quantitative Studien *"aims to draw out how factors come together and interrelate across a small number of cases, rather than searching after a general 'truth' through the testing of theoretical propositions across a large number of cases."* (Daly und Rake 2006, S. 43). Zudem erfordert die Fragestellung, wie zuvor theoretisch begründet, eine Mehrebenenanalyse um die Interaktion der verschiedenen Ebenen darstellen zu können. Innerhalb der Mehrebenenanalyse sollen hier die institutionellen Aspekte der beiden Länder im Vordergrund stehen, bzw. die staatlichen Regulierungsstrukturen. Für einen institutionellen Analyseansatz sprechen insbesondere die folgenden vier Argumente (Schmid 2010, S. 47):

- 1) Durch die Institutionenanalyse wird der nationalen Spezifik Rechnung getragen.
- 2) Das Institutionengefüge entwickelt aufgrund der hohen Komplexität eine historische Eigengesetzlichkeit und Kontinuität, was zur Bildung relativ konsistenter Typen des Wohlfahrtsstaates führt.
- 3) Das politische Handeln wird durch Institutionen kanalisiert, sodass bestimmte Orientierungen, Interessen und Politikmuster privilegiert und andere unterdrückt werden.
- 4) Die institutionellen Widersprüche haben ihrerseits wiederum Rückwirkungen auf die jeweils vorliegenden Probleme bzw. Krisenursachen des Wohlfahrtsstaates und der jeweils entwickelten Lösungsmuster.

Gerade sozialpolitische Themen und Wohlfahrtsstaatsanalysen stellen eine ‘Querschnittsdisziplin’ dar, bei deren Erforschung Ansätze verschiedener Disziplinen zumindest Beachtung finden sollten, um zu realitätsbezogenen Aussagen zu gelangen. (Schmähl 2009, S. 51). Insbesondere Ökonomie und Soziologie können sich demnach in der Institutionenanalyse sinnvoll verbinden, bei der „*Suche nach einer vorteilhaften Gestaltung der sozialen Welt über Institutionen, die real identifizierte oder theoretisch modellierte Abstimmungsprobleme beheben.*“ (Maurer 2011, S. 60) - Abstimmungsprobleme wie die Ermöglichung selbstbestimmter und vor allem ausreichender Selbstsorge in einer flexibilisierten und entgrenzten Erwerbsarbeitswelt.

In der empirischen Analyse werden zwei Länder gegenübergestellt, von denen anzunehmen ist, dass sie sehr verschiedene Reproduktionsregime haben, unter anderem begründet durch die zugrunde liegenden Wohlfahrtsstaatstypen. Dänemark wird in der Literatur häufig als Positivbeispiel beschreiben, wenn es darum geht, die Veränderungen in der Arbeitswelt mit Reformanstrengungen zu bewältigen. Damit ist das Land neben anderen skandinavischen Ländern sowie Frankreich Vorbild für Vereinbarkeitspolitik (vgl. Littig und Spitzer 2011, S. 20) und Spitzenreiter im OECD-Index für ‚Work-Life-Balance‘ (OECD 2013). Für Deutschland wird dagegen, wie in 1.2 dargestellt, häufig ein Reproduktionsdefizit bzw. eine -krise diagnostiziert.

Für den Gender- und Careregimensatz gibt es bereits verschiedenste Analysekonzepte sowie Literaturstudien, die unterschiedliche Ansätze mit ihren jeweiligen Beobachtungsdimensionen und Indikatoren systematisch verknüpfen (vgl. u.a. Betzelt 2007). Für das Reproduktionsregime existiert dagegen kein ausgearbeiteter Analyserahmen, der dazu dienen könnte, wichtige Dimensionen, wie Arbeitsteilung, Koordination und Steuerung in ihrer Wechselwirkung empirisch zu erfassen (Dingeldey 2002, S. 9). Daher wird im Folgenden aus verschiedenen Konzeptionen von Care- und Genderregimen ein Analyserahmen für Reproduktionsregime abgeleitet. Viele Studien konzentrieren sich auf je eine Dimension von Reproduktionsarbeit: Vereinbarkeitsmanagement auf der ‚Work-Life-Balance‘- Maßnahmen oder Arbeitszeitgestaltung in den Organisationen (Mesoebene), sozialpolitische Regulierungen (Makroebene) oder aber kulturelle Divergenzen in dem Verständnis von Reproduktionsarbeit und deren Gestaltung. Hier soll versucht werden, die verschiedenen Ebenen innerhalb eines Analysemodells zu verknüpfen, da durch die Wechselwirkungen eine Einzelanalyse nur bedingt Erklärungskraft entfalten kann (Kossek und Ollier-Malaterre 2013, S. 21; Jürgens 2005, S. 53). Die Basis für das hier zu entwickelnde Konzept des Reproduktionsregimes bildet das Analysemodell des ‘Work/Care Regimes’ von Barbara Pocock (2005). Diese verknüpft die drei Ebenen:

1. Kultur (dominante Normen und Werte),
2. spezifische Institutionen,
3. sowie soziale Praxis und individuelle Präferenzen, die sich auf die gesellschaftliche Gestaltung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit auswirken.

In den folgenden Abschnitten werden diese drei Ebenen genauer erläutert und um wichtige Ansatzpunkte aus anderen Analysekonzepten ergänzt. Dabei geht es hauptsächlich darum, aus dem ‚Work/Care Regime‘ sinnvolle und operationalisierbare Beobachtungsdimensionen für die folgende empirische Analyse zu erarbeiten.

3.1 Reproduktionskultur

Das Reproduktionsregime fußt auf den grundlegenden gesellschaftlichen Normen und Werten, insbesondere normativen Vorstellungen darüber, wie Reproduktionsarbeit individuell und gesellschaftlich organisiert und durchgeführt werden soll. Zudem wird die Reproduktionskultur geprägt durch gesellschaftliche Ansprüche und Erwartungen, die an Reproduktionsarbeit und Reproduktionsarbeiterinnen gestellt werden. Die meisten Studien zu den kulturellen Unterschieden von Wohlfahrtsstaats- und Careregimen basieren auf den soziologischen und sozialpolitischen Arbeiten von Birgit Pfau-Effinger. *"In addition to welfare state policies, cultural values and models ('Leitbilder') in particular also contribute substantially to explaining differences."* (Pfau-Effinger 2005, S. 22). In den Kulturanalysen zu 'Care Arrangements' unterscheidet sie zwischen:

- a) Familienwerten (Vorstellungen zu Familienmodellen und Arbeitsteilung) und
- b) Wohlfahrtsstaatswerten (Vorstellungen über Verantwortlichkeiten, soziale Rechte und Umverteilungspolitik in Verbindung mit Reproduktionsarbeit).

In den empirischen Analysen, die sich auf diese Konzeption beziehen, wird deutlich, dass Familienwerte relativ wenig mit dem spezifischen Regimetyp verknüpft sind. Wohlfahrtsstaatswerte dagegen spielen eine wichtige Rolle bei der Erklärung von Differenzen zwischen verschiedenen Regimetypen (Pfau-Effinger 2005, S. 34). Dieses Ergebnis ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass sich viele komparative Studien auf die EU-Mitgliedsländer beziehen. Innerhalb dieser hat sich in den letzten Jahren flächendeckend die kulturelle Norm des Zweiverdienermodells durchgesetzt und das alte ‚Ernährer-Hausfraumodell‘ ersetzt (Lewis 2004, S. 63).

Anlehnend an diese Überlegungen soll innerhalb des Reproduktionsregimemodells lediglich auf Wohlfahrtsstaatswerte eingegangen werden. Da es sich um latente Konstrukte handelt, sind gesellschaftliche Werte schwer messbar (Trüdinger 2011, S. 140f.). Werte werden häufig definiert als allgemeine Vorstellung über angestrebte Ziele wie soziale Gerechtigkeit. Die Analyse bezieht sich daher auf gesellschaftliche Einstellungen. Die Unterscheidung der Begriffe liegt darin, dass bestimmte Orientierungen gegenüber ‚Werten‘ als Erklärungsfaktoren für ‚Einstellungen‘ gegenüber dem Wohlfahrtsstaat angesehen werden können. Wohlfahrtsstaatliche Einstellungen sind also *„ganz allgemein positive wie negative Haltungen gegenüber staatlichen Aktivitäten zur Realisierung sozioökonomischer Sicherheit und Gleichheit der Gesellschaftsmitglieder auf der Grundlage von Rechtsansprüchen“* (Heien 2000, S. 7). Ein eindeutiger Wirkungsmechanismus zwischen Einstellungen und wohlfahrtsstaatlichen Programmen kann nicht festgestellt werden. Sowohl die Einstellungen beeinflussen den Wohlfahrtsstaat, als auch dieser die gesellschaftlichen Einstellungen (vgl. Trüdinger 2011, S. 136; Lippl 2008, S. 6).

Die Analyse der Wohlfahrtsstaatseinstellungen wird ergänzt um den jeweiligen Diskurs zur Reproduktionsarbeit bzw. Selbstsorge und ‚Work-Life-Balance‘. Da beide Länder zur Europäischen Union gehören, ist es wichtig auch transnationale Bezüge darzustellen. Grenzüberschreitende Normen gewinnen an Bedeutung, *„weil sich zum einen [...] konfliktierende Normen innerhalb der Staatsgrenzen etablieren und zum anderen Normsetzungen in zunehmendem Maße grenzüberschreitend erfolgt.“* (Mayer-Ahuja 2011b, S. 8). Die Berück-

sichtigung dieser Perspektive entspricht der immer stärker werdenden Kritik am ‘methodologischen Nationalismus’.⁸ Transnationale Bezüge entstehen in Bezug auf das dänische und deutsche Reproduktionsregime vor allem auf der Ebene der europäischen Union. Diese sollen hier direkt im Anschluss kurz dargestellt werden, da sie für beide Länder gelten.

Die Europäische Union verfolgt seit den 80er Jahren eine Initiative für mehr ‚Work-Life-Balance‘ in den Mitgliedsstaaten, die sich in verschiedensten Politikempfehlungen und Richtlinien niederschlägt (Aybars 2007, S. 569). Der Diskurs hat sich im Laufe der Zeit jedoch ein Stück verschoben - von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur ‚Work-Life-Balance‘ bzw. *„reconciliation of private and professional life“* (EC 2006, S. 22; EC 2010, S. 4). Dennoch beziehen sich die meisten Forderungen auf die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit durch mehr und bessere Betreuungsangebote und Freistellungsmöglichkeiten für Eltern (u.a. EC 2008). Diese Zielrichtung wird auch an der aktuellen Kampagne deutlich, die plant das Jahr 2014 zum ‚Europäischen Jahr der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben‘ zu machen (Anonym 2013a).

Die begriffliche Verschiebung zur ‚Work-Life-Balance‘ statt Vereinbarkeit von Beruf und Familie, hat Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Diskurs und langfristig auch auf neue Politikziele. Diese Entwicklung kann sowohl positiv als auch negativ ausgelegt werden. Negativ zu bewerten ist die Wahl des ‚Work-Life-Balance‘- Begriffs der, wie in Kapitel 1.1 dargestellt, eine Dichotomie von ‚Work‘= Erwerbsarbeit und ‚Life‘= Freizeit suggeriert. Damit wird die gesellschaftlich relevante Sphäre der Reproduktionsarbeit tendenziell ausgeblendet bzw. als ‚Freizeit‘ und individuelle Angelegenheit deklariert.

Auf der anderen Seite verspricht der Abschied vom ‚Vereinbarkeitsthema‘ neue Perspektiven. Zum einen werden nicht nur Familien, sondern auch Individuen bzw. verschiedenste Lebensformen mit dem neuen Begriffskonzept erfasst, zum andern werden somit auch Themen wie Körper, Gesundheit, Freizeit und soziale Beziehungen angesprochen.

3.2 Spezifische Institutionen

Auf der Ebene der spezifischen Institutionen im Wohlfahrtspluralismus stellt sich die Aufgabe, die verschiedenen Akteure, Organisationen und Institutionen innerhalb des Reproduktionsregimes zu skizzieren und ihre Verantwortungsbereiche und Politiken zu analysieren.

Innerhalb des Wohlfahrtspluralismus kommt dem Staat, wie in 1.2 dargestellt, eine ganz besondere Rolle zu, *“because the state is not just a provider of welfare, but also a significant decision maker about the responsibilities to be assumed by the other [...] institutions.”* (Razavi 2007, S. 20). Um das komplexe Untersuchungsfeld einzugrenzen, wird der Fokus der empirischen Analyse auf der besonderen Rolle staatlicher Regulierungsstrukturen liegen. Auch innerhalb dieser Fokussierung ist es notwendig, die zu analysierenden Politikfelder

⁸ Methodologischer Nationalismus meint, dass die Gesellschaftswissenschaften ihre Theorien und Analysen in der Regel auf den Nationalstaat beziehen. Dieser wurde lange Zeit als abgegrenzte, unabhängige und homogene Einheit beschrieben, die sich durch Ländergrenzen, Rechtsprechung und spezifische Institutionen konstituierte (Beck und Grande 2010, S. 189). Damit werden jedoch Interdependenzen und transnationale Zusammenhänge, -Politikregime und -Kulturen zwangsläufig unterbewertet.

einzugrenzen, da letztlich fast alle Politiken direkt oder indirekt auf Reproduktionsarbeit einwirken. Besonders relevant erscheinen insbesondere die folgenden Drei:

1. Familien- und Pflegepolitik,
2. Soziale Sicherung und
3. Arbeitsmarktpolitik (Teilzeitoptionen, Flexibilisierung, verschiedene Arbeitszeitmodelle, Freistellungsmöglichkeiten).

Arbeitspolitik ist insbesondere im Hinblick auf zugrunde liegende Zeitarrangements relevant für Reproduktionsarbeit. Denn die Regulierung von betrieblichen bzw. gesetzlichen Arbeitszeiten hat direkte Auswirkungen auf das außerbetriebliche Leben (Jürgens 2005, S. 37). *"Extending the working day cuts into time for sleep, leisure and self-care, with adverse implications for human capabilities."* (Razavi 2010, S. 110). Dabei ist nicht nur die Dauer der Arbeitszeit relevant, sondern auch deren Verteilung und Lage (Seifert 2008, S. 37).

Die sozialen Sicherungssysteme spielen insofern eine wichtige Rolle, weil sie sowohl Erwerbs- als auch Reproduktionsarbeit absichern sollten und damit zur Dekommodifizierung von Reproduktionsarbeit beitragen. In welchem Umfang die Absicherung erfolgt und welche Form der Reproduktionsarbeit dabei gefördert wird, kann wichtigen Einfluss auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung haben.

Soziale Sicherung und Arbeitsmarktpolitik sind damit wichtige Politikfelder in Bezug auf Selbstsorge. Generative Reproduktionsarbeit wird dagegen insbesondere durch Familien- und Pflegepolitik beeinflusst. Indem das Individuum bspw. durch familienpolitisch intendierte Betreuungsarbeit von generativer Reproduktionsarbeit entlastet wird, ist hiermit indirekt die Organisation der sozialen Reproduktion beeinflusst.

3.3 Reproduktionshandeln

Pocock bezeichnet in ihrem ‚Work/Care Regime‘- Konzept die Ebene des Reproduktionshandelns als *„Action, behaviour, preferences- What we do and want“*. Bezieht man das Konzept auf soziale Reproduktionsarbeit bzw. Selbstsorge, sind damit Präferenzen bezüglich der Organisation und Aufteilung der Arbeiten gemeint und die tatsächlich realisierte soziale Praxis bzw. das Reproduktionshandeln.⁹ Die Grundlage für die empirische Analyse bildet die Definition des Reproduktionshandelns von Kerstin Jürgens:

„Reproduktion von Arbeits- und Lebenskraft erweist sich in diesem Sinne als Gewährleistungsarbeit: Sie ist eine Leistung des nachhaltigen Aufrechterhaltens von gesellschaftlich einsetzbarem Arbeitsvermögen, von physischer und psychischer Stabilität sowie von sozialen Bindungen.“ (Jürgens 2009, S. 15f.).

⁹ In der Literatur finden sich sowohl der Begriff des Reproduktionshandelns als auch der Begriff der Reproduktionspraxis. Der Praxisbegriff ist ein Konzept, das in den letzten Jahren innerhalb der Sozialwissenschaften immer stärker in den Mittelpunkt geraten ist. Grundlegend sind dabei die Arbeiten von Bourdieu, der soziale Praxis als Kontext individuellen Handelns beschreibt, geprägt durch unterschiedliche Interpretationen und normative Rahmenbedingungen (Beckmann 2008, S. 65; Bongaerts 2007, S. 249). Eine wissenschaftstheoretische Begriffsgegenüberstellung würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Einfachheitshalber wird hier einheitlich der in Ökonomie und Soziologie gängigere Handlungsbegriff verwendet.

Dabei wird das Reproduktionshandeln einerseits vom Individuum aktiv gestaltet und andererseits strukturell beeinflusst. Folglich lassen sich auf allen Ebenen der Gesellschaft Einflüsse auf das Reproduktionshandeln identifizieren (Jürgens 2009, S. 205). Damit wird in der Analyse die Wechselwirkung zwischen Handlung und Struktur angesprochen, sie sich im Reproduktionshandeln manifestiert. Ökonomische Ansätze betrachten Reproduktionshandeln häufig als ‚Outcome‘.¹⁰ In der Soziologie werden dagegen immer häufiger die Wechselwirkungen von Struktur- und Handlungsebene in den Blick genommen (u.a. Giddens 1986). Das heißt, kulturelle und institutionelle Organisations- und Strukturformen werden zwar tendenziell im Handeln reproduziert, können durch neue Handlungsformen jedoch auch verändert und neu sortiert werden. Die Wechselwirkung zwischen Institutionen und Reproduktionshandeln kann bspw. so beschrieben werden, dass die spezifischen Institutionen Verhaltens- und Handlungskontexte erzeugen und damit Möglichkeiten und Spielräume eröffnen oder beschränken. Reproduktionshandeln wird so tendenziell die sozialen Strukturen reproduzieren, kann aber auch Eigendynamiken entwickeln und damit wiederum die institutionelle Ebene beeinflussen (Bongaerts 2007, S. 256).

Die empirische Analyse des Reproduktionshandelns ist so aufgebaut, dass zunächst dessen Kontext beleuchtet wird. Entscheidende Komponenten der Handlungsmöglichkeiten bilden dabei sowohl das Ausmaß der Fürsorgeverpflichtungen, die Möglichkeit die eigene Arbeitskraft zu verkaufen (Winker und Carstensen 2007, S. 286) sowie das Arbeitszeitarrangement (Mückenberger 2010). Zum anderen wird aber auch beleuchtet, wie Reproduktionsarbeit aktiv gestaltet und wahrgenommen wird. Wie gestaltet sich also konkret die individuelle Zeitverwendung? Werden Vereinbarkeitsprobleme zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit wahrgenommen? Und wie zufrieden sind die Individuen mit ihrer Reproduktion bzw. der Zeit, die ihnen für sich selbst bleibt?

4 Reproduktionsregime Deutschland

Nachdem im letzten Kapitel das Analysemodell dargestellt wurde, widmet sich dieses Kapitel dem Reproduktionsregime im konservativen, deutschen Wohlfahrtsstaatsmodell. Dafür wird zunächst die Reproduktionskultur dargestellt und anschließend der Aufbau und die Charakteristika des institutionellen Arrangements im Reproduktionsregime beschrieben. Auf dieser Grundlage erfolgt dann die Analyse des Reproduktionshandelns. Abschließend werden in einem Zwischenfazit die wichtigsten Erkenntnisse der drei Analyseebenen zusammengefasst, bevor das nächste Kapitel das Reproduktionsregime in Dänemark darstellt und diskutiert.

4.1 Reproduktionskultur

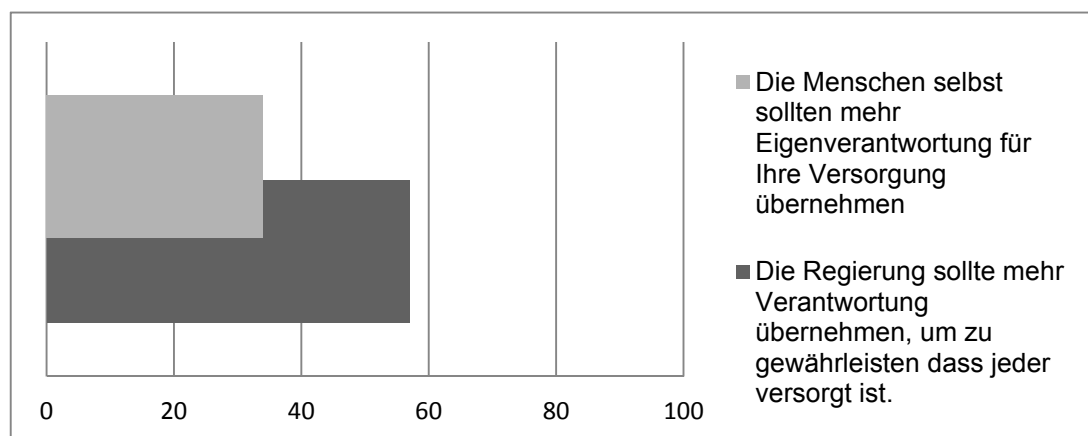
Nach der Wohlfahrtsstaatstypologie von Esping-Andersen ist Deutschland ein konservatives Regime. Demnach ist traditionell die Familie bzw. das Individuum hauptverantwortlich für die Reproduktionsarbeit (siehe Tabelle 2). Sowohl die Lebensführung als auch die Sozialpolitik orientierten sich in Deutschland lange Zeit an der Norm des Ernährermodells, „das

¹⁰ In dem Analysemodell von Pocock (2005) werden bspw. ganz explizit ‚work/care outcomes‘ betrachtet und analysiert.

heute in der Realität zwar noch anzutreffen ist, jedoch nicht mehr allgemeine Gültigkeit für die Mehrheit der Menschen beanspruchen kann“ (Klammer und Klenner 2004, S. 177). Diesem kulturellen Leitbild entsprechend ist der Mann zuständig für die Erwerbsarbeit, während sich die Frau um die familiäre Reproduktionsarbeit kümmert. Durch das Subsidiaritätsprinzip ist die Familie in Deutschland eine autonome Sphäre und traditionell ein wichtiger Gegenpart zum Sozialstaat (Beckmann 2008, S. 176; Pfau-Effinger und Sakac Magdalenic 2009, S. 92). Heute geht der sozial- und arbeitsmarktpolitische Diskurs in eine andere Richtung. Die Familie verliert an Bedeutung und es entstehen neue Anforderungen in Form des ‚active social citizen‘, bei dem das Recht auf soziale Sicherung und Unterstützungsleistungen auf Eigenverantwortung beruht (Busemeyer et al. 2013, S. 145). Das Leitbild der Eigenverantwortung passt zu den allgemeinen Diskursen über das neue Ziel der Chancengleichheit und der Förderung von Humankapital bzw. dem ‚social investment state‘. Diese normativen Vorstellungen und Forderungen führen zu einem neuen Verständnis von Sozialpolitik, das von den Individuen starke Mobilität, Autonomie und Verantwortlichkeit verlangt (Guillemard 2011, S. 38). Dabei handelt es sich um Forderungen, die auch die Organisation und Durchführung von Reproduktionsarbeit betreffen. Verstärkte Eigenverantwortung der Individuen ist für den Wohlfahrtsstaat eine Möglichkeit öffentliche Unterstützungsleistungen zu reduzieren. „Eigenverantwortung heißt Entlassung aus der Politik, Entverantwortung der Politik.“ (Nullmeier 2006, S. 176). Damit dient Eigenverantwortung auch dem Ziel des Sozialstaatsabbaus zwecks Kostensenkung. Dieses Ziel wird nicht nur, aber auch in Deutschland auf dem Weg zum Minimalstaat verfolgt (Heise und Lierse 2011, S. 14). Dieser Weg wird zudem dadurch befördert, dass die Finanzierbarkeit, Effektivität und Legitimierbarkeit sozialstaatlicher Programme schon lange in Frage gestellt werden (Offe 1990, S. 179).

Da im konservativen Wohlfahrtsstaat Familien schon immer ein wichtiger Bereitsteller von Reproduktionsarbeiten waren, ist eine weitere ‚Entverantwortung‘ der Politik von den Bürgern nicht unbedingt erwünscht. So sprachen sich 2010 57% der Deutschen für mehr Verantwortung der Regierung aus und nur 34% befürworteten das politische Ziel der gesteigerten Eigenverantwortung (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Befürwortung von Eigenverantwortung bei der Versorgung 2010, in Prozent



Datenbasis: Eurobarometer „Poverty and Social Exclusion“ 2010

Diese tendenzielle Ablehnung lässt sich dadurch erklären, dass mehr Eigenverantwortung bzw. weniger theoretische oder reale Fremdbestimmung durch die Sozialpolitik zu einer neuen Abhängigkeit von Marktentwicklungen führt (Nullmeier 2006, S. 176). Damit ist Eigenverantwortlichkeit nicht gleich Selbstbestimmung und die Fremdbestimmung durch den Markt offenbar noch weniger erwünscht als Abhängigkeit vom Staat. Für Reproduktionsarbeit bedeutet die Marktabhängigkeit, dass sich die Individuen zwangsläufig an ihrem Einkommen und somit in der Regel an der Erwerbsarbeit orientieren müssen, die ihre eigenverantwortliche Versorgung sichert. Diese hohe Bedeutung von Erwerbsarbeit für die Lebensgestaltung wird auch anhand von Einstellungsumfragen deutlich. Demnach finden 54% der deutschen Erwerbsarbeit ‚sehr wichtig‘ (siehe

Anhang A). Entlang der Erwerbsarbeit wird die Reproduktionsarbeit organisiert und steht somit absolut im Hintergrund bzw. gerät schnell ins Hintertreffen, wenn die individuelle Versorgung mit Einkommen immer stärker in den Vordergrund rückt. Der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung fordert daher zu Recht, dass Menschen je nach Lebensphase Erwerbs- und Reproduktionsarbeit unterschiedlich gewichtet und gestalten können sollen, ohne dadurch auf soziale Sicherheit und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten verzichten zu müssen (Bundesministerium für Familie 2011, S. 48f.).

4.2 Spezifische Institutionen

Wie im letzten Abschnitt dargestellt wurde, spielt die Familie in Deutschland eine besondere Rolle, da sie im konservativen Wohlfahrtsstaatsregime die dominante Institution im Wohlfahrtspluralismus ist. Der deutsche Wohlfahrtsstaat wurde zudem bis in die 70er Jahre hinein durch ein stark ausgeprägtes ‚Ernährermodell‘ geprägt, bei dem der männliche Erwerbsarbeiter die Reproduktionsarbeit leistende Hausfrau mitversorgte (Pfau-Effinger und Sakac Magdalenic 2009, S. 89). Dieses fordistische Familienbild entsprach auch damals nur für einen Teil der Gesellschaft der Realität und ist heute immer seltener anzutreffen. Als sozialpolitisches Idealbild wird es seit den 70er Jahren nach und nach durch das ‚Zweierdienermodell‘ ersetzt, das eine Neuausrichtung der Politik erfordert.

„Nur unter Anerkennung ihrer Vielfalt kann die Familie sachgerecht gefördert werden. Eine moderne Familienförderung orientiert sich an Familien, nicht an Familienmodellen.“ (Bundesministerium für Familie 2012, S. 135). Um der Vielfalt der Familien selbstbestimmte Reproduktionsarbeit zu ermöglichen, wird schon lange die ‚Vereinbarkeit‘ als sozialpolitisches Ziel benannt. Bei der Vereinbarkeitspolitik geht es einerseits um die Absicherung von Betreuung und Pflege, vielmehr jedoch darum, das Zeit- und Vereinbarkeitsmanagement von Familien zu unterstützen und zu erleichtern. Die Vereinbarkeitspolitik ist auch für Selbstsorge relevant, da diese nur dann erfolgen kann, wenn trotz Erwerbsarbeit und Fürsorgeverpflichtungen noch Zeit für einen Selbst bleibt.

Mit dem Ziel für die ersten Monate nach der Geburt eines Kindes einen finanziellen Schonraum für Familien zu schaffen, gibt es in Deutschland seit 2007 das Elterngeld,¹¹ das als Lohnersatzleistung gewährt wird. Die neue Elterngeldregelung verschärft dabei die ökonomische Ungleichheit von Reproduktionsarbeitenden, da ein starkes Äquivalenzprinzip gilt und das Elterngeld für einkommenschwache Eltern nur aus einem Sockelbetrag von 300 Euro pro Monat besteht (Wrohlich et al. 2012, S. 1f.). Wichtige Taktgeber für die Fürsorgeorganisation und Familienzeiten sind neben der finanziellen Absicherung außerdem das Vorhandensein und die Öffnungszeiten von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (Bundesministerium für Familie 2012, S. 9). Im Betreuungsangebot sind, auch gefordert durch EU-Verordnungen, in den letzten Jahren einige Verbesserungen erreicht worden, nachdem es in Westdeutschland jahrzehntelang ideologische Abwehrkämpfe gab.¹² So trat am 01.08.2013 ein Rechtsanspruch

¹¹ Vorher gab es das Erziehungsgeld. Die wichtigste Änderung im Elterngeld ist die Umstellung von Transfer- zu Lohnersatzleistungen (67% des Nettoeinkommens). Der monatliche Höchstbetrag liegt bei 1.800 Euro.

¹² Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch deutlich hinsichtlich ihrer Organisation der Reproduktionsarbeit. In der ehemaligen DDR war die Frauenerwerbstätigkeit normalisiert und durch umfassende, staatliche Institutionen für transgenerationale Reproduktionsarbeit unter-

für Kinder ab dem ersten Lebensjahr in Kraft.¹³ Bisher besuchen in Deutschland 92,7% der Kinder zwischen 3 und 5 Jahren Kinderbetreuungseinrichtungen. Der Anteil der Kinder zwischen 0 und 2 Jahren liegt dagegen nur bei 17,8% (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Anteil der deutschen Kinder in Betreuungseinrichtungen

Land	0-2 Jahre ¹	3-5 Jahre ¹	Durchschnittliche Zeit der Betreuung pro Woche ²
Deutschland	17,8%	92,7%	23
OECD-Durchschnitt	27,9%	77,1%	31

Datenbasis: OECD. Anmerkungen: ¹= Daten aus 2008, ²= Daten aus 2005

Gerade im internationalen Vergleich wird deutlich, dass Deutschland für die ersten Lebensjahre unterdurchschnittliche Betreuungsangebote bereithält und hier noch viel politische Initiative gefragt ist.

Auch was die Hilfe für alte und pflegebedürftige Menschen angeht, wurden erst in den letzten Jahren staatliche Angebote eingerichtet. Die Pflege ist in Deutschland seit 1995 insbesondere über die soziale Pflegeversicherung organisiert, die Leistungen im Bereich der häuslichen und stationären Pflege abdeckt. Die Leistungen variieren nach der Einstufung in drei Pflegestufen. Bei den Pflegeleistungen dominiert das Prinzip der monetären Leistung, sodass die Betroffenen ‚Wahlfreiheit‘ haben bei der Frage, wer die Leistungen für sie erbringen soll. Dennoch bleibt die Familie weiterhin hauptverantwortlich für die transgenerationale Reproduktionsarbeit. Die Veranlassung zur medizinischen Prüfung der Pflegestufe wird meist durch die Familie organisiert, welche in der Regel auch für die Leistungen, die von der Pflegeversicherung nicht übernommen werden wie bspw. hauswirtschaftliche Hilfen, zuständig ist (Bogedan 2008, S. 215).¹⁴

„Bei sozialen Dienstleistungen vereint sich neoliberaler Privatisierungseifer mit subsidiärer konservativer Sozialstaatlichkeit.“ (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2012, S. 185). Eine leistungsgerechte Versorgung der Pflegebedürftigen ist staatlich so nicht sichergestellt und auch die Finanzierung ist prekär. Dennoch ist die Einführung der Pflegeversicherung ein erster Schritt dahin gehend, die Familien durch staatliche Systeme von der Pflegeverantwortung zu entlasten.

‚Zeitpolitische Umverteilungsmaßnahmen‘ bzw. die Einrichtung von Pflege- und Betreuungseinrichtungen, die Reproduktionsarbeit unterstützen sollen, ist nur ein Ansatzpunkt für politische Gestaltung. Ein anderer grundsätzlicher Aspekt liegt in der sozialen Bewertung und materiellen Absicherung unterschiedlicher Arbeitsformen. Der Familienbericht 2012 fordert bspw., dass *„besondere Verpflichtungen oder Erfahrungen im Rahmen der Familienarbeit*

stützt. Entsprechend entwickelte sich auch eine andere Reproduktionskultur (Bundesministerium für Familie 2012, S. 74ff.) Auf die regionalen Unterschiede wird in dieser Arbeit jedoch nicht genauer eingegangen.

¹³ Seit 1996 gibt es einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem dritten Lebensjahr.

¹⁴ Für eine ausführliche Darstellung des Pflegesystems, siehe Anhang B

Ansprüche in der Sozial- oder Rentenversicherung unabhängig vom Erwerbsleben generieren.“ (Bundesministerium für Familie 2012, S. 12). Das ist bisher nur in geringem Maße der Fall, da die soziale Sicherung in Deutschland hauptsächlich über erwerbsarbeitszentrierte Sozialversicherungszweige organisiert und realisiert wird.¹⁵ Das Sozialversicherungssystem wurde 1881 von Reichskanzler Bismarck eingeführt. Die Grundidee ist, dass alle abhängig Beschäftigten Versicherungsbeiträge zahlen, die überwiegend nominell paritätisch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt sind, um bei Eintritt eines Risikos Versicherungsleistungen zu erhalten. Die meisten Sicherungsleistungen sind somit keine staatlichen Hilfsmaßnahmen, sondern ein Rechtsanspruch an das ‚soziale Eigentum‘ der Erwerbsarbeiter. Dieses ‚soziale Eigentum‘ erfüllt für die abhängig Beschäftigten somit eine ähnliche Funktion wie Privateigentum für Vermögende. Es wird zudem unabhängig vom Staat durch die Versicherungsträger verwaltet und hat damit nicht den staatlichen Fürsorgecharakter wie Sicherungsleistungen in anderen Ländern (Castel 2005, S. 42). Zu den institutionellen Charakteristiken gehört neben der Versicherungspflicht für abhängig Beschäftigte und dem eigentumsähnlichen Charakter der Sozialversicherungen das Äquivalenzprinzip bzw. die Lebensstandardsicherung durch die Leistungen. Das Versicherungs- und Äquivalenzprinzip sowie die dadurch hervorgerufene Erwerbsarbeitszentrierung der Sicherungssysteme führen zu einer Verlängerung der Arbeitsmarktsituation in die Sozialpolitik und Reproduktionssphäre (Glaab und Sesselmeier 2005, S. 29). Auch die soziale Sicherung war durch das leistungsgerechte Versicherungssystem und die familienversicherte Hausfrau an dem ehemaligen Leitbild bzw. Paradigma des Normalarbeitsverhältnisses orientiert (Mückenberger 1990, S. 159). Derzeit vollzieht sich jedoch ein allgemeiner Wandel von der familienbezogenen Sicherung zur Individualisierung sozialer Rechte und zur Privatisierung und Konsolidierung der Sicherungsleistungen (Busemeyer et al. 2013, S. 144). Probleme bezüglich des Sicherungsniveaus und der Finanzierungsbedingungen entstehen durch den Wandel der Erwerbsformen hin zu ‚atypischer Beschäftigung‘ (Keller und Seifert 2007, S. 18) sowie durch den demografischen Wandel. Robert Castel sieht die Kürzungspolitik, die häufig mit einer Privatisierung der Versicherungsleistungen einhergeht, im Zusammenhang mit der Risikoexplosion und der Hyperindividualisierung im Alltagsleben. In Verbindung mit diesen beiden Phänomenen scheint die private Verantwortung für die eigene Sicherheit zunächst ein logischer Schluss zu sein, insbesondere wenn der Staat seine Handlungsfähigkeit durch globale und demografische Trends als eingeschränkt einschätzt (Castel 2005, S. 90ff.). Private Verantwortung oder mehr Eigenverantwortung führt aber auch wieder dazu, dass Erwerbsarbeit einen immer wichtigeren Stellenwert bekommt um die individuelle Versorgung zu garantieren. Auszeiten oder reduzierte Erwerbsarbeitszeiten für Reproduktionsarbeit werden damit nicht gefördert, sondern zum Sicherungsrisiko degradiert.

Das Zusammenspiel aus Normalarbeitsverhältnis, mitfinanzierter Reproduktionsarbeiterin und dem sozialen Sicherungssystem ist brüchig geworden. Zum einen durch die Krise des Normalarbeitsverhältnisses und zum Anderen durch den Wandel in der Sozialpolitik. Durch

¹⁵ Dem Ausbau der Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten in der sozialen Sicherung sind aufgrund des Beitragsprinzips der Sozialversicherungen enge Grenzen gesetzt. Zusätzliche Leistungsansprüche müssen mit Steuermitteln gegenfinanziert werden. Insofern wäre hier auch eine Reform der Finanzierungsstruktur notwendig (Bothfeld 2012, S. 51).

diese Veränderungen werden die Finanzierbarkeit und Akzeptanz der sozialen Sicherungssysteme und vor allem die individuelle Absicherung von Reproduktionsarbeitszeiten infrage stellt. Abgesichert ist demnach nur, wer sich ausreichend privat über sein Erwerbseinkommen versichern kann, aber auch das wird angesichts der Arbeitsmarktentwicklungen immer schwieriger.

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wurden in Deutschland erst relativ spät, Ende der 90er Jahre, Reformen¹⁶ für eine ‚moderne Aktivierungspolitik‘ umgesetzt (Scherschel und Booth 2012, S. 39; Dingeldey 2009). Das Ergebnis ist, dass in den letzten Jahren atypische Beschäftigungsformen deutlich angestiegen sind.¹⁷ Damit konnte Deutschland einen Beschäftigungszuwachs verzeichnen, der gerade angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 häufig als ‚Beschäftigungswunder‘ bezeichnet wird. Dabei handelt es sich bei dem Phänomen hingegen weniger um ein Wunder, als vielmehr um ein ‚Beschäftigungsparadox‘ (Seils 2012, S. 4), da es zwar mehr Beschäftigung gibt, aber auch mehr Armut und ‚Armut trotz Arbeit‘. Grund dafür ist sowohl der Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung als auch der fortlaufende Anstieg atypischer Beschäftigungsformen, die häufig mit einem hohen Prekarisierungsrisiko einhergehen (Mayer-Ahuja 2003, S. 53f.; Schulze Buschoff und Protsch 2007, S. 2). Diese Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt erschweren zusätzlich die individuelle oder ‚eigenverantwortliche‘ materielle Absicherung von Reproduktionsarbeitszeiten bzw. Erwerbsarbeitszeiten.

Wie in 3.2 dargestellt, ist nicht nur die materielle Absicherung von Reproduktionsarbeit entscheidendes Element des Reproduktionsregimes, sondern auch die Verfügbarkeit und Verteilung der Zeittressourcen. Einer der wichtigsten Einflüsse auf die Zeitgestaltung sind die Arbeitszeiten.

„Überstunden, Schichtarbeit, Wochenendarbeit sind Beispiele, wie die quantitativen zeitlichen Anforderungen in einem Lebensbereich – hier in der Erwerbsarbeit – Zeitknappheit und fehlende Zeitsouveränität in anderen Lebensbereichen, etwa im Familienleben, hervorrufen können.“ (Bundesministerium für Familie 2012, S. 8).

Gerade die neuen, atypischen oder flexibilisierten Beschäftigungsverhältnisse konfrontieren die Arbeitnehmer mit solchen zeitlichen Anforderungen, die zu Synchronisierungsproblemen und neuen Anpassungserfordernissen mit der Reproduktionssphäre führen.

Die Arbeitszeiten werden in Deutschland nicht rechtlich festgelegt, sondern unterliegen der Tarifautonomie nach Art. 9, Abs. 3 GG. Arbeitszeiten oder Arbeitszeitgestaltung werden somit durch Arbeitgeber bzw. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ausgehandelt, da man davon ausgeht, dass nur diese die notwendige Sachkunde haben. *„Sie können gezielter als der Gesetzgeber auf Probleme und Bedürfnisse in der konkreten Branche eingehen. Deshalb sollte es auch Aufgabe der Sozialpartner sein [...] auf familienfreundliche Arbeitszeiten zu achten.“* (Bundesministerium für Familie 2012, S. 121). Die durchschnittliche, tarifliche Wochenarbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte lag in Deutschland 2012 bei 37,7 Stunden (Statistisches Bundesamt 2012, S. 27). Die tatsächliche Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten liegt dagegen bei durchschnittlich 41,6 Stunden. Die tatsächliche Arbeitszeit aller Beschäftigten

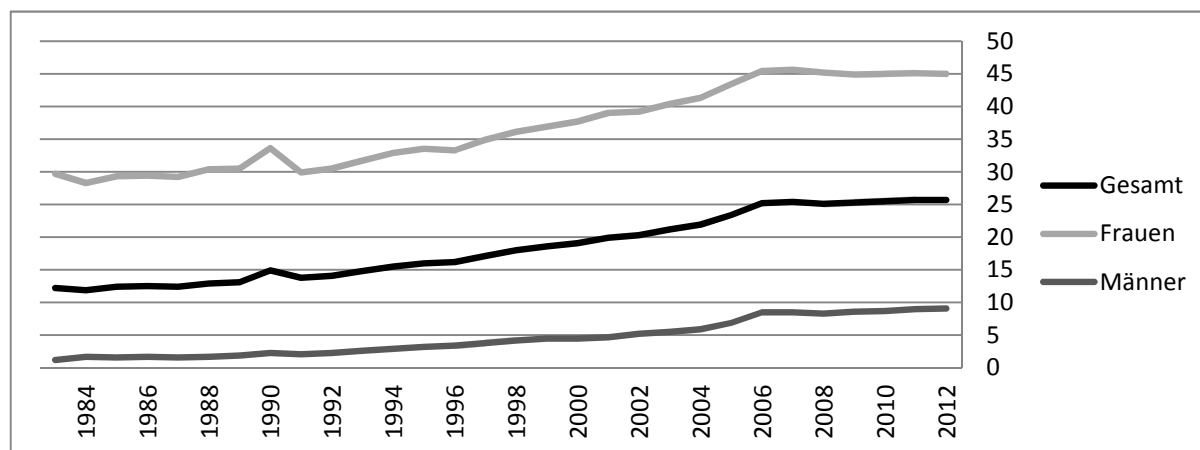
¹⁶ 1998 das Arbeitsförderungs-gesetz unter Helmut Kohl, dann 2002 das Job-AQTIV-Gesetz und zwischen 2003 und 2005 die Hartz-Reformen.

¹⁷ Atypische Beschäftigungsformen: Teilzeitbeschäftigung, befristete Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit und Formen neuer Selbstständigkeit bzw. Solo-Selbstständige (Keller und Seifert 2008, S. 16).

liegt bei 35,5 Stunden pro Woche (siehe Anhang C). Damit ist deutlich, dass die Arbeit zwischen Vollzeitarbeitenden (mit Überstunden) und atypisch Beschäftigten relativ ungleich verteilt ist (siehe auch Tabelle 6).

Trotz Tarifautonomie versucht die Regierung mit neuen Governance-Praktiken einen Beitrag zur gerechteren oder ‚guten Arbeitszeitgestaltung‘ zu leisten. Dazu zählen bspw. Kampagnen, wie die Broschüre für ‚Work-Life-Balance‘, die herausstellt, warum sich Maßnahmen für das Unternehmen und für die Gesellschaft lohnen. Zudem werden in der Broschüre auch Beispielmaßnahmen skizziert (Bundesministerium für Familie 2005). Aber auch die wissenschaftliche Darstellung von Best-Practice-Beispielen, wie familienfreundliche Tarifverträge, wird staatlich gefördert (Flüter-Hoffmann 2005). Neben diesen ‚weichen‘ Maßnahmen stellt der Staat auch einen rechtlichen Rahmen für Arbeitszeiten. In Bezug auf Reproduktionsarbeitszeiten wurde in den 60er Jahren eine erste politische Initiative zur Förderung von Teilzeitbeschäftigung ins Leben gerufen. Zunächst galt das Gesetz nur für Frauen im öffentlichen Dienst mit familiären Verpflichtungen, 1974 wurde die Teilzeitoption dann auch für Männer eingeführt (Beckmann 2008, S. 207). Insgesamt trat somit spätestens im Laufe der 80er Jahre ein Wandel auf, der das sozialpolitische Leitbild vom ‚Ernährer-Hausfrauenmodell‘ zum ‚Männlichen Ernährer plus Teilzeit-Reproduktionsarbeiterin‘-Modell verschob (Pfau-Effinger und Sakac Magdalenic 2009, S. 91). Seit 2001 gibt es im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) einen generellen Anspruch auf Teilzeitarbeit, unabhängig von familiären Verpflichtungen. Die Forderung auf eine Teilzeitstelle kann nur noch aus betrieblichen Gründen abgelehnt werden.

Abbildung 2: Teilzeitbeschäftigung als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung nach Geschlecht



Datenbasis: Eurostat

Teilzeit soll als Instrument zur Entlastung von Arbeitnehmern mit Reproduktionsarbeitsverpflichtungen dienen. Dennoch kommt „*reale Entlastung der Teilzeitbeschäftigten [...] nur bei einer gleichmäßigen und planbaren Verteilung der Arbeitszeit zustande.*“ (Rüling 2001, S. 55). Das heißt, es müsste nicht nur das Recht geben bei Bedarf in Teilzeit zu wechseln, sondern auch ein Recht auf die Arbeitszeitgestaltung. Das ist in der Regel nicht gegeben. Im achten Familienbericht wird auf diese Forderung eingegangen. Demnach sollen zumindest Eltern das Recht im TzBfG bekommen, nicht nur Teilzeitbeschäftigung zu fordern, sondern

auch die Lage der Arbeitszeiten zu bestimmen, wenn keine betrieblichen Gründe dagegen sprechen (Bundesministerium für Familie 2012, S. 126).

Dabei ist die Zielrichtung ganz klar auf Eltern begrenzt und transgenerationale Reproduktionsarbeit:

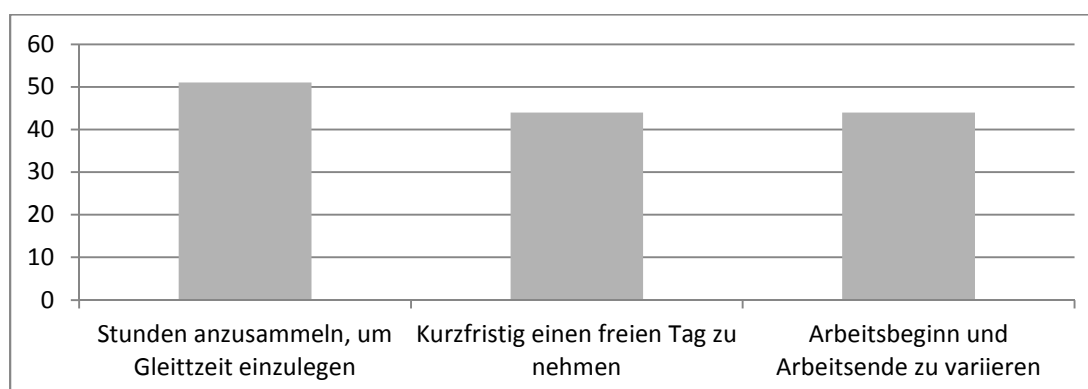
„Es ist nicht einzusehen, warum – wie bislang geltendes Recht – Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen die gleichen Rechte zur einseitigen Änderungen der Vertragsbedingungen erhalten sollen [gemeint Wechsel in Teilzeit/Vollzeit nach TzBfG], um ihr Golfhandicap zu verbessern, wie solche, die Ihre Kinder betreuen wollen.“
(Bundesministerium für Familie 2012, S. 124).

Damit wird klar, dass die Zeitsouveränitätsforderungen sich lediglich auf die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehen bzw. der Sicherstellung von generativer Reproduktionsarbeit. Dass es auch Selbstsorgebedürfnisse gibt, die Zeitsouveränität erfordern und nichts mit Golfsport zu tun haben, scheint familienpolitisch noch keine Relevanz zu haben.

4.3 Reproduktionshandeln

Den Rahmen für Reproduktionsarbeit und damit auch die reproduktive Praxis bildet, wie in den letzten Abschnitten dargestellt, insbesondere das Zeit- und Organisationsarrangement der Erwerbsarbeit. Arbeitszeitautonomie ist somit eine wichtige Bedingung für eine selbstbestimmte Reproduktionspraxis, die sich an den eigenen Bedürfnissen orientiert. Angesichts der zunehmenden Flexibilisierung ist die Arbeitszeitautonomie in Deutschland jedoch eher gering. Wie Abbildung 3 darstellt, ist ca. die Hälfte der Deutschen in der Lage Gleitzeit einzulegen. Für weniger als die Hälfte ist es dagegen möglich, kurzfristig einen Tag freizubekommen oder die Arbeitszeit zu variieren.

Abbildung 3: Wahrnehmung von Möglichkeiten der Erwerbsarbeitszeitautonomie in Deutschland, Angaben in Prozent



Datenbasis: EQLS 2012

Auch die Möglichkeit aus persönlichen oder familiären Gründen ein oder zwei Stunden freizunehmen, schätzten in Deutschland 2010 mehr als die Hälfte als schwierig ein (siehe Anhang D). Zudem entspricht der Umfang der Erwerbsarbeitszeit nicht den Präferenzen der Indi-

viduen. Nur 37% der Beschäftigten geben an, dass sie die gleiche Erwerbsarbeitszeit wählen würden. 17% der Frauen würden gerne mehr arbeiten und 55% der Männer weniger (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Erwerbsarbeitszeitwunsch im Verhältnis zur aktuellen Erwerbsarbeitszeit, in Prozent

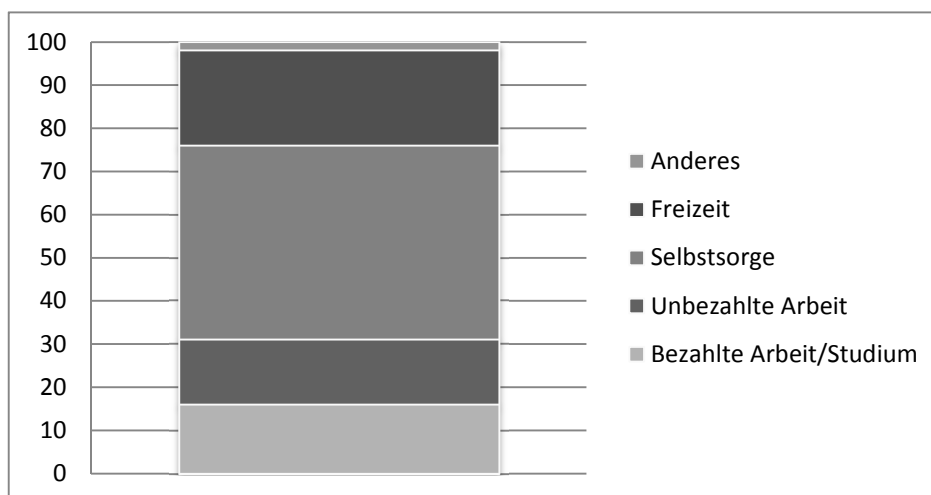
Befragte	Mehr	Gleich	Weniger
Gesamt	12	37	51
Frauen	17	37	46
Männer	8	37	55

Datenbasis: EQLS 2012

Damit wird deutlich, dass das sozial- und arbeitsmarktpolitische Modell der weiblichen Teilzeit- und Reproduktionsarbeiterin und des Vollzeitlerwerbstätigen Mannes nur bedingt zu den individuellen Präferenzen passt.

Betrachtet man, wie in Abbildung 4, die gesamte Zeit, die einem Individuum zur Verfügung steht, nimmt Erwerbsarbeit nur einen geringen Anteil von 16% ein. Den größten Teil nimmt dagegen die Selbstsorge ein, dadurch bedingt, dass zu der gängigen Definition von Selbstsorgetätigkeiten auch Schlafen gehört.

Abbildung 4: Zeitverwendung der Bevölkerung 15-64 Jahre in der Periode 1998-2009, in Prozent



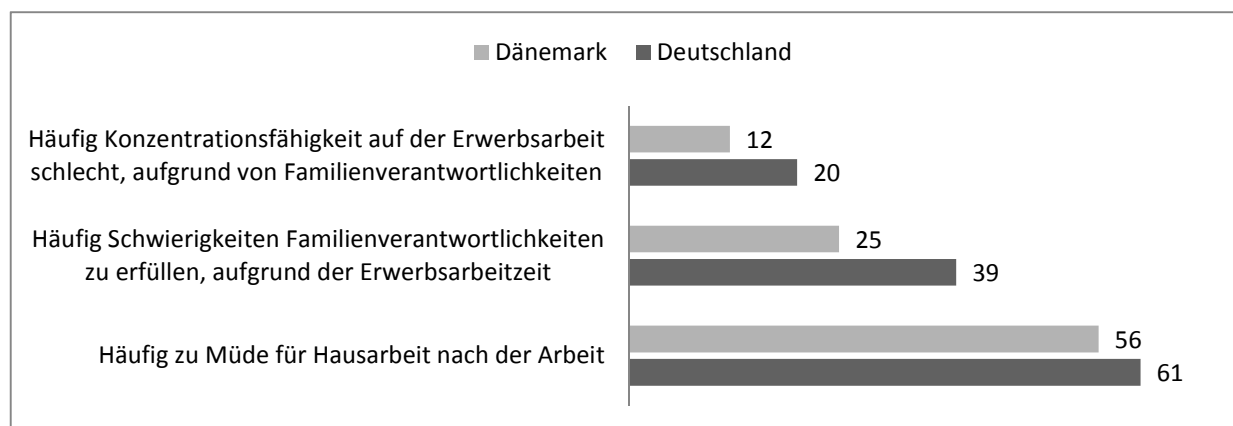
Datenbasis: Miranda (2011). Sie Daten beziehen sich für Deutschland auf die Jahre 2001-02

Reproduktionsarbeit zum Erhalt der eigenen Arbeits- und Lebenskraft ist dagegen breiter gefasst als körperliche und psychische Selbstsorge. Zu Reproduktionsarbeit gehört auch Erho-

lung im Sinne von Freizeit und unbezahlte Arbeit im Sinne von Hausarbeit, Kochen, Einkaufen etc..

Da Frauen nach wie vor in der Regel für Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung zuständig sind, in Abbildung 4 unter unbezahlter Arbeit aufgeführt, haben sie insgesamt weniger freie Zeit um sich um sich zu sorgen (Bundesministerium für Familie 2011, S. 182). Vollzeitbeschäftigte Frauen in Deutschland haben somit im Durchschnitt eine halbe Stunde weniger Freizeit täglich als ihre männlichen Kollegen und damit auch eine halbe Stunde weniger Zeit für ihre individuellen Interessen und Bedürfnisse (siehe Anhang E). Daran wird deutlich, dass die geringe Erwerbsarbeitszeitautonomie auch die Reproduktionsarbeit betrifft, insofern als sie zum einen deren Zeitfenster bestimmt und beschränkt und zum anderen Kraft raubt, die für diese Tätigkeiten notwendig ist. Gerade Deutsche beschreiben, im Vergleich zu anderen Ländern wie Dänemark, relativ häufig Vereinbarkeitsprobleme (siehe Abbildung 5).

Abbildung 5: Vereinbarkeitsprobleme, Reproduktions- und Erwerbsarbeit in Dänemark und Deutschland, Angaben in Prozent



Datenbasis: EQLS 2012. Zusammengefasst wurden die Antwortmöglichkeiten: Mehrmals- „in der Woche, „ im Monat“, „im Jahr“.

Die erschwerte Ausgangslage für Reproduktionshandeln durch geringe Erwerbsarbeitszeitautonomie und deutliche Vereinbarkeitsprobleme wird anhand der Unzufriedenheit mit der Zeit, die für einen selbst bleibt noch einmal bestätigt. Wie zu erwarten war, geben 34,6% der Deutschen an, dass sie zu wenig Zeit haben für sich selbst bzw. ihre eigenen Interessen und Hobbys (siehe Anhang F). Das ist ein beachtlicher Teil, dem es offensichtlich nicht gelingt, zur Gewährleistung ausreichender sozialer Reproduktion bewusst Grenzen zu ziehen.

4.4 Zwischenfazit

Die Umbrüche auf dem deutschen Arbeitsmarkt, bzw. die Krise des Normalarbeitsverhältnisses lassen sich unter verschiedenen Begriffskonzepten fassen, u.a. Subjektivierung, Flexibilisierung, Entgrenzung und Prekarisierung. All diese Entwicklungstendenzen beeinflussen die Arbeitsorganisation und -gestaltung und damit auch die Reproduktionsarbeit. Da diese

Veränderungen in der Regel durch die Unternehmen unter Profit- und Wettbewerbsaspekten initialisiert werden, führen die Entwicklungen häufig zu einer Verschlechterung der Bedingungen für Reproduktionsarbeit. Das heißt, die Flexibilisierung dient nicht den Arbeitnehmern im Sinne einer flexibleren Gestaltungsmöglichkeit und Synchronisation verschiedener Arbeitssphären, sondern nützt oftmals einseitig den Unternehmen (Mayer-Ahuja 2003: 50).

Auch die sozialstaatlichen Vorstellungen von einem Modell des ‚Männlichen Ernährer plus Teilzeit-Reproduktionsarbeiterin‘- Modell (Pfau-Effinger und Sakac Magdalenic 2009, S. 91) beeinflussen die Organisation der Reproduktionsarbeit. In diesem Fall sind die politischen Leitbilder sogar stärker als die normativen Wertvorstellungen in der Gesellschaft (Beckmann 2008, S. 269). Denn in Teil 4.3 konnte deutlich gezeigt werden, dass Frauen gerne mehr Erwerbsarbeit übernehmen würden, Männer dagegen gerne weniger.

Auch wenn der Staat in den letzten Jahren stärker eingetreten ist für die Pflege und Betreuung von Kindern, Alten und Pflegebedürftigen eingetreten ist, bleibt nach wie vor die Familie die zentrale Einheit im Wohlfahrtspluralismus. Bzw. im Sinne der Eigenverantwortung ist nicht einmal mehr die Familie als solidarische Instanz das Zentrum, sondern das Individuum für sich. Damit werden zwangsläufig auch Marktlösungen bzw. Outsourcing-Optionen immer relevanter, da lange Erwerbsarbeitszeiten eigenständige Reproduktionsarbeit kaum noch ermöglichen. Eine Vermarktlichung von Reproduktionsarbeit führt dazu, dass nicht nur geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Organisation der Reproduktionssphäre eine wichtige Rolle spielen, sondern auch Klassenunterschiede stärkere Bedeutung erlangen.

Folgt man der Argumentation der Pfadabhängigkeit im Wohlfahrtsstaatstypus wird Deutschland wohl kaum zu einer weitreichenden, staatlichen Unterstützung für Reproduktionsarbeit kommen. Aber auch wenn eine ‚private Lösung‘ gesucht wird, können sozialpolitische Programme diese umfassender unterstützen, als es bisher der Fall ist. Zum einen durch die Berücksichtigung bzw. Anrechnung von Reproduktionsarbeitszeiten in der sozialen Sicherung, zum anderen durch Erwerbsarbeitszeitautonomie bzw. -verkürzung. Dabei muss das Ziel sein, nicht nur Beruf und Familie zu vereinbaren, sondern auch Selbstsorgezeiten zu ermöglichen. Denn anders als im achten Familienbericht angenommen wurde, kann Erwerbsarbeitszeitverkürzung nicht nur zur ‚Verbesserung des Golfhandicaps‘ genutzt werden, sondern auch als sinnvolle und notwendige Zeit für die Wiederherstellung der eigenen Arbeits- und Lebenskraft.

5 Reproduktionsregime Dänemark

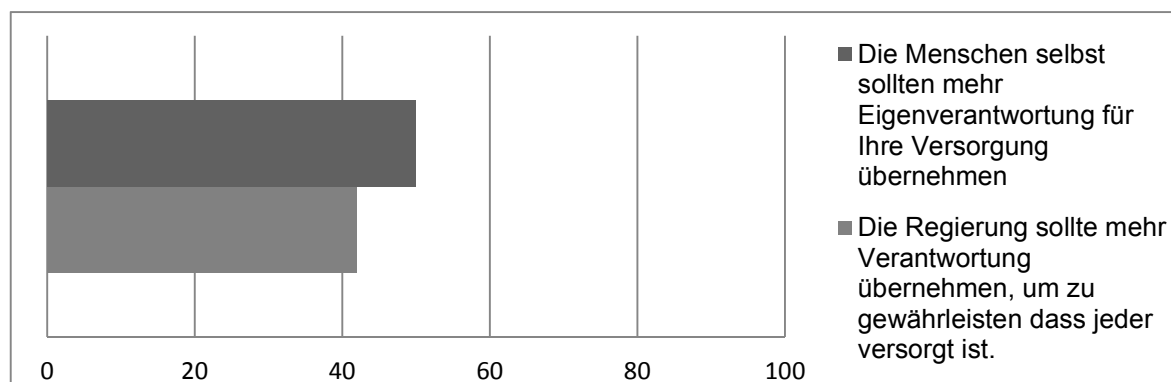
Dieses Kapitel widmet sich dem dänischen Reproduktionsregime. Aufgrund der Charakteristika des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatstypus ist zunächst davon auszugehen, dass das dänische Modell in Bezug auf die Sicherung, Anerkennung und Ermöglichung einer selbstbestimmten Reproduktionssphäre vorbildhaft und fortschrittlich ist. Um dieser Annahme nachzugehen, wird als Erstes die Reproduktionskultur beschrieben, die sich in dem institutionellen Arrangement und im Reproduktionshandeln ausdrückt. Im zweiten Teil werden die spezifischen Institutionen dargestellt sowie zuletzt das Reproduktionshandeln der dänischen Bevölkerung.

5.1 Reproduktionskultur

Laut Esping-Andersens Regimetyologie gehört Dänemark traditionell zum sozialdemokratischen Wohlfahrtstyp. Demnach ist hauptsächlich der Staat für die Absicherung und Organisation von Reproduktionsarbeit zuständig. Im Vergleich mit anderen Ländern des sozialdemokratischen Regimetyyps ist Dänemark besonders effektiv darin, die Familie durch staatliche Angebote zu unterstützen und somit die Wohlfahrtsproduktion zu ‚defamilialisieren‘ (Eydal und Rostgaard 2011c, S. 155). Als wichtige Bedingungen für das Funktionieren des voluminösen Sozialstaats innerhalb der sozialdemokratischen Wohlfahrtskultur gelten dabei das allgemeine Vertrauen in die politischen Institutionen und die starke Erwerbsarbeitsorientierung der Dänen (Jensen und Rathlev 2009, S. 58).

Auch wenn Dänemark sich nach wie vor als sozialdemokratischer Regimetyyp charakterisiert lässt, indem der Staat die universelle Versorgung sichert, wird die Wohlfahrtsstaatskultur auch hier durch den europäischen Trend zur Eigenverantwortung bzw. zum ‚social investment state‘ beeinflusst (Guillemard 2011, S. 38; Busemeyer et al. 2013, S. 145). Vor dem Hintergrund der universellen Versorgung fordern daher 50% der Dänen mehr Eigenverantwortung der Individuen, wie in Abbildung 6 dargestellt.

Abbildung 6: Befürwortung Eigenverantwortung bei der Versorgung 2010, in Prozent

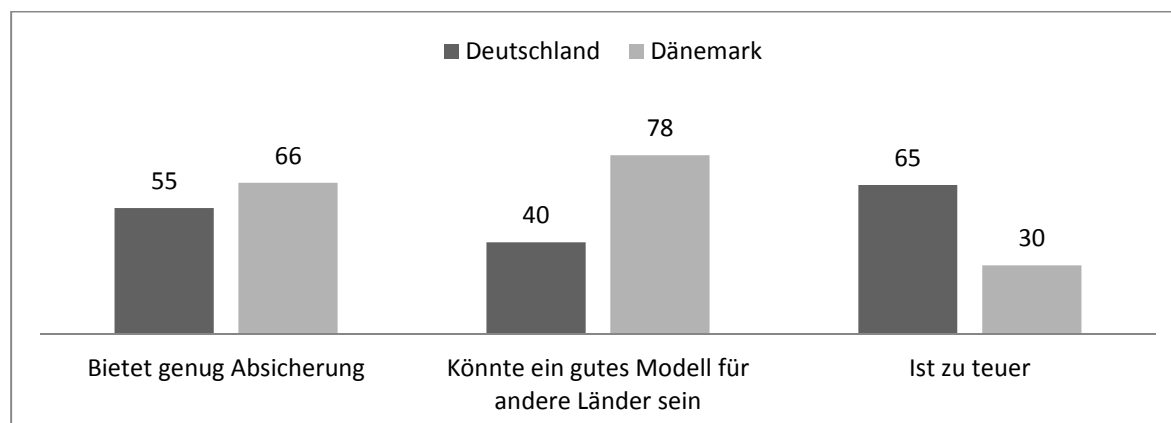


Datenbasis: Eurobarometer „Poverty and Social Exclusion“ 2010

Im Gegensatz zu Deutschland wird hier Eigenverantwortung aber von einer hohen Versorgungsgrundlage aus gefordert, womit das sozialdemokratische Wohlfahrtssystem Dänemarks auf eine andere Form der Eigenverantwortung abzielt. Der Fokus des Diskurses liegt eher auf den öffentlichen Dienstleitungen und der individuellen Unterstützung zur Verantwortungsübernahme anstelle von absoluter, individueller Autonomie. Damit bleibt der Staat in Dänemark ‚co-responsible‘ (Guillemard 2011, S. 39) und der Eigenverantwortungsdiskurs mündet innerhalb des sozialdemokratischen Regimes eher in kollektiv gesicherter Selbstbestimmung als in neue Abhängigkeiten vom Markt. Dass dieses Modell der kollektiv geschützten Selbstbestimmung, unter anderem in Bezug auf Reproduktionsarbeit, den gesellschaftlichen Wünschen entspricht, wird in Abbildung 7 deutlich. Die Dänen sind nicht nur überwiegend mit der Versorgung durch den Wohlfahrtsstaat zufriedener als die Deutschen, 78% halten ihr Modell

sogar für ein gutes Vorbild für andere Länder. Dass das umfassende Sozialstaatsprogramm dabei auch relativ teuer ist, wird kaum negativ bewertet.

Abbildung 7: Allgemeine Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat 2007, in Prozent



Datenbasis: Eurobarometer „European Social Reality“ 2007

Auch für die Gewährleistung von Reproduktionsarbeit bleibt der Sozialstaat ‚co-responsible‘. Die Wahl in der Frage, wie Reproduktionsarbeit organisiert wird und wer sie durchführt, trifft das Individuum. Der Staat unterstützt die Entscheidungsfreiheit durch kollektive Absicherung, Regulierungen und öffentliche Dienstleistungen wie bspw. ausgeprägte öffentliche Kinderbetreuungsangebote. Die Wahlfreiheit ist in Dänemark erst seit den 2000er Jahren auf der politischen Agenda. Vorher ging es vor allem darum, über soziale Dienstleistungen gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen (Eydal und Rostgaard 2011c, S. 166). Im wissenschaftlichen Diskurs gibt es jedoch kritische Stimmen die befürchten, dass die Hinwendung zu mehr Eigenverantwortung und Wahlfreiheit langfristig das positive Bild des sozialdemokratischen oder nordischen Wohlfahrtsstaatsmodells auflöst. *“Time will tell what the outcome will be of this apparent clash between objectives and legislation, but it is legitimate to speculate whether the countries [...] are migrating away from the Nordic model?”* (Eydal und Rostgaard 2011c, S. 172).

5.2 Spezifische Institutionen

Die staatliche Unterstützung für generative Reproduktionsarbeit ist in Dänemark traditionell stark ausgeprägt. Sehr früh wurde der Fokus der Familienpolitik auf den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuungsangebote gelegt. Bereits 1964 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Kommunen verpflichtet, ausreichend Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung zu stellen. Mitte der 90er Jahre wurde von der sozialdemokratischen Regierung dann auch ein Anrecht auf einen Kinderbetreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr durchgesetzt (Kremer 2006, S. 272). Dabei ist die Kinderbetreuung so organisiert, dass sie den Bedürfnissen der Eltern durch ganztags- und ganzzährige Angebote entgegenkommt (Eydal und Rostgaard 2011b, S. 172). Der Anteil der Kinder in Betreuungsangeboten, gerade in den ersten Lebensjahren, ist mit 65,7% im Jahr 2008 im internationalen Vergleich am höchsten. Auch die durchschnittliche

Betreuungszeit von 34 Stunden wöchentlich ist deutlich länger als in anderen Ländern (siehe Tabelle 5).

Tabelle 5: Anteil der dänischen Kinder in Betreuungseinrichtungen

Land	0-2 Jahre ¹	3-5 Jahre ¹	Durchschnittliche Zeit der Betreuung pro Woche ²
Dänemark	65,7%	91,5%	34
OECD-Durchschnitt	27,9%	77,1%	31

Datenbasis: OECD. Anmerkungen: ¹= Daten aus 2008, ²= Daten aus 2005

Diese hohe Betreuungsrate ist nicht nur auf das quantitative, sondern auch auf das qualitativ hohe Angebot der Betreuungsplätze zurückzuführen. Die dänischen Erzieher sind im internationalen Vergleich mit am besten ausgebildet. Die Voraussetzung dafür, als staatlich anerkannter Erzieher zu arbeiten, sind drei Jahre Studium (Sozialpädagogik). Entsprechend hoch ist die gesellschaftliche und materielle Anerkennung der Erziehertätigkeiten. Die Lohndifferenz zu Lehrern bspw. ist die geringste in Europa (Kremer 2006, S. 273). Mit diesem qualitativ und quantitativ hohen Betreuungsangebot sichert die dänische Familienpolitik gleiche Partizipationschancen für Mütter und Väter auf dem Arbeitsmarkt. Die Aufteilung der verbleibenden familiären Reproduktionsarbeit versucht sie hingegen nicht gleichstellungspolitisch zu beeinflussen. Damit bleibt die Mutter diejenige, die in den ersten Jahren die Verantwortung für die Kinderbetreuung übernimmt (Eydal und Rostgaard 2011b, S. 172). Auch die Elternzeit wird überwiegend von Frauen in Anspruch genommen. 1997 wurden in Dänemark zwar zwei verpflichtende Väterwochen in die Elterngeldregelung eingeführt, welche 2002 durch die konservative Regierung jedoch wieder abgeschafft wurden (Duvander und Lammi-Taskula 2011, S. 34–39).¹⁸

Eine kleine Abkehr von der allgemeinen Fokussierung auf die Bereitstellung öffentlicher Betreuungsangebote entstand 2002 mit dem Gesetz, das Eltern eine finanzielle Unterstützung für die private Betreuung ermöglicht (Eydal und Rostgaard 2011a, S. 89). Auch angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise gab es noch einmal einen Einschnitt in die umfassende Betreuungskultur, da zur Kostenreduktion die Öffnungszeiten der Ganztagsbetreuung reduziert wurden. Tatsächlich sind die Staatsausgaben für das umfassende Kinderbetreuungsangebot in Höhe von 0,7% des BIP im internationalen Vergleich sehr hoch (siehe Anhang G). Dennoch scheint Dänemark grundsätzlich an dem eingeschlagenen Kurs der Familienpolitik festzuhalten und die Verantwortung für die Reproduktion fremder Arbeits- und Lebenskraft zur öffentlichen Aufgabe zu machen. Dieser Kurs wird auch in der Gestaltung der Reproduktionsarbeit für ältere Menschen bzw. Pflegebedürftige deutlich. Die Ausgaben für Langzeitpflege sind in Dänemark deutlich höher als in Deutschland und lagen 2010 bei 2,6% des

¹⁸ Das Elternzeitgeld beträgt 90% des vorherigen Einkommens bis zu einem Höchstbetrag von 2036 Euro. Der Sockelbetrag, auch für Eltern ohne vorherige Erwerbsarbeit, beträgt 1092 Euro (Duvander und Lammi-Taskula 2011, S. 44f.).

BIP (siehe Anhang H). Pflege ist in Dänemark eine steuerfinanzierte Leistung der Kommunen, die lediglich an einen Wohnsitz in Dänemark gebunden ist. Art und Umfang der Leistungen variieren teilweise zwischen den Kommunen, sind insgesamt aber sehr umfassend und bedarfsorientiert gestaltet (Bogedan 2008, S. 215).¹⁹

Neben den universellen Pflege- und Betreuungsdienstleistungen ist das sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatsregime durch universelle Sicherungssysteme charakterisiert (Esping-Andersen 2003, S. 14). Die universelle Sicherung ist im dänischen Modell so ausgestaltet, dass die Sicherungssysteme überwiegend als ‚Staatsbürgerversorgung‘ organisiert sind. Damit ist die Leistungsgewährung relativ unabhängig von Status, Einkommen und Beitragszahlungen. Voraussetzung für den Grundsatz der Volksrente²⁰ ist bspw. lediglich, dass man zwischen dem 15. und 65 Lebensjahr mindestens drei Jahre in Dänemark gewohnt hat. Während in Deutschland das Versicherungs- und Äquivalenzprinzip dominiert, gilt in Dänemark das Versorgungsprinzip, überwiegend durch Steuermittel finanziert. Dementsprechend gering sind die Sozialversicherungsbeiträge in Dänemark²¹, die erst seit 1994 erhoben werden und seit 1999 im Arbeitsmarktfond zusammengefasst sind. Dieser unterstützt die staatliche Finanzierung der verschiedenen Versicherungszweige (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012; Schmid 2010).

Über die universelle Staatsbürgerversorgung hinaus gibt es jedoch viele staatliche und private Zusatzversicherungssysteme, insbesondere in der Alterssicherung. Diese werden auch vom Staat bezuschusst. Hier kommt dem Äquivalenzprinzip bzw. der Beitragshöhe und den Versicherungsjahren in der Leistungsgewährung eine wesentlich größere Bedeutung zu (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012; Schmid 2010, S. 153; Schulze Buschoff und Protsch 2007, S. 14).

Seit den 90er Jahren gab es immer wieder sozialpolitische Reformen mit dem Ziel die Aktivierungspolitik zu stärken und somit Sicherungsleistungen stärker von den Bemühungen um Erwerbsarbeit abhängig zu machen. In diesem Zusammenhang wurde das Arbeitslosengeld, das zuvor unbeschränkt war, nach und nach auf zwei Jahre Bezugszeit reduziert. Auch das Leistungsniveau soll laut neuesten Plänen weiter gekürzt werden (Anonym 2013b, S. 5). Das dänische Sicherungssystem ist trotz der Einschnitte durch die neueren Reformen durch eine umfassende universelle Existenzsicherung gekennzeichnet, die Ausfälle aus der Erwerbsarbeit absichert und damit Reproduktionsarbeitszeiten ermöglicht. Lediglich in den privaten Zusatzversicherungen gibt es eine Ausdifferenzierung des Versichertenkreises und des Leistungsanspruchsniveaus nach dem Erwerbsstatus.

Bei den angebotenen monetären Transferleistungen gilt neben dem Universalprinzip auch das Individualrecht. Das bedeutet, dass die Sozialleistungen ein individuell einklagbares Recht sind, unabhängig von vorherigen Leistungen, Beiträgen oder dem Familienstand (Schmid 2010, S. 335f.). Das heißt bspw., dass die sozialen Sicherungsleistungen nicht dadurch beein-

¹⁹ Für eine ausführliche Darstellung des Pflegesystems im Vergleich zu Deutschland, siehe Anhang B

²⁰ Höhe der Volksrente: 1/40 des Jahresbetrags von umgerechnet 8.932 Euro pro Jahr des Wohnsitzes in Dänemark zwischen 15 und 65 Jahren, bis maximal 40/40.

²¹ Arbeitnehmer und Selbstständige zahlen 8% ihres Einkommens, bzw. Gewinns, in den Arbeitsmarktfond.

flusst werden, wie vermögend andere Haushaltsmitglieder sind.²² Die Kombination aus Universal- und Individualprinzip bringt viele Vorteile für die Anerkennung und Absicherung von Reproduktionsarbeit und Geschlechtergerechtigkeit. Denn für Frauen bedeutet es, „*dass beispielsweise Hausfrauen ebenso wie jahrzehntelang vollbeschäftigte Arbeitnehmerinnen einen automatischen Anspruch auf die gleiche Grundsicherung im Alter haben.*“ (Schmid 2010, S. 336). Diese Aussage gilt natürlich auch für (Reproduktionsarbeit leistende) Hausmänner. Sie muss allerdings angesichts der privaten und betrieblichen Zusatzversicherungen insofern korrigiert werden, als es sich lediglich um ‚fast gleiche‘ bzw. zumindest für alle existenzsichernde Grundsicherungsleistungen handelt. Neben den universellen monetären Sicherungsleistungen gilt die Dienstleistungsorientierung, wie sie bereits bei der Darstellung der Familienpolitik offensichtlich wurde, als typisch für den dänischen Sozialstaat. Neben den Betreuungsangeboten gehören dazu primär Dienstleistungen in Bildung und Pflege. An der Dienstleistungsorientierung gegenüber Transferleistungen in Deutschland zeigt sich, dass im dänischen Modell die universelle Absicherung und Teilhabe der verschiedenen Lebensbereiche höher bewertet wird als die ‚Wahlfreiheit‘, die das deutsche Sozialstaatsverständnis dominiert.

Die universellen Sicherungsleistungen bilden auch die Grundlage der dänischen Arbeitsmarktpolitik, die durch die Flexicurity-Strategie geprägt ist. Diese Beschäftigungsstrategie entstand Anfang der 90er Jahre angesichts der damaligen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise. Das Flexicurity-Modell umfasst drei wichtige Politikfelder, die ineinandergreifen. Daher wird oft auch das Synonym der ‚golden triangle‘ verwendet (Hofäcker 2011, S. 152f.; Bredgaard et al. 2009, S. 4):

- 1) Flexibler Arbeitsmarkt bzw. geringer Beschäftigungsschutz,
- 2) großzügiger, universeller Wohlfahrtsstaat und
- 3) aktive Arbeitsmarktpolitik, die ‚Employability‘ fördert.

Das Modell ‚Flexicurity‘ besagt somit, dass anders als in Deutschland, nicht nur Arbeitsmarktflexibilität, sondern auch die soziale Absicherung von Arbeitsmarktrisiken und individuelle Beschäftigungsfähigkeit bewusst gefördert wird. Durch die geringe Beschäftigungssicherheit sind alle Beschäftigungsformen mit einem hohen Maß an externer Flexibilität verbunden. Keine spezifische Erwerbsform wird besonders gefördert. Insofern kann man davon sprechen, dass in Dänemark neben einem relativ großen Anteil an Teilzeitbeschäftigten nach wie vor viele Normalarbeitsverhältnisse existieren, die aber einen ganz anderen Charakter haben als der deutsche Typus (Bredgaard et al. 2009, S. 17; Bogedan 2009, S. 273). Das Flexicurity-Modell sichert somit die Beschäftigung ohne wie in Deutschland auf atypische Beschäftigungsformen ausweichen zu müssen. Auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise gelang es Dänemark unterdurchschnittliche Arbeitslosenzahlen zu erzielen (Andersen 2011, S. 26).

Der geringe Beschäftigungsschutz in Dänemark ist exemplarisch dafür, dass es dort kaum staatlich fixierte bzw. gesetzliche Arbeitsmarktregelungen gibt. „*In der Praxis bedeutet dies keineswegs, daß es keine Arbeitszeitregelungen gibt. Sie werden in Tarifverhandlungen*

²² In Deutschland dagegen kann das Vermögen von Haushaltsmitgliedern durch das Prinzip der ‚Bedarfsgemeinschaft‘ sogar zum Wegfall des Leistungsanspruchs führen.

festgelegt und sind für die Beteiligten bindend.“ (Emmerich und Werner 1998, S. 6) Die Tarifautonomie und Koalitionsfreiheit ist, ähnlich wie in Deutschland, traditionell stark verankert und durch Art. 12 Abs. 1 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union geschützt. So sind alle Arbeitszeitregelungen nicht gesetzlich, sondern durch Tarifvereinbarungen, festgelegt (Scheuer 1999, S. 466). Die tariflich festgelegte Wochenarbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte liegt seit 1990 bei 37 Stunden.²³ Zwischen 1980 und 2001 wurde nicht nur die Erwerbsarbeitszeit verkürzt, sondern auch die Urlaubszeit auf 5 Wochen erhöht (Bonke und Jensen 2012, S. 111). Durch die Senkung der allgemeinen Erwerbsarbeitszeit wurde unter anderem ein Anreiz für Frauen geschaffen aus Teilzeit in Vollzeit zu wechseln, da die reduzierten Stunden die Vereinbarkeit von Reproduktions- und Erwerbsarbeit erleichtern (siehe Anhang I). Zuvor war, etwa wie in Deutschland, Teilzeitarbeit die traditionell weibliche Beschäftigungsform, die Frauen die Chance gab trotz Reproduktionsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt zu partizipieren. Die Teilzeitbeschäftigungsquote der Frauen reduzierte sich teils bedingt durch die allgemeine Erwerbsarbeitszeitverkürzung von 1983 bis 2012 um ca. 9% (siehe Anhang E).

Wie in anderen Ländern wird auch in Dänemark die Reduktion der Erwerbsarbeitszeiten und der erhöhte Urlaubsanspruch durch Überstunden modifiziert (Jensen und Rathlev 2009, S. 45). Die tatsächlich geleistete Wochenarbeitszeit von Vollzeiterwerbstätigen lag daher 2012 bei 39,6 und nicht bei 37 Stunden (siehe Anhang C). Dennoch ist die Arbeitszeit geringer als in Deutschland, wenn man betrachtet, dass nur relativ wenig Beschäftigte mehr als 40 Stunden pro Woche arbeiten (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Erwerbsarbeitszeit, Stunden pro Woche nach Geschlecht 2011

Erwerbsarbeitszeitstunden	0-19	20-29	30-34	35-39	40 und mehr
Deutschland					
Frauen	21	17	10	18	34
Männer	6	3	2	21	68
Dänemark					
Frauen	16	9	17	50	7
Männer	10	4	3	66	17

Datenbasis: OECD

Neben der Reduktion der Arbeitszeiten und der Erweiterung des Urlaubsanspruchs wurden in den 90er Jahren neue Freistellungsmodelle entworfen und gesetzlich geregelt. So entstand der Bildungs-, Kindererziehungs- und Sabbaturlaub. Die Einführung der Freistellungsmodelle war eingebettet in eine Gleichstellungsrhetorik in Verbindung mit der Idee den Zeitdruck für

²³ 1964 waren es noch 44 Stunden und 1974 40 Stunden Wochenarbeitszeit (Leitner und Wroblewski 2006, S. 302).

Familien zu reduzieren, bzw. Reproduktionsarbeit zu vereinfachen. Gerade der Sabbaturlaub wurde als Weg zur Legitimation des ‚Nicht-Arbeitens‘ bzw. zur Abkehr von der Erwerbszentrierung gefeiert. Das eigentliche Ziel war hingegen eine kostengünstige Lösung zur Reduktion der Arbeitslosigkeit und die Förderung von Employability bzw. Humankapital durch neue Möglichkeiten für lebenslanges Lernen (Jensen 2002, S. 267). Schnell traten durch die Freistellungsmodelle Probleme auf, die zu strukturellen Ungleichgewichten führten, weshalb viele Angebote wieder reduziert und das Recht auf den Sabbaturlaub 1999 ganz abgeschafft wurde (Jensen 2002, S. 267–274).

Wie in anderen Ländern werden auch in Dänemark die verbliebenen Freistellungsmöglichkeiten, insbesondere der Bildungs- und Kindererziehungsurlaub überdurchschnittlich oft von Frauen in Anspruch genommen. Somit kann die Ungleichheit bei der Verantwortlichkeit für Reproduktionsarbeiten durch Freistellungsmodelle allein offenbar nicht angegangen werden (Jensen 2002, S. 272). Trotz der hohen Frauenerwerbstätigkeit ist daher auch in Dänemark in Bezug auf Reproduktionsarbeit eine geschlechtsspezifische Ungleichheit zu verzeichnen. Das liegt sicher zum einen an kulturellen Wertvorstellungen, zum anderen kann aber auch der ‚gender pay gap‘ verhindern, dass Männer sich stärker aus dem Erwerbsleben zurückziehen und Freistellungsmodelle nutzen (Leitner und Wroblewski 2006, S. 303). Hinsichtlich der Erwerbsarbeit konnte der dänische Wohlfahrtsstaat in den letzten Jahren eine weitgehende Gleichstellung der Geschlechter erreichen und die sozialen Sicherungssysteme in ihrer Ausgestaltung auch Reproduktionsarbeitszeiten unterstützen. In Bezug auf die Freistellungsmodelle und die Organisation der privaten Reproduktionsarbeit verhält sich der dänische Staat dagegen neutral und nutzt an dieser Stelle seine gleichstellungspolitischen Chancen nicht. Die Individuen sind infolgedessen, in Bezug auf die Reproduktionssphäre ‚eigenverantwortlich‘.

5.3 Reproduktionshandeln

Wie die letzten Abschnitte gezeigt haben, sind die Bedingungen für flexible, bedarfsorientierte und selbstbestimmte Reproduktionsarbeit in Dänemark gut, schon aufgrund der relativ hohen Erwerbsarbeitszeitautonomie (siehe Anhang J). Damit wird deutlich, dass das Flexicurity-Konzept nicht nur Flexibilität für Unternehmen schafft, sondern auch Arbeitnehmern eine flexiblere Gestaltung ermöglicht. So ist der Zeitrhythmus nicht nur durch Erwerbsarbeit geprägt, sondern kann sich auch an individuellen und reproduktiven Bedürfnissen orientieren.

Insgesamt erscheint es etwa für die Dänen wesentlich einfacher als für die Deutschen zu sein, aus persönlichen Gründen ein oder zwei Stunden freizunehmen (siehe Anhang D). Vollerwerbstätige haben in Dänemark insgesamt ca. eine halbe Stunde am Tag mehr Zeit für Selbstpflege und Freizeit als in Deutschland. Die Selbstpflege ist relativ gleich im Verhältnis, die Freizeit der Vollerwerbstätigen in Dänemark liegt dagegen über dem durchschnittlichen Wert der Vollerwerbstätigen in Deutschland (siehe Tabelle 7).

Tabelle 7: Zeitverteilung Selbstsorge und Freizeit bei Vollerwerbstätigen, Stunden pro Tag

Land	Selbstpflege	Freizeit	Gesamt
------	--------------	----------	--------

Deutschland	10,33	4,97	15,30
Dänemark	10,75	5,17	15,93

Datenbasis: OECD (2011). Die Daten beziehen sich für Deutschland auf 2001-02 und für Dänemark auf 2001.

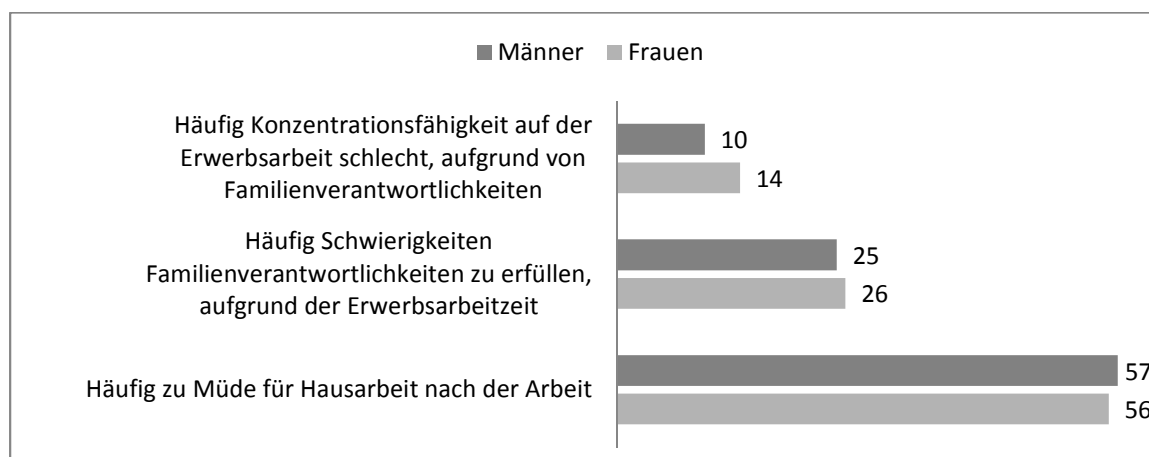
Betrachtet man das Freizeitverhalten unabhängig vom Erwerbsstatus gibt es in Dänemark jedoch weniger Zeit für Freizeit, was sich unter anderem auf die geringere Arbeitslosigkeit²⁴ und den höheren Anteil an Vollzeitwerbstätigen zurückführen lässt. Auch in Dänemark sind im Durchschnitt Frauen diejenigen, die weniger Freizeit haben als Männer (siehe Anhang E). Das liegt insbesondere an ihrer insgesamt längeren Arbeitszeit. Wenn man unbezahlte und bezahlte Arbeitszeit zusammenzählt, arbeiten 26% der Frauen über 70 Stunden in der Woche, bei den Männern sind es immerhin 4% weniger (siehe Anhang K). Dass Frauen mehr arbeiten als Männer, lässt sich nur durch die Ungleichverteilung der unbezahlten Arbeit erklären. Das heißt, Frauen arbeiten in Dänemark im Vergleich zu Deutschland vermehrt in Vollzeit und übernehmen zudem den Großteil der unbezahlten Arbeit, wodurch ihnen weniger Zeit für individuelle Reproduktionstätigkeiten bleibt. Das Vereinbarkeitsproblem für Frauen entsteht allerdings nicht nur durch den größeren Anteil an unbezahlter Arbeit, sondern durch die Art der Aufteilung. In der Regel übernehmen Männer flexible Parts der Haushaltsarbeit, wie bspw. den Müll rausbringen, wohingegen Frauen häufig für inflexible Aufgaben, wie Kochen etc., zuständig sind (Deding und Lausten 2011, S. 252).

Im Laufe der Jahre sind die geschlechtsspezifischen Differenzen, auch in Bezug auf die unbezahlte Arbeit, weniger geworden. Seit 1964 ist der Geschlechterunterschied an der täglichen Hausarbeit um 3 Stunden reduziert worden. Insgesamt ist die unbezahlte Arbeit dagegen angestiegen, für Männer seit 1964 um eine Stunde und 29 Minuten und für Frauen um 39 Minuten (Bonke und Jensen 2012, S. 115). Eine Erklärung für den Anstieg findet sich nur darin, dass die Ansprüche und gesellschaftlichen Erwartungen an individuelle und transgenerationale Reproduktionsarbeit in den letzten Jahren gestiegen sind.

Durch die hohe Erwerbsarbeitsautonomie war zu erwarten, dass die Dänen die Vereinbarkeitsprobleme von Reproduktions- und Erwerbsarbeit deutlich kleiner einschätzen als bspw. die Deutschen. Diese Annahme bestätigt sich in Abbildung 8.

²⁴ Zur Zeit der Datenerhebung im Jahr 2001 hatte Deutschland eine Arbeitslosenquote von 7,9%, Dänemark dagegen von nur 4,5%. Erst mit dem ‚Beschäftigungswunder‘ oder ‚Beschäftigungsparadox‘ im Laufe der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 erreichte Deutschland eine geringere Arbeitslosenquote als Dänemark (Daten Eurostat).

Abbildung 8: Vereinbarkeitsprobleme, Reproduktions- und Erwerbsarbeit von Männern und Frauen, Angaben in Prozent



Datenbasis: EQLS 2012. Zusammengefasst wurden die Antwortmöglichkeiten: Mehrmals in der „Woche, „ im Monat“, „im Jahr“.

In der Abbildung wird deutlich, dass Männer tendenziell eher Reproduktionsarbeit durch die Erwerbsarbeitszeit oder Müdigkeit aufgrund von bezahlter Arbeit erschwert sehen. Frauen dagegen spüren häufiger Auswirkungen der Reproduktionsarbeit auf die Erwerbsarbeit, etwa in Form von Konzentrationsschwierigkeiten aufgrund von Familienverantwortlichkeiten. Trotz der relativ hohen Geschlechtergleichheit auf dem dänischen Arbeitsmarkt sind Frauen nach wie vor häufiger mit Vereinbarkeitsproblemen konfrontiert (Deding und Lausten 2011, S. 249). *„Die unterschiedliche Wahrnehmung des Problems der Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegt darin begründet, daß Männer sich hierfür weniger verantwortlich fühlen und somit insgesamt weniger „Vereinbarkeitsprobleme“ haben als Frauen.“* (Rüling 2001, S. 20).

Trotz der zunächst positiven Ausgangslage für Reproduktionsarbeit durch die hohe Arbeitszeitautonomie ist die Zufriedenheit mit der Zeit, die für eigene Interessen und Bedürfnisse bleibt, in Dänemark etwas geringer als in Deutschland. Deutlich ist dabei allerdings vor allem die Geschlechterdifferenz aufgrund der Doppelbelastung. 2007 waren demnach 12,9% mehr Frauen als Männer unzufrieden mit der Zeit, die ihnen für Selbstsorge blieb (siehe Anhang F).

5.4 Zwischenfazit

In der wohlfahrtsstaatlichen Forschung zu Dänemark dominieren Studien, die sich mit dem Modell der ‘Flexicurity’ beschäftigen. Auch in diesem Kapitel wurden die Besonderheiten der Mischung aus hoher Arbeitsmarktflexibilität, aktiver Arbeitsmarktpolitik und universellen Sicherungssystemen dargestellt. Wichtig für das Reproduktionsregime ist dabei allerdings vor allem, dass die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt nicht nur den Unternehmen nützt, sondern auch den Arbeitnehmern eine flexiblere Gestaltung und Organisation der verschiedenen Lebensbereiche ermöglicht. Das wird auch daran deutlich, dass die Dänen ihre Erwerbsarbeitszeitautonomie überwiegend als positiv betrachten.

Wichtig für die Anerkennung und Absicherung von Reproduktionsarbeit im dänischen Wohlfahrtsstaatsmodell ist zudem die soziale Sicherung die sich an dem Universal- und Individualprinzip orientiert. Dabei übernimmt der Staat eine zentrale Rolle sowohl was die (steuerfinanzierten) Sicherungsleistungen als auch die öffentlichen Betreuungs- und Pflegedienstleistungen angeht. Auch wenn die aktivierende Arbeitsmarktpolitik individuelle Employability fördert und fordert und der sozialstaatliche Diskurs zur Eigenverantwortung tendiert, bleibt der Staat im dänischen Wohlfahrtsstaat doch immer mitverantwortlich. Damit wird eine Form der kollektiv gesicherten Selbstbestimmung ermöglicht, die sich nicht nur auf die Erwerbsarbeit auswirkt, sondern auch auf die Sphäre der Reproduktion. Durch geringere Erwerbsarbeitszeiten und diese besondere Form der kollektiv gesicherten Selbstbestimmung ist somit die Synchronisation verschiedener Lebensbereiche möglich und die wahrgenommenen Vereinbarkeitsprobleme sind deutlich geringer als das bspw. in Deutschland der Fall ist. Durch die geringere Erwerbsarbeitszeit entsteht auch insgesamt mehr Zeit für Selbstpflege und Freizeit im Tagesablauf. So haben die Dänen täglich eine halbe Stunde mehr Zeit für diese Lebensbereiche als die Deutschen. Bei der Zeitverteilung wird jedenfalls auch deutlich, dass Reproduktionsarbeit nach wie vor geschlechtlich konnotiert ist. Denn dass Frauen weniger Freizeit haben, ist insbesondere Resultat der ungleichen Verteilung der unbezahlten Arbeit. Seit dem Regierungswechsel 2001 scheint die dänische Regierung davon auszugehen, dass Geschlechtergleichheit in bezahlter und unbezahlter Arbeit erreicht wurde. Feministinnen kritisieren dessen ungeachtet weiterhin die Ungleichheit in der Reproduktionspraxis (Eydal und Rostgaard 2011c, S. 169). Denn auch wenn die geschlechtsspezifische Differenz der unbezahlten Arbeiten in den letzten Jahren abgenommen hat, ist nach wie vor ein deutlicher Unterschied festzustellen. Daran wird deutlich, dass auch gute Möglichkeiten für die Erwerbsarbeitsgestaltung bzw. eine staatlich abgesicherte Selbstbestimmung bei der Aufteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit nicht reichen. Um die Flexibilität sinnvoll für sich nutzen zu können, muss sowohl Verhandlungsstärke im partnerschaftlichen Haushalt, als auch individuelle Organisationskompetenz hinzukommen.

6 Gegenüberstellung der Länderanalysen

Während es in den vorhergehenden Kapiteln darum ging, die einzelnen Ebenen der spezifischen Reproduktionsregime zu analysieren und diese dann im Zwischenfazit zusammenzuführen, soll hier eine Gegenüberstellung der beiden Reproduktionsregime vorgenommen werden. Ziel der Untersuchung ist es, grundlegende Unterschiede und spezifische Charakteristika der beiden Modelle darzustellen und ihre Wechselwirkung mit dem Reproduktionshandeln zu untersuchen.

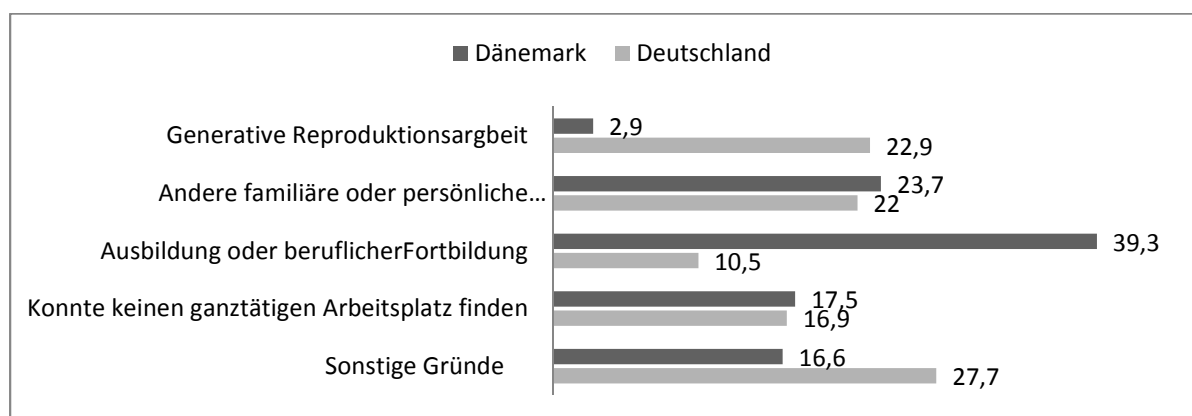
Im deutschen Wohlfahrtsstaat wird die Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt zum Problem, da sie einseitig für die Unternehmen gestaltet wurde und somit Reproduktionsarbeit eher erschwert als ermöglicht. Das dänische Flexicurity-Modell ist hingegen sehr viel arbeitnehmerfreundlicher umgesetzt worden, sodass es den Beschäftigten flexible Arbeitsgestaltung, Arbeitszeitautonomie und die Vereinbarkeit verschiedener Lebensbereiche ermöglicht. Zudem unterstützt die universelle und individualrechtliche soziale Sicherung die Unabhängigkeit von der Erwerbsarbeit und damit eine flexible und selbstbestimmte Lebensgestaltung, die den reproduktiven Bedürfnissen entgegenkommt. Den geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Aufteilung der Reproduktionsarbeit steht die dänische Sozialpolitik dagegen neutral

gegenüber, die Gleichstellungsbemühungen beziehen sich lediglich auf die Erwerbssphäre. Zusammengefasst ermöglicht der dänische Wohlfahrtsstaat somit eine staatlich unterstützte, selbstbestimmte Reproduktionspraxis, auch in Verbindung mit einer Vollzeiterwerbstätigkeit.

Im deutschen Reproduktionsregime ist dagegen nicht nur die unternehmensorientierte Arbeitsmarktflexibilität ein Hindernis für die Gestaltung von Reproduktionsarbeit, auch die sozialen Sicherungssysteme sind stark auf die Erwerbsarbeit fokussiert. Es fehlt somit an der materiellen und gesellschaftlichen Anerkennung für andere Arbeitsformen. Eine ‚eigenwillige Reproduktionspraxis‘ bzw. eine Abkehr von der Erwerbszentrierung ist in Deutschland immer an ein Armutsrisiko gekoppelt, da die Grundsicherung in Deutschland deutlich unter dem dänischen Niveau liegt und auch unter der internationalen Armutsgrenze von 50% des Medianeinkommens (siehe Anhang L).

Lediglich generative Reproduktionsarbeit wird mittlerweile anerkannt und gefördert. Dies resultiert unter anderem aus dem gesellschaftlichen Druck durch den demografischen Wandel und sinkende Geburtenraten. Die staatliche Unterstützung für Pflege- und Betreuungsarbeiten in Deutschland ist im internationalen Vergleich jedoch immer noch sehr gering. Dies wird in der Regel durch die kostengünstige Teilzeit- und Reproduktionsarbeiterin ausgeglichen. Das deutsche Reproduktionsregime ist somit verengt auf transgenerationale Reproduktionsarbeit und entwickelt hierfür insbesondere unter Kostenaspekten neue Lösungen. Im Gegensatz zu Dänemark ist durch die verpflichtenden Vätermomate in der Elternzeit eine erste Initiative für die Gleichstellung in der Reproduktionsarbeit gestartet worden. Diese wird allerdings teilweise konterkariert durch die sozialpolitischen Instrumente, die das ‚Männliche Ernährer plus Teilzeit-Reproduktionsarbeiterin‘- Modell entgegen der gesellschaftlichen Wünsche stützen, wie bspw. das Ehegattensplitting. Die Dominanz dieses Modells im Gegensatz zum dänischen Modell mit zwei Vollzeitverdienern wird noch einmal deutlich, wenn man die in Abbildung 9 dargestellten Motive betrachtet, die Teilzeitbeschäftigung begründen. In Deutschland wird 20-mal häufiger als in Dänemark die transgenerationale Reproduktionsarbeit im Sinne von Betreuungs- und Pflegearbeiten als Grund genannt.

Abbildung 9: Hauptgrund für Teilzeitbeschäftigung in Deutschland und Dänemark 2012, in Prozent



Datenbasis: Eurostat

Dabei ist hinzuzufügen, dass die generative Reproduktionsarbeit in Deutschland von 27,1% der Frauen und nur von 3,2% der Männer als Grund für die Teilzeitbeschäftigung genannt wird (siehe Anhang M). Damit ist Reproduktionsarbeit nicht nur Privatsache, sondern auch Frauensache. Das deutsche Reproduktionsregime entspricht so weder den normativen Wünschen der deutschen Bevölkerung, noch scheint es den Herausforderungen des demografischen Wandels gegenüber gewappnet zu sein.

Was wir von dem dänischen Reproduktionsmodell lernen können, „*is that the consistency of welfare state regulations and institutions, as well as the incentives and restrictions explicitly or implicitly contained therein, are an important precondition for a successful work/life balance.*“ (Leitner und Wroblewski 2006, S. 312). Zusammenfassend könnte man somit sagen, dass das dänische Modell durch eine institutionelle Komplementarität gekennzeichnet ist. Innerhalb der ‚institutionellen Bastelei‘ des deutschen Wohlfahrtsstaates dagegen verstärkt individuelle Coping-Strategien gefragt sind. Das lässt sich auch auf die gesellschaftliche Kultur bzw. politische Diskurse zurückführen: *„Ob in Wirtschaft, Politik oder Familien, das neoliberale Credo lautet Eigenverantwortung, Autonomie und persönliche Freiheit.“* (Winker und Carstensen 2007, S. 277). In Deutschland wird staatliche Regulierung dabei tendenziell unter dem Aspekt der ‚negativen Freiheit‘ diskutiert, das heißt Schutz gegen Einmischung anderer, auch oder insbesondere durch den Staat. In Dänemark ist staatliche Regulierung dagegen eine Bedingung dafür, dass Individuen freie, gleiche und emanzipierte Menschen im Sinne ‚positiver Freiheit‘ sind (Collignon 2009, S. 8f.). Damit einher geht (je nach Geschlecht) ein selbstbestimmteres Reproduktionshandeln.

7 Potenziale und Grenzen des Reproduktionsregime-Konzepts

Das in dieser Arbeit dargestellte Konzept der Mehrebenenanalyse sollte es ermöglichen, das komplexe Zusammenspiel von kulturellen, institutionellen bzw. politökonomischen Faktoren und spezifischen Handlungsweisen zu untersuchen. Dabei ist das Konzept so angelegt, dass sowohl verschiedene Akteure als auch verschiedene Politikfelder und Interventionsebenen in die Analyse einbezogen werden. Die vorgenommene empirische Analyse bezog sich jedoch lediglich auf arbeits- und sozialpolitische Institutionen innerhalb des Reproduktionsregimes, da eine umfassende Darstellung weiterer Ebenen, wie bspw. betrieblicher Arbeitskraftnutzung, den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätte.

Ähnlich komplexe Mehrebenenkonzepte, wie das hier dargestellte Reproduktionsregime, bieten die verschiedenen Gender- und Careregimeansätze. Es erscheint aber sinnvoll, Reproduktionsarbeit stärker in den Blick zu nehmen und dafür auch ein spezifisches Analysemodell auszuarbeiten. Genderregime greifen im Zuge neuer sozialer Fragmentierung mit ihrem Fokus auf Geschlechterungleichheit nicht weit genug. Insbesondere bezogen auf die Organisation von Reproduktionsarbeit ist nicht mehr nur Geschlecht eine zentrale Ungleichheitskategorie. Diese wird ergänzt und teilweise überlagert durch andere Dimensionen, wie Ethnie und Klasse. Auch wenn das in der empirischen Umsetzung hier nicht angelegt war, bietet die Idee des Reproduktionsregimes die Möglichkeit intersektionale Ungleichheitslagen in den Blick zu nehmen. Zudem entsteht die Chance, politökonomische Analysen im Rahmen des Reproduktionsregimes auf die häufig vernachlässigte gesellschaftliche Ressource der Zeit zu erweitern.

"Als zentrale gesellschaftliche Ressource ist Zeit bisher nur teilweise und sehr begrenzt politisch thematisiert worden."(Rüling 2001, S. 70). In den letzten Jahren gab es immer wieder Studien zu Zeithandeln und Zeitpolitik (u.a. Bundesministerium für Familie 2012; Mückenberger 2004; Jürgens 2005), welche im Reproduktionsregime einen neuen Anschluss- und Verknüpfungspunkt finden.

Schwachstellen zeigten sich im Reproduktionsregime-Konzept insbesondere in der empirischen Umsetzung. Zunächst können anhand der Gegenüberstellung von zwei Ländermodellen keine allgemeinen Muster oder Regimetypern abgeleitet werden. Bei der ersten Umsetzung eines neuen Analysemodells erscheint das jedoch auch kein sinnvolles Ziel zu sein, da der Typologierungsanspruch von Regimestudien immer mit der Gefahr verbunden ist, Widersprüche, Differenzierungen und Inkonsistenzen zu verwischen (Betzelt 2007, S. 36).

Zudem ist die Analyse von Reproduktionsarbeit häufig nur als negative Abgrenzung zur Erwerbsarbeit möglich gewesen, da die Datenlage zur Reproduktionsarbeit, insbesondere Selbstsorge, sehr dürftig ist. Insofern sind weitere qualitative Studien notwendig, um eine bessere empirische Umsetzung des Analysekonzeptes zu erreichen, gerade wenn auch Länder außerhalb der OECD in die Untersuchung aufgenommen werden sollten (vgl. Busemeyer et al. 2013, S. 182). Auch um die Analyse von eigenwilligem oder widerständigem Reproduktionshandeln (Jürgens 2009, S. 196) zu ermöglichen, bräuchte es stärker qualitativ angelegte Studien. Diese könnten mithilfe der Subjektperspektive und in Kombination mit einer Erweiterung um Diskurs- und Medienanalysen dem Regimekonzept zu einer stärkeren Mikrofundierung verhelfen.

Allgemein ist zu bemerken, dass in dieser Arbeit ein ganzheitlicher Blick auf die Reproduktionssphäre geworfen wurde. Somit konnten die einzelnen Themen und Politikfelder weniger spezifisch ausgearbeitet werden, als dies manchmal wünschenswert gewesen wäre. Dieser Nachteil wurde in Kauf genommen, um einen Überblick über ein sehr komplexes Feld von Wechselwirkungen zu ermöglichen. Denn die allgemeine, disziplinäre Spezialisierung führt zwar zu immer detaillierterem Fachwissen.

„Problematisch ist allerdings, dass über diese Spezialisierung das ganzheitliche Denken und mit ihm auch das Gespür für Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und Alltagsleben sowie zwischen verschiedenen sozialpolitischen Institutionen weitgehend verloren gegangen ist.“ (Baur 2009, S. 205).

Dass auf der institutionellen oder politökonomischen Ebene Erwerbsarbeit eine wichtige Rolle spielt, liegt in der Natur kapitalistischer Systeme, in denen Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken auf makroökonomische Notwendigkeiten wie Wachstum und Beschäftigung abzielen. Aber auch auf diese Ziele abgerichtete Politiken, die bspw. die Frauenerwerbstätigkeit steigern wollen, beeinflussen zwangsläufig die Sphäre der Reproduktion. *"'Reproduktion' ist insofern eine von der Analyse des Kapitalismus nicht zu trennende Kategorie, die den Blick schärft für die Voraussetzungen und potenziellen Schwachstellen eines entgrenzten Kapitalismus ebenso wie für seine desintegrativen Effekte."* (Jürgens 2012, S. 280). Ein erweitertes Arbeitskonzept bzw. die systematische Analyse von Reproduktionsarbeit ist insofern eine notwendige Bedingung für eine *„politische Ökonomie als Gesellschaftstheorie und in kritischer Absicht“* (Dörre und Haubner 2012, S. 100).

Der hier angelegte Fokus auf Selbstsorge ergänzt die Forschung zu Gender- und Careregimen um ein wichtiges Forschungsfeld und macht damit die Wohlfahrtsstaatsforschung anschlussfähig an gesellschaftliche und wissenschaftliche Diskurse zu ‚Work-Life-Balance‘, Humankapital und neuen Gesundheits- und Belastungseffekten. Man könnte das vorliegende Regimekonzept auch in andere Richtungen weiterentwickeln und so bspw. im Sinne von Bieseckers ‚(Re)Produktions‘-Konzept eine sozialökologische Perspektive einnehmen. Damit würde der häufig eingeforderte Blick auf nachhaltige Entwicklungen eingelöst (Biesecker und Hofmeister 2010, S. 51; Busemeyer et al. 2013, S. 186).

Um ein umfassendes, analytisches Gesamtkonzept von Reproduktionsregimen zu entwerfen, das gleichzeitig auch empirisch umzusetzen ist, besteht jedoch noch erheblicher Forschungsbedarf.

Fazit

Nachdem in den letzten beiden Kapiteln das theoretische Konzept des Reproduktionsregimes und die empirische Analyse reflektiert wurden, soll hier die Forschungsfrage noch einmal aufgegriffen werden und mit einem Ausblick auf wissenschaftliche und politische Handlungsperspektiven beantwortet werden.

Die eingangs gestellte Forschungsfrage lautete: Wie lassen sich die Wechselwirkungen zwischen staatlichen Regulierungsstrukturen, sozialem Reproduktionshandeln und Reproduktionskultur analytisch und empirisch so erfassen, dass Möglichkeiten und Grenzen aktiver Regulierung im internationalen Vergleich deutlich werden? Klar ist, dass hier unbezahlte Reproduktionsarbeit betrachtet wurde, die sich im Privaten abspielt und damit nicht direkt durch den Staat beeinflusst werden kann. Sozial- und Arbeitspolitik schaffen aber den Rahmen für die gesellschaftliche Reproduktion und können spezielle Kompetenzen und Diskurse fördern, die Einfluss auf die Organisation der privaten Reproduktionssphäre haben. In Dänemark übernimmt der Staat durch universelle, öffentliche Dienstleistungen, Mitverantwortung im Bereich generativer Reproduktionsarbeit und entlastet damit die Familien. Wie die private Reproduktionsarbeit organisiert und aufgeteilt wird, beeinflusst er jedoch nicht. In Deutschland dagegen fördern sozial- und arbeitsmarktpolitische Institutionen eher das ‚Männliche Ernährer plus Teilzeit-Reproduktionsarbeiterin‘-Modell entgegen der gesellschaftlichen Präferenzen.

Gerade in Bezug auf Selbstsorge ist ein Blick auf die staatliche Unterstützung bei transgenerationaler Reproduktion eindeutig zu kurz geblieben. *„Notwendig ist zudem die Thematisierung von (phasenweisen) Arbeitszeitverkürzung, Grenzen der Belastbarkeit und von (zeitlichen) Schutzzräumen für Familien und Individuen.“* (Klammer und Klenner 2004, S. 200).

In Deutschland wird weder die Betreuungskultur noch die arbeitnehmerfreundliche Erwerbsarbeitsflexibilität in ausreichendem Maße gewährleistet. Auf dieser Grundlage entstehen wissenschaftliche Diagnosen wie die ‚Reproduktionskrise‘ oder Polarisierungs- und Prekariisierungstendenzen bei Reproduktionsarbeit. Dänemark scheint dagegen mit seiner umfassenden, staatlichen Absicherung nicht nur die Prekarität innerhalb eines flexiblen Arbeitsmarktes zu reduzieren (Kalleberg 2009, S. 15), sondern auch Prekaritätsrisiken innerhalb der Repro-

duktionssphäre. Entscheidend für das Gelingen der nachhaltigen Wiederherstellung der Arbeits- und Lebenskraft erscheint nach dem ‚dänischen Vorbild‘ unter anderem der staatliche Regulierungsrahmen zur Umverteilung von Zeitressourcen und erwerbsunabhängiger, sozialer Sicherung zu sein. Neben diesen externen Ressourcen kann der Staat auch interne Ressourcen fördern, wie Handlungs- und Organisationskompetenzen. Diese können in einem dynamischen und flexibilisierten Umfeld für die Synchronisation der Erwerbs- und Reproduktionssphäre ggf. sogar wichtiger sein, als materielle Ressourcen (Bude 2009, S. 170). In der empirischen Analyse des institutionellen Arrangements der beiden Länder ließen sich keine Hinweise darauf finden, dass dazu bereits Anstrengungen unternommen werden. Ein erster Hinweis findet sich im achten Familienbericht der deutschen Bundesregierung: *„Der Umgang mit Alltags- und Lebenszeit ist heute bereits eine wichtige soziale Kompetenz und vielfach ein zentrales Kriterium für Erfolg, das deshalb durch Bildungsangebote unterstützt werden kann.“* (Bundesministerium für Familie 2012, S. 15).

Die Förderung von Handlungs- und Organisationskompetenzen kann einen sinnvollen Regulierungsrahmen jedoch nicht ersetzen, sondern sollte lediglich als positive Ergänzung umgesetzt werden. Ein staatlicher Regulierungsrahmen ist für den gesamtgesellschaftlichen und langfristigen Erhalt der Arbeits- und Lebenskraft unumgänglich.

Zudem „stiftet eine gut entwickelte öffentliche Infrastruktur der Pflege, Betreuung und Alltagsunterstützung einen hohen gesellschaftlichen Nutzen. Dass dies Teil einer Wachstums- und Innovationsstrategie sein kann, die qualitativ hochwertige und gute Erwerbsmöglichkeiten ohne zusätzliche Umweltbelastungen schafft, wird verkannt.“ (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2012, S. 202).

Eine stärkere Berücksichtigung bzw. gleichwertige Anerkennung der Reproduktionssphäre führt zwangsläufig zu Konflikten, da die Dominanz der Erwerbssphäre bzw. Ökonomie und eines rein ökonomisch definierten Leistungs- und Arbeitsbegriffs infrage gestellt wird. Genau darum sollte es langfristig auch gehen. Es scheint jedoch wahrscheinlicher, dass sich der gesellschaftliche Diskurs diesem Machtkonflikt in naher Zukunft nicht stellen wird, sondern weiterhin um Harmonie bzw. ‚Work-Life-Balance‘ bemüht bleibt. In diesem Fall kann die sozialwissenschaftliche Forschung zumindest verhindern, dass sich der Diskurs wie derzeit tendenziell auf die Leistungssteigerung im Bereich ‚Work,‘ das heißt Erwerbsarbeit, konzentriert. Die analytischen, politischen und emanzipatorischen Potenziale stecken nämlich in dem Wort ‚Life‘, dessen Bedeutung und Gestaltung sich unter anderem in Form des Reproduktionsregime-Konzeptes darstellen lässt.

Literaturverzeichnis

- Adams, Julia; Padamsee, Tasleem (2001): Signs and Regimes: Rereading Feminist Work on Welfare States. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 8 (1), S. 1–23.
- Alber, Florian (2006): Wohlfahrtsregime und Einstellungen zur Wohlfahrtsproduktion – Ein Vergleich elf westlicher Länder. Hg. v. Dieter Holtmann. Universität Potsdam. (Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung, 25).
- Andersen, Torben M. (2011): Flexicurity Labour Market in the Great Recession: The Case of Denmark. Hg. v. IZA. Bonn (IZA Discussionpaper, 5710).
- Anonym (2013a): Die Kampagne 2014 der Confederation of Family Organisations in the European Union: Europäisches Jahr der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben. Hg. v. Europäische Union. Online verfügbar unter http://europa.eu/epic/news/2013/20130308-coface-2014-european-year-reconciling-work-family-life_de.htm, zuletzt geprüft am 13.07.2013.
- Anonym (2013b): Welfare. More for less. Special Report "The Nordic Countries". In: *The Economist*, S. 5–7.
- Anttonen, Anneli; Sipilä, Jorma (2005): Comparative approaches to social care: diversity in care production modes. In: Birgit Pfau-Effinger und Birgit Geissler (Hg.): *Care and social integration in European societies*. Bristol: Policy Press, S. 115–135.
- Anttonen, Anneli; Zechner, Minna (2011): Theorizing Care and Care Work. In: Birgit Pfau-Effinger und Tine Rostgaard (Hg.): *Care between work and welfare in European societies*. Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan, S. 15–35.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2012): Memorandum 2012. Europa am Scheideweg: solidarische Integration oder deutsches Spardiktat. Köln: Papyrossa.
- Aulenbacher, Brigitte; Riegraf, Birgit (2009): Markteffizienz und Ungleichheit - Zwei Seiten einer Medaille? Klasse/Schicht, Geschlecht und Ethnie im Übergang zur postfordistischen Arbeitsgesellschaft. In: Brigitte Aulenbacher und Angelika Wetterer (Hg.): *Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung*. 2. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 230–249.
- Aybars, Ayse Idil (2007): Work-life balance in the EU and leave arrangements across welfare regimes. In: *Industrial Relations Journal* 38 (6), S. 569–590.
- Barloschky, Katja (2008): Kürzer arbeiten - besser für Männer und Frauen. Arbeitszeitnöte - Arbeitszeitwünsche: Kritische Bestandsaufnahme und Alternativen zur Politik der Angst. In: Beate Zimpelmann und Hans-L Endl (Hg.): *Zeit ist Geld. Ökonomische Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung*. 1. Aufl. Hamburg: VSA, S. 93–111.

- Baumol, William J. (2001): Paradox of the services: exploding costs, persistent demand. In: Thijs ten Raa und Ronald Schettkat (Hg.): *The Growth of Service Industries. The Paradox of Exploding Costs and Persistent Demand*. Cheltenham: Edward Elgar, S. 3–28.
- Baur, Nina (2009): Konsequenzen des Verlusts des ganzheitlichen Denkens: Soziale Marktwirtschaft und die Triade Arbeitsmarkt, Sozialstaat und Geschlechterbeziehungen am Beispiel von Westdeutschland. In: Hartmut Seifert und Olaf Struck (Hg.): *Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Kontroversen um Effizienz und soziale Sicherheit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 189–229.
- Becker, Gary S.; Nashat, Guity (1998): *Die Ökonomik des Alltags. Von Baseball über Gleichstellung zur Einwanderung: was unser Leben wirklich bestimmt*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Beckmann, Sabine (2008): *Geteilte Arbeit? Männer und Care-Regime in Schweden, Frankreich und Deutschland*. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Beck, Ulrich; Grande, Edgar (2010): Jenseits des methodologischen Nationalismus. Außer-europäische und europäische Variationen der Zweiten Moderne. In: *Soziale Welt* 61, S. 187–216.
- Behnke, Cornelia; Meuser, Michael (2005): Modernisierte Geschlechterverhältnisse? Entgrenzung von Beruf und Familie bei Doppelkarrierepaaren. In: Karin Gottschall (Hg.): *Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag*. 2. Aufl. München, Mering: Hampp, S. 285–307
- Bettio, Francesca; Plantenga, Janneke (2004): Comparing Care Regimes in Europe. In: *Feminist Economics* 10 (1), S. 85–113.
- Betzelt, Sigrid (2007): „Gender Regimes“: Ein ertragreiches Konzept für die komparative Forschung. Literaturstudie. Hg. v. Zentrum für Sozialpolitik. Bremen (ZeS-Arbeitspapier, 12).
- Biesecker, Adelheid (2008): Kürzer arbeiten - besser für die Umwelt. Arbeitszeitverkürzung und Ökologie. In: Beate Zimpelmann und Hans-L Endl (Hg.): *Zeit ist Geld. Ökonomische Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung*. 1. Aufl. Hamburg: VSA, S. 55–77.
- Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine (2010): Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität. In: Christine Bauhardt und Gülay Çaglar (Hg.): *Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–81.
- Bogedan, Claudia (2008): Pflegeverantwortung zwischen Familie und Staat - Ein deutsch-dänischer Vergleich. In: *WSI Mitteilungen* 61 (4), S. 212–218.
- Bogedan, Claudia (2009): Mehr als Flexicurity. Lehren aus der dänischen Arbeitsmarktpolitik. In: Hartmut Seifert und Olaf Struck (Hg.): *Arbeitsmarkt und Sozialpolitik. Kontroversen um Effizienz und soziale Sicherheit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 267–283.

- Bongaerts, Gregor (2007): Soziale Praxis und Verhalten. Überlegungen zum Practice Turn in Social Theory. In: *Zeitschrift für Soziologie* 36 (4), S. 246–260.
- Bonke, Jens; Jensen, Bent (2012): Paid and unpaid work in Denmark - Towards gender equity. In: *International Journal of Time Use Research* 9 (1), S. 108–119.
- Bosch, Gerhard; Jansen, Andreas (2010): From the breadwinner model to 'bricolage': Germany in search of a new life course model. In: Dominique Anxo, Gerhard Bosch und Jill Rubery (Hg.): *Welfare State and Life Transitions. A European Perspective*. Cheltenham u.a.: Edward Elgar, S. 128–155.
- Bothfeld, Silke (2012): Kindererziehung und Pflegezeiten: Wie anpassungsfähig sind die Sozialversicherungssysteme? Deutschland im internationalen Vergleich. Hg. v. Zentrum für Sozialpolitik. Bremen (ZeS-Arbeitspapier, 3).
- Bredgaard, Thomas; Larsen, Flemming; Kongshoj Madsen, Per; Rasmussen, Stine (2009): Flexicurity and atypical employment in Denmark. Hg. v. Centre for Labour Market Research. Aalberg (CARMA Research Paper, 1).
- Brückner, Margrit (2008): Kulturen des Sorgens (Care) in Zeiten transnationaler Entwicklungsprozesse. In: Hans G. Homfeldt, Wolfgang Schröder und Cornelia Schewpe (Hg.): *Soziale Arbeit und Transnationalität. Herausforderungen eines spannungsreichen Bezugs*. Weinheim u.a.: Juventa Verlag, S. 167–185.
- Brush, Lisa D. (2002): Changing the Subject: Gender and Welfare Regime Studies. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 9 (2), S. 161–186.
- Bude, Heinz (2009): Die Spaltung der Gesellschaft. In: Helmut König (Hg.): *Die Zukunft der Arbeit in Europa. Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse*. Bielefeld: Transcript, S. 167–183.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012): Sozialkompass Europa. Soziale Sicherheit im Vergleich. Datenbank. Online verfügbar unter <http://www.sozialkompass.eu>, zuletzt geprüft am 28.08.2013.
- Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (2005): *Work Life Balance. Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität. Analyse der volkswirtschaftlichen Effekte – Zusammenfassung der Ergebnisse*. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (2011): *Neue Wege - Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht*. Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend (2012): *Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik. Achter Familienbericht*. Berlin.
- Burawoy, Michael (1985): *The politics of production. Factory regimes under capitalism and socialism*. London u.a.: Verso.

- Busemeyer, Marius R.; Ebbinghaus, Bernhard; Leibfried, Stephan; Mayer-Ahuja, Nicole; Obinger, Herbert; Pfau-Effinger, Birgit (2013): Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert. Neue Wege der Forschung. Frankfurt am Main u.a.: Campus.
- Carstensen, Tanja; Groß, Melanie (2006): Feminismen: Strömungen, Widersprüche und Herausforderungen. In: FAU-MAT (Hg.): Gender und Arbeit. Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus. Lich: Verlag Edition AV, S. 11–32.
- Castel, Robert (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat. Hamburg: Hamburger Edition.
- Chan, Raymond K.H; Soma, Naoko; Yamashita, Junko (2011): Care regimes and responses: East Asian experiences compared. In: *Journal of Comparative Social Welfare* 27 (2), S. 175–186.
- Collignon, Stefan (2009): Die Moral des Geldes und die Zukunft des europäischen Kapitalismus. In: *Vorgänge: Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 48 (2), S. 4–22.
- Daly, Mary; Rake, Katherine (2006): Gender and the welfare state. Care, work and welfare in Europe and the USA. Cambridge u.a.: Polity Press.
- Deding, Mette; Lausten, Mette (2011): Gendered Time-Crunch and Work Factors in Denmark. In: *Soc Indic Res* 101 (2), S. 249–253.
- Dingeldey, Irene (2002): "Der blinde Fleck" in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. Kritik und Erweiterung der Forschungsperspektiven. Hg. v. Zentrum für Sozialpolitik. Bremen (ZeS-Arbeitspapier, 2).
- Dingeldey, Irene (2009): Activating Labour Market Policies and the Restructuring of 'Welfare' and 'State'. A comparative View on Changing Forms of Governance. Hg. v. Zentrum für Sozialpolitik. Bremen (ZeS-Arbeitspapier, 01).
- Dörre, Klaus; Haubner, Tine (2012): Landnahme durch Bewährungsproben - Ein Konzept für die Arbeitssoziologie. In: Klaus Dörre, Dieter Sauer und Volker Wittke (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main u.a.: Campus-Verlag, S. 63–109.
- Duvander, Ann-Zofie; Lammi-Taskula, Johanna (2011): Parental leave. In: Ingolfur V. Gíslason und Guony B. Eydal (Hg.): Parental leave, childcare and gender equality in the Nordic countries. Copenhagen: Nordic Council of Ministers, S. 31–65.
- EC (2006): A Roadmap for equality between women and men 2006-2010. Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, COM(2006) 92 final. Brüssel.
- EC (2008): A better work-life balance: stronger support for reconciling professional, private and family life. Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, COM(2008) 635 final. Brüssel.

- EC (2010): Strategy for equality between women and men 2010-2015. Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, COM(2010) 491 final. Brüssel.
- Emmerich, Knut; Werner, Heinz (1998): Dänemark: Erstaunlicher Umschwung am Arbeitsmarkt. Erfolge durch angebots- und nachfrageorientierte Strategien. Hg. v. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Bundesanstalt für Arbeit. Nürnberg (IAB Kurzbericht, 13).
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): *Social Foundation of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (2003): Towards a Good Society, Once Again? In: Gøsta Esping-Andersen, Duncan Gallie, Anton Hemerijk und John Myers (Hg.): *Why We Need a New Welfare State*. Oxford: Oxford University Press, S. 1–26.
- Esping-Andersen, Gøsta (2012): *The incomplete revolution. Adapting to women's new roles*. Repr. Cambridge: Polity Press.
- Estevez-Abe, Margarita (2005): Gender Bias in Skills and Social Policies: The Varieties of Capitalism Perspective on Sex Segregation. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 12 (2), S. 180–215.
- Eydal, Guony B.; Rostgaard, Tine (2011a): Day-care schemes and cash-for-care at home. In: Ingolfur V. Gíslason und Guony B. Eydal (Hg.): *Parental leave, childcare and gender equality in the Nordic countries*. Copenhagen: Nordic Council of Ministers, S. 65–109.
- Eydal, Guony B.; Rostgaard, Tine (2011b): Gender Equality Revisited - Changes in Nordic Childcare Policies in the 2000s. In: *Social Policy & Administration* 45 (2), S. 161–179.
- Eydal, Guony B.; Rostgaard, Tine (2011c): Toward a Nordic childcare policy - the political processes and agendas. In: Ingolfur V. Gíslason und Guony B. Eydal (Hg.): *Parental leave, childcare and gender equality in the Nordic countries*. Copenhagen: Nordic Council of Ministers, S. 147–179.
- Fahlen, Susanne (2012): *Facets of work-life balance across Europe. How the interplay of institutional contexts, work arrangements and individual resources affect capabilities for having a family and for being involved in family life*. Stockholm University. Stockholm (Stockholm Studies in Sociology, 53).
- Feldman, Elana R.; Douglas, T. Hall (2013): Work-Family Research and Practice: What if the Whole Person Mattered? In: Steven A. Y. Poelmans, Jeffrey H. Greenhaus und Mireia Las Heras (Hg.): *Expanding the boundaries of work-family research. A vision for the future*. Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan, S. 91–107.
- Fernandez, Rafael; Palazuelos, Enrique (2012): European Union Economics Facing 'Baumol's Disease' within the Service Sector. In: *Journal of common Market Studies* 50 (2), S. 231–250.
- Flick, Sabine (2013): *Leben durcharbeiten. Selbstsorge in entgrenzten Arbeitsverhältnissen*. Frankfurt am Main: Campus.

- Flüter-Hoffmann, Christiane (2005): Familienfreundliche Regelungen in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen. Beispiele guter Praxis. Hg. v. Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend. Berlin.
- Folbre, Nancy (2009): Varieties of Patriarchal Capitalism. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 16, 2009 (2), S. 204–209.
- Fudge, Judy (2011): Working-time Regimes, Flexibility, and Work-Life Balance: Gender Equality and Families. In: Catherine Krull und Justyna Sempruch (Hg.): *Demystifying the Family/Work Conflict: Challenges and Possibilities*. Vancouver: University of British Columbia Press, S. 170–193.
- Galvez-Munoz, Lina; Rodriguez-Modrono, Paula; Dominguez-Serrano, Monica (2011): Work and Time Use by Gender: A New Clustering of European Welfare Systems. In: *Feminist Economics* 17 (4), S. 125–157.
- Geissler, Birgit; Pfau-Effinger, Birgit (2005): Change in European care arrangements. In: Birgit Pfau-Effinger und Birgit Geissler (Hg.): *Care and social integration in European societies*. Bristol: Policy Press, S. 3–21.
- Giddens, Anthony (1986): *The constitution of society. Outline of the theory of structuration*. 1. Aufl. Berkeley: University of California Press.
- Glaab, Manuela; Sesselmeier, Werner (2005): *Experimentierfeld Deutschland? Reformen auf dem Prüfstand*. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn (Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung).
- Gottschall, Karin (2000): *Soziale Ungleichheit und Geschlecht. Kontinuitäten und Brüche, Sackgassen und Erkenntnispotentiale im deutschen soziologischen Diskurs*. Opladen: Leske + Budrich.
- Gottschall, Karin (2009): *Arbeitsmärkte und Geschlechterungleichheit - Forschungstradition und internationaler Vergleich*. In: Brigitte Aulenbacher und Angelika Wetterer (Hg.): *Arbeit. Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung*. 2. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 120–138.
- Granovetter, Mark (1985): Economic Action and Social Structure: The Problem of Embeddedness. In: *American Journal of Sociology* 91 (3), S. 481–510.
- Guillemard, Anne-Marie (2011): Social rights and welfare: Change and continuity in Europe. In: Thomas P. Boje und Martin Potůček (Hg.): *Social rights, active citizenship and governance in the European Union*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 35–43.
- Haug, Frigga (2008): *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*. Hamburg: Argument-Verlag.
- Haug, Wolfgang F.; Monal, Isabel (2001): Grundwiderspruch, Haupt- und Nebenwiderspruch. In: Wolfgang F. Haug (Hg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Band 5. Hamburg: Argument-Verlag, S. 1040–1050.

- Heise, Arne (2011): Vom 'Nationalen Keynesianischen Wohlfahrtsstaat' zum 'Globalen Nozickschen Minimalstaat'. oder: Die Transformation der Gesellschaft in der Demokratie und einige offene Fragen. Hg. v. Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien. Hamburg (Discussion Paper).
- Heise, Arne; Lierse, Hanna (2011): Haushaltskonsolidierung und das Europäische Sozialmodell: Auswirkungen der europäischen Sparprogramme auf die Sozialsysteme. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Hickel, Rudolf (2008): Kürzer arbeiten - besser für die Volkswirtschaft. Gesamtwirtschaftliche Gründe für Arbeitszeitverkürzung. In: Beate Zimpelmann und Hans-L Endl (Hg.): Zeit ist Geld. Ökonomische Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung. 1. Aufl. Hamburg: VSA, S. 17–37.
- Hofäcker, Dirk (2011): A Recipe for Coping with the Challenge of Globalization? Trends in Labour Market Flexibilization and Life Course Inequality in Denmark. In: Hans-Peter Blossfeld, Sandra Buchholz und Kathrin Kolb (Hg.): Globalized Labour Markets and Social Inequality in Europe. Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan, S. 149–176.
- Hofmeister, Heather; Witt, Nadine (2009): Breaking the Cycle. Wege aus der starren gesellschaftlichen Konstruktion von Arbeit und Geschlecht in Europa. In: Helmut König (Hg.): Die Zukunft der Arbeit in Europa. Chancen und Risiken neuer Beschäftigungsverhältnisse. Bielefeld: Transcript, S. 103–131.
- Holtrup, André; Spitzley, Helmut (2008): Kürzer arbeiten - besser für alle. "Kurze Vollzeit" und "Vollbeschäftigung neuen Typs" - ökonomische Grundlagen und soziale Chancen. In: Beate Zimpelmann und Hans-L Endl (Hg.): Zeit ist Geld. Ökonomische Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung. 1. Aufl. Hamburg: VSA, S. 111–135.
- Höpner, Martin; Waclawczyk, Maximilian (2012): Opportunismus oder Ungewissheit? Mitbestimmte Unternehmen zwischen Klassenkampf und Produktionsregime. Hg. v. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln (MPIfG Discussion Paper, 12/1).
- Jensen, Per H. (2002): Die dänischen Freistellungsmodelle und ihre Gleichstellungsdimensionen. In: Karin Gottschall und Birgit Pfau-Effinger (Hg.): Zukunft der Arbeit und Geschlecht. Diskurse, Entwicklungspfade und Reformoptionen im internationalen Vergleich. Opladen: Leske und Budrich, S. 267–281.
- Jensen, Per H.; Rathlev, Jakob (2009): Formal and Informal Work in the Danish Social Democratic Welfare State. In: Birgit Pfau-Effinger, Lluís Flaquer und Per H. Jensen (Hg.): Formal and informal work. The hidden work regime in Europe. New York: Routledge, S. 39–62.
- Jochimsen, Maren A. (2003): Careful economics. Integrating caring activities and economic science. Boston: Kluwer Acad. Publ.
- Juczyk, Karin (2006): Produktion, Reproduktion, Gender. In: Wolfgang Dunkel (Hg.): Von der Allgegenwart der verschwindenden Arbeit. Neue Herausforderungen für die Arbeitsforschung. Berlin: Edition Sigma, S. 259–263.

- Jürgens, Kerstin (2005): Zeithandeln-eine neue Kategorie der Arbeitssoziologie. In: Karin Gottschall (Hg.): Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag. 2. Aufl. München, Mering: Hampp, S. 37–59.
- Jürgens, Kerstin (2009): Arbeits- und Lebenskraft. Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jürgens, Kerstin (2010): Deutschland in der Reproduktionskrise. In: *Leviathan* (4), S. 559–587.
- Jürgens, Kerstin (2012): Arbeit und Reproduktion. In: Klaus Dörre, Dieter Sauer und Volker Wittke (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main u.a.: Campus-Verlag, S. 273–289.
- Jürgens, Kerstin; Voß, Günter G. (2007): Gesellschaftliche Arbeitsteilung als Leistung der Person. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (34), S. 3–9.
- Kalleberg, Arne L. (2009): Precarious Work, Insecure Workers: Employment Relations in Transition. In: *American Sociological Review* 74 (1), S. 1–22.
- Keller, Berndt; Seifert, Hartmut (2007): Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität. In: Berndt Keller und Hartmut Seifert (Hg.): Atypische Beschäftigung- Flexibilisierung und soziale Risiken. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, S. 11–27.
- Keller, Berndt; Seifert, Hartmut (2008): Flexicurity: Ein europäisches Konzept und seine nationale Umsetzung. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn (Expertise für die Friedrich-Ebert-Stiftung).
- Keynes, John M. (1930/1972): *Essays in Persuasion*. London: The Macmillan Press LTD (The collected writings of John Maynard Keynes, 9).
- Keynes, John M. (2007): Das Langzeitproblem der Vollbeschäftigung (1943). In: Norbert Reuter (Hg.): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. 2. Aufl. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 159–165.
- Klammer, Ute; Klenner, Christina (2004): Geteilte Erwerbstätigkeit- gemeinsame Fürsorge. Strategien und Perspektiven der Kombination von Erwerbs- und Familienleben. In: Sigrid Leitner (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 177–207.
- Klinger, Cornelia (2012): Leibdienst - Liebesdienst - Dienstleistung. In: Klaus Dörre, Dieter Sauer und Volker Wittke (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main u.a.: Campus-Verlag, S. 258–273.
- Kohlmorgen, Lars (2004): Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus. 1. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Kossek, Ellen E.; Ollier-Malaterre, Ariane (2013): Work-Life Policies: Linking National Contexts, Organizational Practice and People for Multi-level Change. In: Steven A. Y. Poelmans, Jeffrey H. Greenhaus und Mireia Las Heras (Hg.): Expanding the boundaries of work-family research. A vision for the future. Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan, S. 3–32.
- Kovacheva, Siyka (2011): Work-Life Dilemmas in the Enlarged Europe. In: Thomas P. Boje und Martin Potůček (Hg.): Social rights, active citizenship and governance in the European Union. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 75–91.
- Kratzer, Nick; Lange, Andreas (2006): Entgrenzung von Arbeit und Leben: Verschiebung, Pluralisierung, Verschränkung. Perspektiven auf ein neues Re-Produktionsmodell. In: Wolfgang Dunkel (Hg.): Von der Allgegenwart der verschwindenden Arbeit. Neue Herausforderungen für die Arbeitsforschung. Berlin: Edition Sigma, S. 171–203.
- Kratzer, Nick; Sauer, Dieter (2007): Entgrenzte Arbeit - gefährdete Reproduktion. Genderfragen in der Arbeitsforschung. In: Brigitte Aulenbacher, Maria Funder, Heike Jacobsen und Susanne Völker (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 235–250.
- Kremer, Monique (2006): The Politics of Ideals of Care: Danish and Flemish Child Care Policy Compared. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 13 (2), S. 261–285.
- Lantermann, Ernst-Dieter; Döring-Seipel, Elke; Eierdanz, Frank; Gerhold, Lars (2009): Selbstsorge in unsicheren Zeiten. Resignieren oder Gestalten. Weinheim: Beltz Verlag.
- Leitner, Andrea; Wroblewski, Angela (2006): Welfare States and Work-Life Balance. Can good practices be transferred from the Nordic countries to conservative welfare states? In: *European Societies* 8 (2), S. 295–317.
- Lewis, Jane (2004): Auf dem Weg zur "Zwei-Erwerbstätigen"-Familie. In: Sigrid Leitner (Hg.): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 62–85.
- Lippl, Bodo (2008): Klare Mehrheiten für den Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche Wertorientierungen im internationalen Vergleich. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn (Gutachten im Auftrag der FES).
- Littig, Beate; Spitzer, Markus (2011): Arbeit neu. Erweiterte Arbeitskonzepte im Vergleich. Literaturstudie zum Stand der Debatte um erweiterte Arbeitskonzepte. Hans-Böckler Stiftung. Düsseldorf (Arbeitspapier, 229).
- Lohmann-Haislah, Andrea (2012): Stressreport Deutschland 2012. Psychische Anforderungen, Ressourcen und Befinden. Hg. v. Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Berlin.

- Madörin, Mascha (2010): Care Ökonomie- eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Christine Bauhardt und Gülay Çaglar (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 81–105.
- Maurer, Andrea (2011): Prekäre Verhältnisse? Wirtschaftssoziologie und Sozialökonomie auf der Suche nach der verlorenen Einheit. In: Volker Caspari (Hg.): Wohin steuert die ökonomische Wissenschaft? Ein Methodenstreit in der Volkswirtschaftslehre. Frankfurt am Main: Campus, S. 59–85.
- Mau, Steffen (2012): Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht? Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2003): Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen „Normalarbeitsverhältnis“ zu prekärer Beschäftigung seit 1973. Berlin: Edition Sigma.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2011a): Grenzen der Homogenisierung. IT-Arbeit zwischen ortsgebundener Regulierung und transnationaler Unternehmensstrategie. Frankfurt am Main u.a.: Campus-Verlag.
- Mayer-Ahuja, Nicole (2011b): Jenseits der „neuen Unübersichtlichkeit“. Annäherung an Konturen der gegenwärtigen Arbeitswelt. SOFI. Göttingen (SOFI Working Paper, 6).
- Miranda, Verlee (2011): Cooking, Caring and Volunteering: Unpaid Work Around the World. Hg. v. OECD. Paris (OECD Social, Employment and Migration Working Papers, 116).
- Mückenberger, Ulrich (1990): Normalarbeitsverhältnis: Lohnarbeit als normativer Horizont sozialer Sicherheit? In: Christoph Sachße und Tristan H. Engelhardt (Hg.): Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 158–179.
- Mückenberger, Ulrich (2004): Metronome des Alltags. Betriebliche Zeitpolitiken, lokale Effekte, soziale Regulierung. Berlin: Edition Sigma.
- Mückenberger, Ulrich (2010): Krise des Normalarbeitsverhältnisses - ein Umbauprogramm. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 56 (4), S. 403–420.
- Nies, Sarah; Sauer, Dieter (2012): Arbeit - mehr als Beschäftigung? Zur arbeitssoziologischen Kapitalismuskritik. In: Klaus Dörre, Dieter Sauer und Volker Wittke (Hg.): Kapitalismustheorie und Arbeit. Neue Ansätze soziologischer Kritik. Frankfurt am Main u.a.: Campus-Verlag, S. 34–63.
- Nullmeier, Frank (2006): Eigenverantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität – Konkurrierende Prinzipien der Konstruktion moderner Wohlfahrtsstaaten? In: *WSI Mitteilungen* (4), S. 175–180.
- OECD (2011): How's Life? Measuring Well-Being. Hg. v. OECD. Paris.
- OECD (2013): Work-Life-Balance Index. Online verfügbar unter <http://www.oecdbetterlifeindex.org/topics/work-life-balance/> zuletzt geprüft am 12.08.2013.

- Offe, Claus (1990): Akzeptanz und Legitimität strategischer Optionen in der Sozialpolitik. In: Christoph Sachße und Tristan H. Engelhardt (Hg.): Sicherheit und Freiheit. Zur Ethik des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 179–202.
- Pascall, Gillian; Lewis, Jane (2004): Emerging Gender Regimes and Policies for Gender Equality in a Wider Europe. In: *Journal of Social Policy Studies* 33 (03), S. 373.
- Paulus, Stefan (2012): Das Geschlechterregime. Eine intersektionale Dispositivanalyse von Work-Life-Balance-Maßnahmen. Bielefeld: Transcript.
- Peter, Waltraud (2007): Dänemarks „flexicurity“ – kein Vorbild für Deutschland. In: *IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung* 34 (2), S. 69–84.
- Pfau-Effinger, Birgit (2005): Development paths of care arrangements in the framework of family values and welfare values. In: Birgit Pfau-Effinger und Birgit Geissler (Hg.): Care and social integration in European societies. Bristol: Policy Press, S. 21–47.
- Pfau-Effinger, Birgit; Sakac Magdalenic, Sladana (2009): Formal and Informal Work in the Work-Welfare Arrangement of Germany. In: Birgit Pfau-Effinger, Lluís Flaquer und Per H. Jensen (Hg.): Formal and informal work. The hidden work regime in Europe. New York: Routledge, S. 89–117.
- Pocock, Barbara (2005): Work/Care Regimes: Institutions, Culture and Behaviour and the Australian Case. In: *Gender Work & Organization* 12 (1), S. 32–49.
- Pocock, Barbara (2008): Work-Life Balance in Australia? Presentation to the International Workshop: Work-life Balance in Japan, Australia and Canada 16 March 2008. Online verfügbar unter <http://w3.unisa.edu.au/hawkeinstitute/cwl/documents/pocock-japan-workshop.pdf>, zuletzt aktualisiert am 28.04.2008, zuletzt geprüft am 14.06.2013.
- Priddat, Birger P. (2001): Frauen als virtuelle Unternehmerinnen: hyper-organization of work, life and household. Ein Beitrag zur Geschlechterfrage in the New economy. Hg. v. Universität Witten/Herdecke. Fakultät für Wirtschaftswissenschaften (Wittener Diskussionspapiere, 80).
- Rajan-Rankin, Sweta; Tomlinson, Mark (2013): Do Work-Family Policies Really "Work"? Evidence from Indian Call Centres. In: Steven A. Y. Poelmans, Jeffrey H. Greenhaus und Mireia Las Heras (Hg.): Expanding the boundaries of work-family research. A vision for the future. Houndmills u.a.: Palgrave Macmillan, S. 32–53.
- Ransome, Paul (2007): Conceptualizing boundaries between ‘life’ and ‘work’. In: *The International Journal of Human Resource Management* 18 (3), S. 374–386.
- Rau, Alexandra (2012): Von der Müdigkeit, für sich selbst sorgen zu müssen. Selbstsorge und Geschlecht im Neoliberalismus. In: Mechthild M. Jansen, Margrit Brückner, Margit Göttert und Marianne Schmidbaur (Hg.): Selbstsorge als Thema in der (un)bezahlten Arbeit. Frankfurt am Main. 1. Aufl. Wiesbaden: Dinges & Frick, S. 45–62.
- Razavi, Shahra (2007): The Political and Social Economy of Care in a Development Context. Conceptual Issues, Research Questions and Policy Options. Hg. v. UNRISD (Gender and Development Programm Paper, 3).

- Razavi, Shahra (2010): The Return to Social Policy and the Persistent Neglect of Unpaid Care. In: Christine Bauhardt und Gülay Çaglar (Hg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 105–132.
- Reuter, Norbert (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. 2. Aufl. Marburg: Metropolis-Verl.
- Rüling, Anneli (2001): Arbeitszeit und Reproduktionsarbeit. Zusammenhänge und Wechselwirkungen am Beispiel der Teilzeitarbeit. Hg. v. WZB. Berlin.
- Schäfer, Claus (2011): Wir brauchen die "Bedingungslose Grundzeit". In: *WSI Mitteilungen* 64 (2), S. 91–94.
- Scherschel, Karin; Booth, Melanie (2012): Aktivierung in die Prekarität: Folgen der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. In: Karin Scherschel, Peter Streckeisen und Manfred Krenn (Hg.): Neue Prekarität. Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik-europäische Länder im Vergleich. Frankfurt am Main: Campus, S. 17–46.
- Schettkat, Ronald (2010): Dienstleistungen zwischen Kostenkrankheit und Marketization. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn (WiSo Diskurs August).
- Scheuer, Steen (1999): The Impact of Collective Agreements on Working Time in Denmark. In: *British Journal of Industrial Relations* 37 (3), S. 465–481.
- Schmähl, Winfried (2009): Soziale Sicherung: Ökonomische Analysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmid, Josef (2010): Wohlfahrtsstaaten Im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulze Buschoff, Karin; Protsch, Paula (2007): Die soziale Sicherung von (a-)typisch Beschäftigten im europäischen Vergleich. Hg. v. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin (WZB Diskussion paper, 105).
- Seifert, Hartmut (2008): Kürzer Arbeiten - besser für den Arbeitsmarkt. Arbeitszeitverkürzung, Produktivität und Arbeitslosigkeit. In: Beate Zimpelmann und Hans-L Endl (Hg.): Zeit ist Geld. Ökonomische Grundlagen von Arbeitszeitverkürzung. 1. Aufl. Hamburg: VSA, S. 37–55.
- Seils, Eric (2012): Beschäftigungswunder und Armut. Deutschland im internationalen Vergleich. Hg. v. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf (WSI-Report, 7).
- Sesselmeier, Werner (2008): Soziale Inklusion in Europa: Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Schlussfolgerungen. Hg. v. Hans-Böckler Stiftung. Düsseldorf (Böckler Forschungsmonitor, 6).
- Soma, Naoko; Yamashita, Junko; Chan, Raymond K.H (2011): Comparative framework for care regime analysis in East Asia. In: *Journal of Comparative Social Welfare* 27 (2), S. 111–121.
- Statistisches Bundesamt (2012): Verdienste und Arbeitskosten. Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten. Hg. v. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden (Fachserie 16, 4.3).

- Ulrich, Peter (2004): Der ethisch-politisch eingebettete Markt. Programmatische Überlegungen zu einer Praktischen Sozialökonomie. In: Maren A. Jochimsen, Stefan Kesting und Ulrike Knobloch (Hg.): *Lebensweltökonomie*. 1 Band. Bielefeld: Kleine (Lebensweltökonomie), S. 55–81.
- Voß, Günter G.; Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der "Ware Arbeitskraft"? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50 (1), S. 131–158.
- Weiss, Alexandra (Hg.) (2013): *Unternehmerisch und erschöpft? Anforderungen und Widersprüche von Arbeit und Lebensgestaltung*. Wien: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.
- Winker, Gabriele (2010): Prekarisierung und Geschlecht. Eine intersektionale Analyse aus Reproduktionsperspektive. In: Alexandra Manske (Hg.): *Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot (28), S. 165–184.
- Winker, Gabriele (2011): Soziale Reproduktion in der Krise - Care Revolution als Perspektive. In: *Das Argument 292: Care - eine feministische Kritik der politischen Ökonomie?* 53 (3), S. 333–344.
- Winker, Gabriele; Carstensen, Tanja (2007): Eigenverantwortung in Beruf und Familie - vom Arbeitskraftunternehmer zur Arbeitskraftmanagerin. In: *Feministische Studien* 25 (2), S. 277–288.
- Wrohlich, Katharina; Berger, Eva; Geyer, Johannes; Haan, Peter Sengül Denise; Spieß, Katharina; Thiemann, Andreas (2012): *Elterngeld Monitor. Endbericht. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen*. Hg. v. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin (Politikberatung kompakt, 61).
- Yeates, Nicola (2004): Global Care Chains: Critical Reflections and Lines of Inquiry. In: *International Feminist Journal of Politics* 6 (3), S. 369–391.

Anhang

Anhang A: Einstellungen zur Bedeutung von Erwerbsarbeit 2007, in Prozent _____	62
Anhang B: Organisationsstruktur der Pflege in Deutschland und Dänemark _____	62
Anhang C: Tatsächlich geleistet Erwerbsarbeitszeit, pro Woche _____	63
Anhang D: Möglichkeit ein oder zwei Stunden freizunehmen aus persönlichen oder familiären Gründen, Angaben in Prozent _____	63
Anhang E: Freizeit nach Geschlecht, in Stunden pro Tag _____	64
Anhang F: Zufriedenheit mit der Zeit für eigene Interessen und Hobbys, in Prozent _____	64
Anhang G: Staatsausgaben für Kinderbetreuung 2009, in Prozent des BIP _____	65
Anhang H: Gesundheitsausgaben für Langzeitpflege, in Prozent des BIP _____	65
Anhang I: Weibliche Teilzeitbeschäftigung in Deutschland und Dänemark, als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung _____	65
Anhang J: Wahrnehmung der Möglichkeiten für Erwerbsarbeitszeitautonomie in Dänemark und Deutschland _____	66
Anhang K: Stundenanzahl bezahlter und unbezahlter Arbeitszeit pro Woche, nach Geschlecht in Dänemark und Deutschland _____	66
Anhang L: Grundsicherungsniveau für einen Single 2010, in Prozent des Medianhaushaltseinkommens _____	67
Anhang M: Hauptgrund für Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht in Deutschland und Dänemark, in Prozent _____	67

Anhang A: Einstellungen zur Bedeutung von Erwerbsarbeit 2007, in Prozent

	Deutschland	Dänemark
Sehr wichtig	54	39
ziemlich wichtig	31	41
Nicht sehr wichtig	7	9
Überhaupt nicht wichtig	7	7

Datenbasis: Eurobarometer „European Social Reality“ 2007

Anhang B: Organisationsstruktur der Pflege in Deutschland und Dänemark

Charakteristika	Deutschland	Dänemark
Finanzierung	Pflegekassen (Beiträge) und Familie oder Sozialkasse	Staat (Steuern)
Pflegeformen	Hilfe bei Körperpflege, Ernährung und Mobilität, <u>keine</u> hauswirtschaftliche Versorgung	Häusliche Hilfen und Pflege, wie Einkaufshilfen, Reinigung, Wäsche, Kochen, persönliche Pflege
Pflegeberechtigte	Mitglieder der Pflegeversicherung (abhängig Beschäftigte und Angehörige), denen mind. Pflegestufe I zugesprochen wird (häuslicher Pflegeaufwand mind. 90 min täglich)	Alle Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in Dänemark
Organisation der Pflege	Ambulante Pflegedienste und Familie (oder privat hinzugekaufte Hilfen)	Angestellte der Kommunen bzw. von der Kommune anerkannte Pflegedienste
Bedingungen	Angestellte der Pflegedienste: beruflich und bezahlt, geringer Organisationsgrad und gering entlohnt. Pflegerische Angehörige: Pflegegeld und Beiträge zur Renten- und Unfallversicherung	Beruflich und Bezahlte, hoher Organisationsgrad, gering entlohnt
Öffentliche Steuerung	Ausgabensteuerung	Bedarfssteuerung
Leistungszugang	Hürdenlauf	Niedrigschwellig
Öffentliche Finanzierung	<0,8% des BIP	>1,8-4% des BIP

Eigene Darstellung nach Bogedan (2008, S. 217) und Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2012, S. 190)

Anhang C: Tatsächlich geleistet Erwerbsarbeitszeit, pro Woche

Land	2012	2011	2010	2009	2008
Dänemark					
Gesamt	34,6	34,9	34,6	34,3	34,7
Vollzeit	39,6	39,8	39,5	39,1	39,1
Deutschland					
Gesamt	35,5	35,6	35,6	35,3	35,9
Vollzeit	41,6	41,8	41,7	41,4	42,1

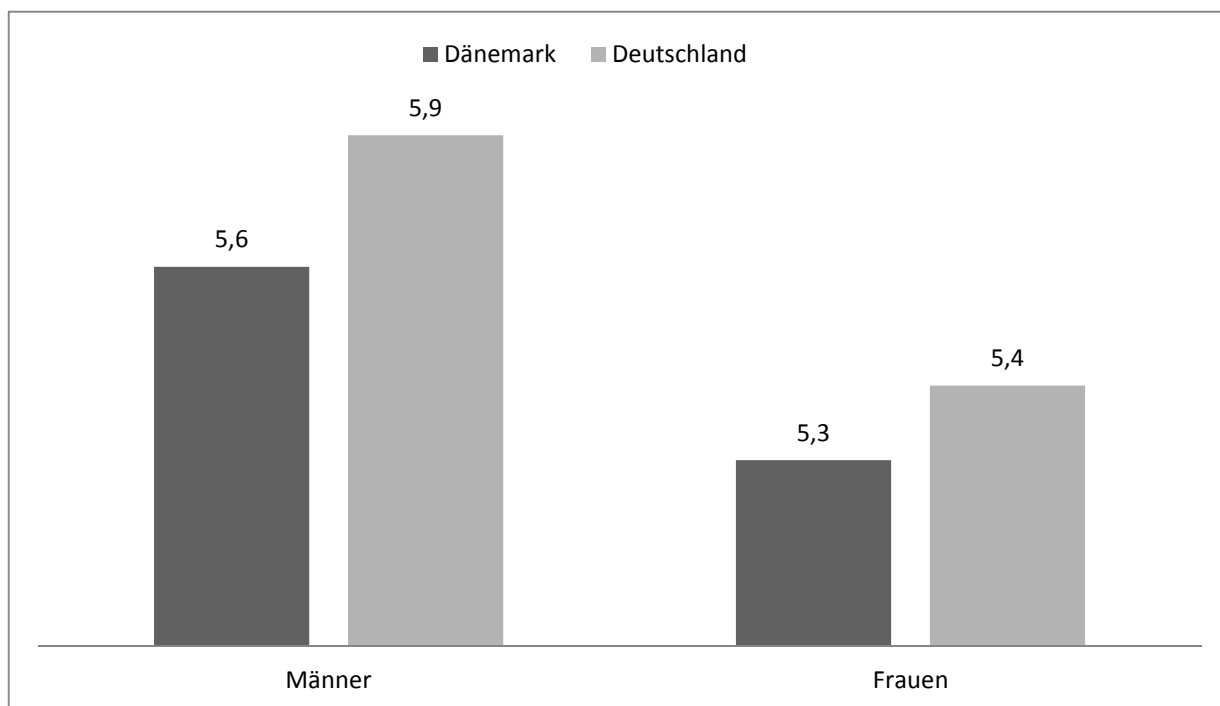
Datenbasis: Eurostat

Anhang D: Möglichkeit ein oder zwei Stunden freizunehmen aus persönlichen oder familiären Gründen, Angaben in Prozent

Antwort:	Möglich	Schwierig
Dänemark		
Gesamt	82	18
Frauen	77	23
Männer	86	13
Deutschland		
Gesamt	47	53
Frauen	47	53
Männer	48	53

Datenbasis: EWCS 2010

Anhang E: Freizeit nach Geschlecht, in Stunden pro Tag



Datenbasis: OECD (2011). Die Daten beziehen sich für Deutschland auf 2001-02 und für Dänemark auf 2001.

Anhang F: Zufriedenheit mit der Zeit für eigene Interessen und Hobbys, in Prozent

Land	Geschlecht	Zu viel	Genau richtig	Zu wenig
Deutschland	Gesamt	3,1	61,8	34,6
	Männer	4,9	63,3	31,3
	Frauen	1,5	60,3	37,8
Dänemark	Gesamt	3	58,7	35,5
	Männer	3,1	65,8	28,9
	Frauen	2,8	51,9	41,8

Datenbasis: EQLS 2007

Anhang G: Staatsausgaben für Kinderbetreuung 2009, in Prozent des BIP

Land	Ausgaben in % des BIP
Dänemark	0,7
Deutschland	0,1
OECD-Durchschnitt	0,3

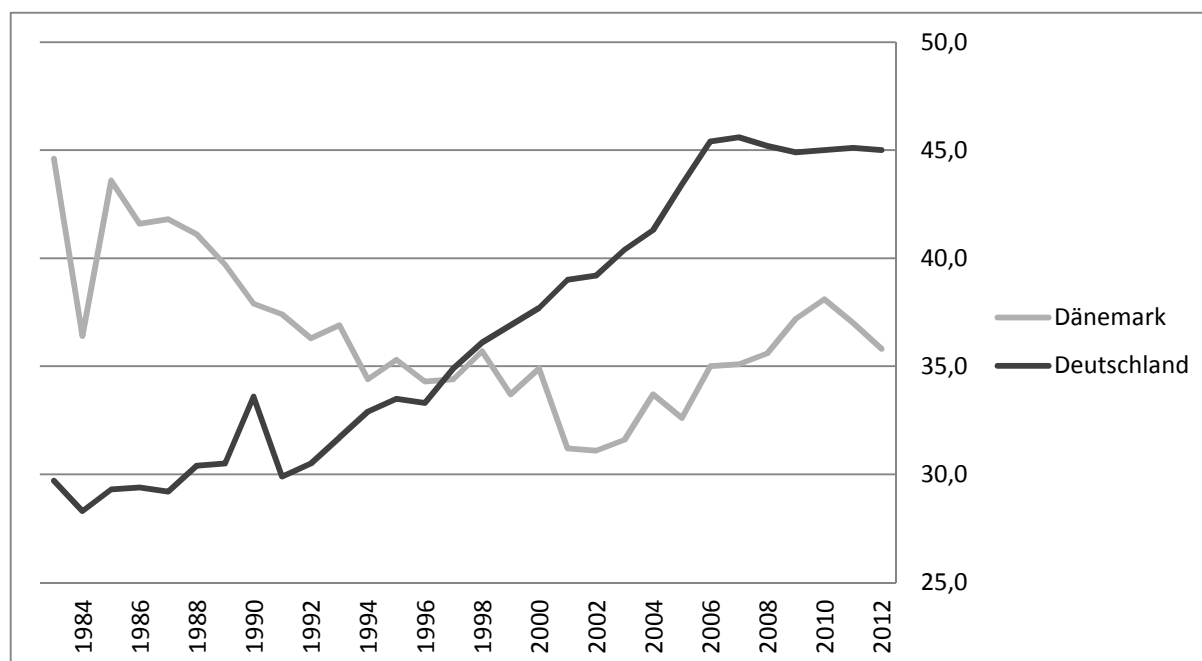
Datenbasis: OECD

Anhang H: Gesundheitsausgaben für Langzeitpflege, in Prozent des BIP

Land	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Dänemark	1,96	2,02	2,06	2,07	2,35	2,41	2,72	2,61
Deutschland	1,33	1,32	1,35	1,34	1,32	1,33	1,47	1,45

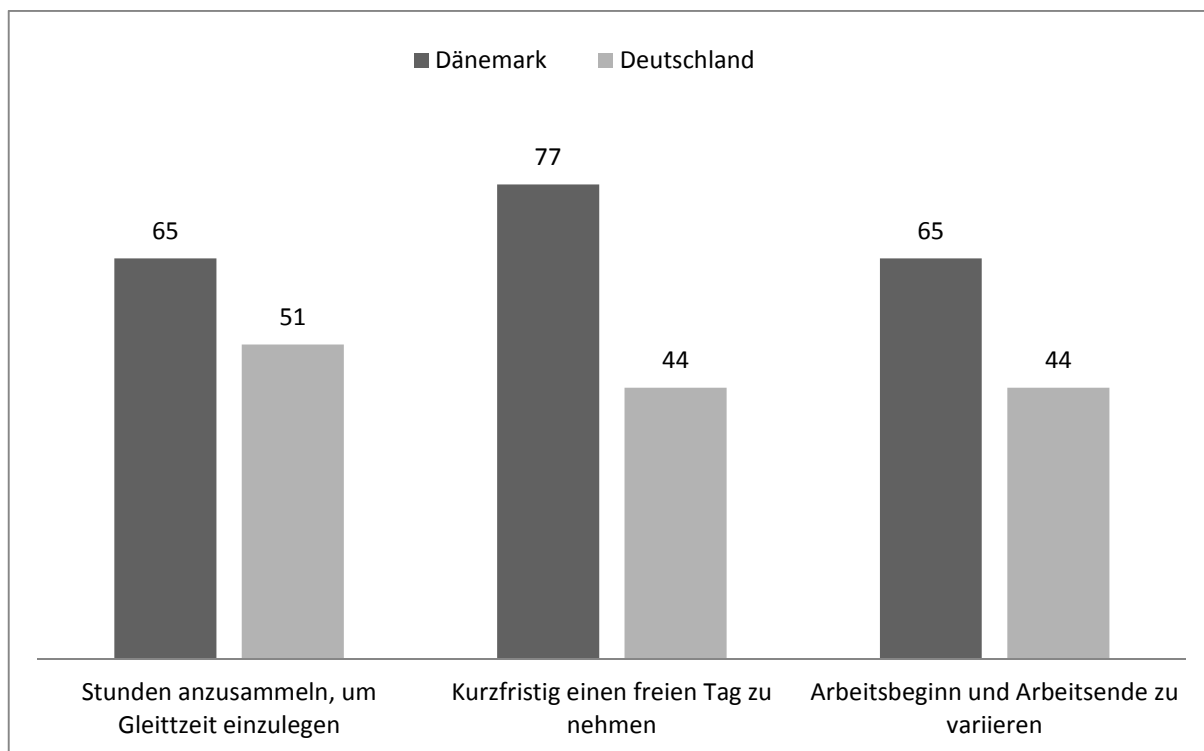
Datenbasis: Eurostat

Anhang I: Weibliche Teilzeitbeschäftigung in Deutschland und Dänemark, als Prozentsatz der gesamten Beschäftigung



Datenbasis: Eurostat

Anhang J: Wahrnehmung der Möglichkeiten für Erwerbsarbeitszeitautonomie in Dänemark und Deutschland



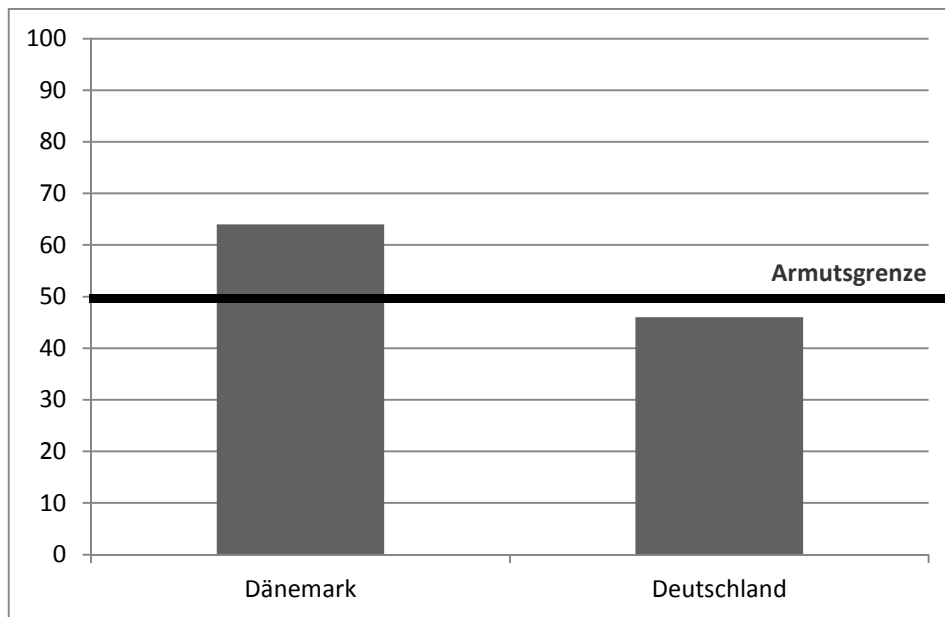
Datenbasis: EQLS 2012

Anhang K: Stundenanzahl bezahlter und unbezahlter Arbeitszeit pro Woche, nach Geschlecht in Dänemark und Deutschland

Arbeitszeitstunden	<40	40-70	>70
Dänemark			
Gesamt	16	63	22
Frauen	19	55	26
Männer	13	69	18
Deutschland			
Gesamt	11	78	11
Frauen	13	68	18
Männer	8	87	5

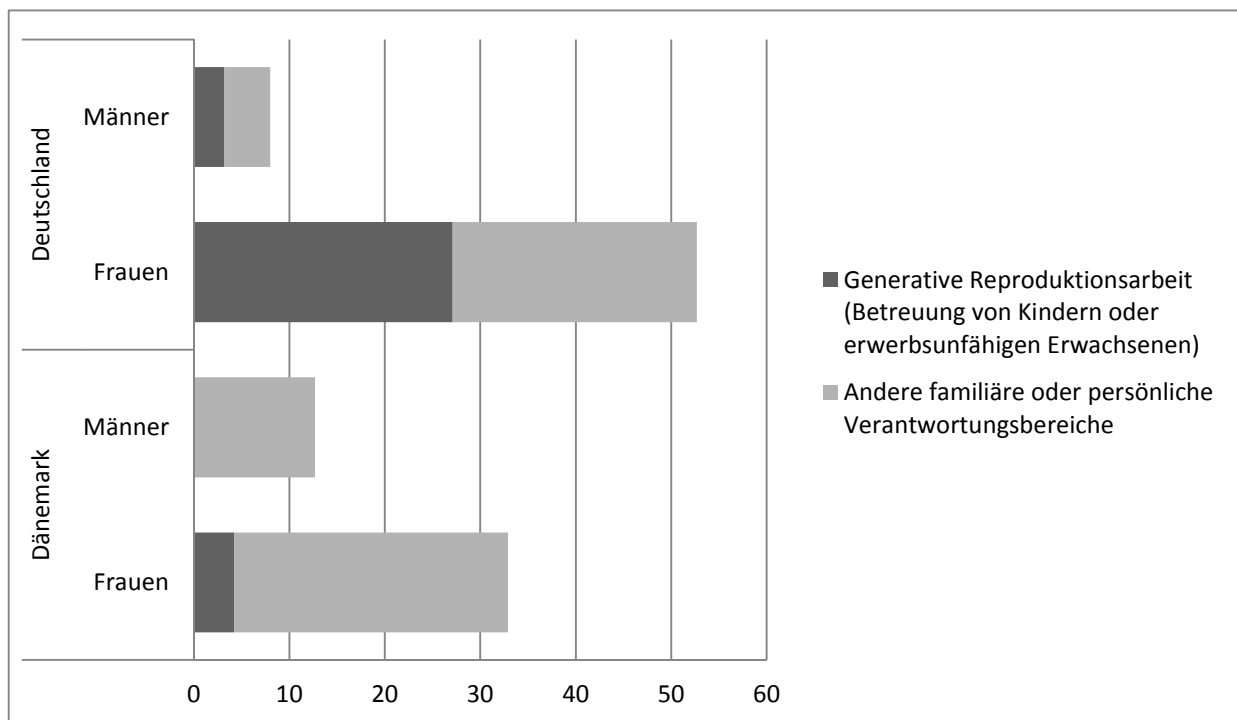
Datenbasis: EWCS 2010

Anhang L: Grundsicherungsniveau für einen Single 2010, in Prozent des Medianhaushaltseinkommens



Datenbasis: OECD

Anhang M: Hauptgrund für Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht in Deutschland und Dänemark, in Prozent



Datenbasis: Eurostat